

Monatsbericht des BMF August 2011





Monatsbericht des BMF August 2011

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

Inhaltsverzeichnis

Editoriai	4
Übersichten und Termine	6
Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juli 2011	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	17
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2011	
Termine, Publikationen	31
Analysen und Berichte	33
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2011	34
Gemeindefinanzkommission - Ausgangslage und Ergebnisse	39
23. Subventionsbericht der Bundesregierung	
Nationale Fiskalregeln - Ein Instrument zur Vorbeugung von Vertrauenskrisen?	
Mittelfristige Projektion der öffentlichen Finanzen	
Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	83
Statistiken und Dokumentationen	89
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	91
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	124

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die jüngsten Turbulenzen an den Finanzmärkten im Zusammenhang mit der Überschuldung einzelner Mitgliedstaaten des Euroraums, aber auch anderer Industrieländer, haben die Frage nach den geeigneten Reaktionen erneut ins Zentrum der politischen Debatte gerückt. Es muss um Antworten gehen, die auch langfristig richtiges Handeln bewirken. So stellt sich die Frage, inwieweit glaubwürdige nationale Haushaltsregeln helfen, Vertrauen an den Finanzmärkten in die dauerhafte Zahlungsfähigkeit zu sichern. Hierzu hat das ZEW Mannheim im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen ein Forschungsgutachten erstellt. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass strikte Defizitgrenzen im Rahmen der nationalen Gesetze durchaus einen wirksamen Beitrag leisten können – nicht nur zu einer nachhaltigen Finanzpolitik, sondern auch zur Reduktion der Risikoprämien an den Kapitalmärkten. Im Hinblick auf die anstehenden Reformen in der EU empfehlen die Forscher, dass die Mitgliedstaaten ihre Freiheitsgrade bei der Umsetzung der entsprechenden Richtlinie zu den nationalen Haushaltsrahmen für ambitionierte Regelreformen nutzen und eine verbindliche Verankerung der mittelfristigen Haushaltsziele anstreben sollten.

Dass ein glaubwürdiger Konsolidierungskurs sich auszahlen und zu einer raschen Rückkehr zu Wachstum und soliden Haushaltspositionen beitragen kann, zeigt ein aktueller Blick auf die Entwicklung der öffentlichen Haushalte in Deutschland. So war im 1. Halbjahr 2011 dank der sehr günstigen konjunkturellen Entwicklung bei den Steuereinnahmen von Bund und Ländern ein Anstieg um 9,3 % gegenüber dem 1. Halbjahr 2010 zu verzeichnen. Dabei macht sich die deutlich verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt – mit einer Zunahme der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer und höheren Löhnen –



insbesondere beim Lohnsteueraufkommen bemerkbar.

Auch die mittelfristigen Perspektiven für die öffentlichen Haushalte in Deutschland stellen sich günstig dar. Nach der neusten Schätzung des Bundesministeriums der Finanzen wird das Maastricht-Defizit in diesem Jahr mit 1½% des BIP niedriger ausfallen als im Vorjahr und auch deutlich niedriger als noch im Frühjahr bei Vorlage des Stabilitätsprogramms erwartet. Schon ab dem Jahr 2014 ist gesamtstaatlich ein ausgeglichener Haushalt erreichbar. Der Maastricht-Schuldenstand wird bis Ende dieses Jahres auf 80 % des BIP zurückgehen und damit um rund 3 Prozentpunkte niedriger ausfallen als im Vorjahr. Mittelfristig führt die Verbesserung der öffentlichen Haushaltssalden zu einer kontinuierlichen Abnahme der Schuldenstandsquote auf rund 71% des BIP im Jahr 2015.

Zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte trägt auch der Abbau von Subventionen bei. Dies zeigt der 23. Subventionsbericht über die Entwicklung der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen für die Jahre 2009 bis 2012, den die Bundesregierung am 3. August 2011 verabschiedet hat. Ausgehend vom krisenbedingt hohen Niveau des Jahres 2009 (rund 28,5 Mrd. €) sinken die Subventionen des Bundes im Berichtszeitraum bis 2012 um rund 6 Mrd. € auf das Volumen von 22,6 Mrd. € und unterschreiten damit bereits im kommenden Jahr wieder das Vorkrisenniveau. Etwas mehr als die Hälfte der Subventionen fließt unverändert der gewerblichen Wirtschaft zu.

□ Editorial

Ein Großteil des erreichten Subventionsabbaus beruht auf dem spürbaren Rückgang im Bereich der Finanzhilfen. Aber auch die auf den Bund entfallenden Steuervergünstigungen gehen im Berichtszeitraum zurück. Der krisenbedingte Anstieg der Subventionen war somit rein temporär, da die wichtigsten Stützungsmaßnahmen – in Einklang mit den subventionspolitischen Leitlinien der Bundesregierung – befristet wurden.

Auf Anerkennung stößt die deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik auch bei wichtigen internationalen Organisationen. So unterstützt der Internationale Währungsfonds (IWF) in seinem Länderbericht zum Abschluss der diesjährigen Artikel-IV-Konsultationen mit Deutschland in vielen Bereichen die Politikansätze der Bundesregierung. Die wichtigste Aufgabe sieht der IWF darin, die derzeit positiven Wachstumsentwicklungen auch langfristig abzusichern, ohne die notwendige Haushaltskonsolidierung zu gefährden. Der IWF würdigt in diesem Zusammenhang den eingeschlagenen Konsolidierungskurs als einen wesentlichen Beitrag zu finanzpolitischer Stabilität in ganz Europa. Auch die Belebung der Binnennachfrage in Deutschland wird - nicht zuletzt im Hinblick auf die internationale Debatte um ausgewogenes Wirtschaftswachstum - als sehr positiv wahrgenommen.

Im Juni 2011 trat die

Gemeindefinanzkommission zu ihrer abschließenden Sitzung zusammen. Die Beratungen haben unter anderem ergeben, dass die Kommunen im Bereich der sozialen Leistungen dauerhaft und nachhaltig entlastet werden. Die Entlastungswirkung durch die Übernahme von Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund wird aufgrund der zukünftig zu erwartenden Entwicklung der Ausgaben in diesen Bereichen im Zeitverlauf weiter zunehmen. Darüber hinaus wird die Einbindung der kommunalen Spitzenverbände in die Rechtsetzung auf Bundes- und EU-Ebene gestärkt. Somit können sich die Kommunen bei der Vorbereitung von Gesetzgebungsvorhaben mit finanziellen Auswirkungen auf die kommunale Ebene künftig noch früher einbringen.

Jörg Asmussen

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juli 2011	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2011	
Termine. Publikationen	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Finanzwirtschaftliche Lage

Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich Juli 2011 lagen mit 185,3 Mrd. € um

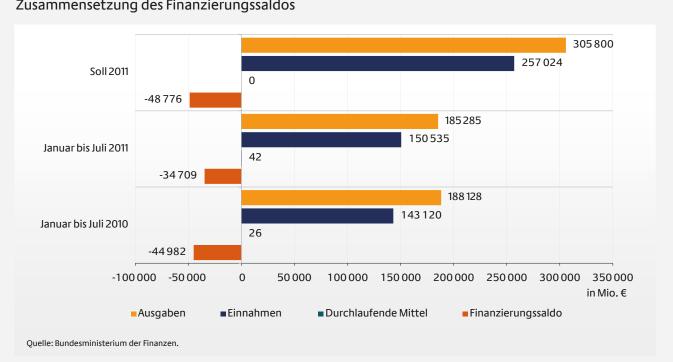
2,8 Mrd. € (-1,5%) unter dem Ergebnis des Vergleichszeitraums des Vorjahres. Hauptursächlich hierfür sind die durch die positive wirtschaftliche Entwicklung

Entwicklung des Bundeshaushalts

	lst 2010	Soll 2011	Ist - Entwicklung ¹ Januar bis Juli 2011
Ausgaben (Mrd. €)	303,7	305,8	185,3
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			-1,5
Einnahmen (Mrd. €)	259,3	257,0	150,5
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			5,2
Steuereinnahmen (Mrd. €)	226,2	229,2	136,0
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			10,3
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-44,3	-48,8	-34,7
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	-4,3
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,3	-0,4	0,2
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-44,0	-48,4	-30,2

¹Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Is	t	So	II	Ist - Entw	ricklung	Unterjährige
	201	10	20	11	Januar bis Juli 2010	Januar bis Juli 2011	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mi	o . €	in%
Allgemeine Dienste	54 227	17,9	55 490	18,1	30 731	30 500	-0
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 887	1,9	6 149	2,0	3 485	3 205	-8
Verteidigung	31 707	10,4	32 147	10,5	18 070	17 879	-1
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6 2 4 0	2,1	6376	2,1	3 477	3 823	+10
Finanzverwaltung	3 727	1,2	4166	1,4	2 079	2 092	+0
Bildung, Wissenschaft, Forschung,	14 896	4,9	16 933	5,5	7 498	8 592	+14
Kulturelle Angelegenheiten							
BAföG	1382	0,5	1544	0,5	885	1 024	+15
Forschung und Entwicklung	8 940	2,9	9 471	3,1	3 770	4327	+14
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	163 431	53,8	160 005	52,3	101 250	96 966	-4
Sozialversicherung	78 046	25,7	77 655	25,4	50 965	50 643	-0
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	7 927	2,6	13 446	4,4	7 381	5 145	-30
Grundsicherung für Arbeitssuchende	35 920	11,8	34 190	11,2	21 025	19 400	-7
darunter: Arbeitslosengeld II	22 246	7,3	20 400	6,7	13 406	11 742	-12
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 235	1,1	3 600	1,2	1 903	2 820	+48
Wohngeld	881	0,3	679	0,2	534	478	-10
Erziehungsgeld/Elterngeld	4586	1,5	4389	1,4	2 727	2 826	+3
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1 900	0,6	1 748	0,6	1 237	1 134	-8
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 255	0,4	1 580	0,5	566	642	+13
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 114	0,7	2 098	0,7	969	1 022	+5
Wohnungswesen	1 3 5 6	0,4	1 353	0,4	811	887	+9
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 678	1,9	6 497	2,1	3 176	3 204	+0
Regionale Förderungsmaßnahmen	811	0,3	740	0,2	264	325	+23
Kohlenbergbau	1319	0,4	1 350	0,4	1319	1 350	+2
Gewährleistungen	805	0,3	1 770	0,6	427	515	+20
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 735	3,9	11 735	3,8	5 717	5 675	-0
Straßen (ohne GVFG)	6341	2,1	5 9 2 6	1,9	2 584	2 463	-2
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	16 073	5,3	15 999	5,2	8 623	9 094	+5
Bundeseisenbahnvermögen	5 223	1,7	5 283	1,7	2824	2 729	-3
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4304	1,4	3 877	1,3	1 947	1 952	+0
Allgemeine Finanzwirtschaft	34 249	11,3	35 462	11,6	29 598	29 589	-0
Zinsausgaben	33 108	10,9	35 343	11,6	28 858	29 078	+0
Ausgaben zusammen	303 658	100,0	305 800	100,0	188 128	185 285	-1

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

beeinflussten Ausgaben des Bundeshaushalts im Bereich der sozialen Sicherung (-4,3 Mrd. €).

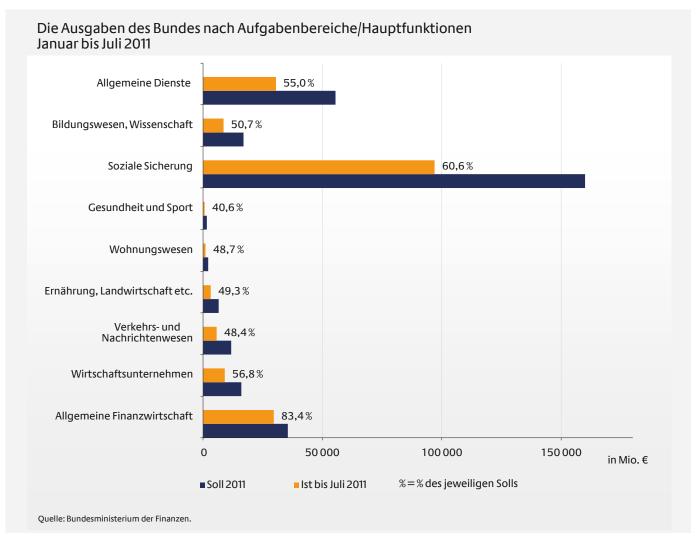
Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen des Bundes lagen bis einschließlich Juli bei 150,5 Mrd. €.

Sie übertrafen damit das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums um 7,4 Mrd. € (+5,2%). Die Steuereinnahmen in Höhe von 136,0 Mrd. € lagen um 12,7 Mrd. € (+10,3%) über dem Stand vom Juli 2010. Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 14,6 Mrd. € um – 26,8% unter dem Ergebnis bis einschließlich Juli 2010. Hier wirkten sich insbesondere die Erlöse, die durch die Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen im Vorjahr erzielt wurden, als Einmaleffekt aus.

Finanzierungssaldo

Aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo Ende Juni in Höhe von – 34,7 Mrd. € lassen sich nur bedingt Rückschlüsse auf das Ergebnis der endgültigen Nettokreditaufnahme ziehen. Im Vollzug des Bundeshaushalts 2011 insgesamt besteht auch weiterhin ein Schätzrisiko.
Gegenüber den Annahmen bei der Aufstellung des Bundeshaushalts führen jedoch neben Steuermehreinnahmen auch Minderausgaben insbesondere im Bereich des Arbeitsmarkts zu Verbesserungen, die eine Rückführung gegenüber der im Haushalt 2011 geplanten Neuverschuldung in Höhe von 48,4 Mrd. € auf eine Größenordnung von rund 30 Mrd. € erwarten lassen.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

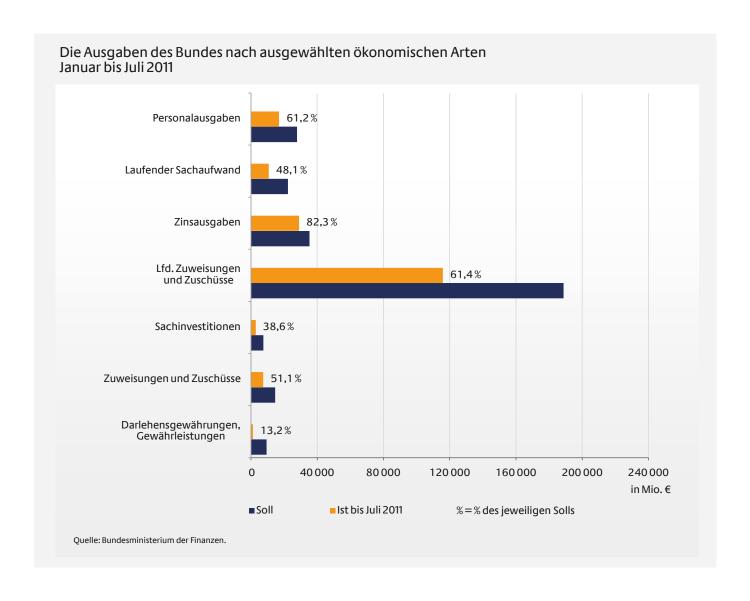
Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Is	t	So	II	Ist - Entw	ricklung	Unterjährige
	20	10	20	11	Januar bis Juli 2010	Januar bis Juli 2011	Veränderung
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mi	o.€	in%
Konsumtive Ausgaben	277 581	91,4	274 627	89,8	175 694	173 011	-1,
Personalausgaben	28 196	9,3	27 799	9,1	17 075	17 011	-0
Aktivbezüge	21 117	7,0	20 749	6,8	12 627	12 520	-0
Versorgung	7 0 7 9	2,3	7 050	2,3	4 4 4 4 9	4 490	+0
Laufender Sachaufwand	21 494	7,1	22 336	7,3	11 052	10 741	-2
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 544	0,5	1 350	0,4	803	794	-1
Militärische Beschaffungen	10 442	3,4	10 429	3,4	5 247	4980	-5
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	3,1	10 557	3,5	5 002	4967	-C
Zinsausgaben	33 108	10,9	35 343	11,6	28 858	29 078	+0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	64,0	188 756	61,7	118 410	115 908	-2
an Verwaltungen	14114	4,6	15 094	4,9	8 124	9 466	+16
an andere Bereiche	180 263	59,4	173 662	56,8	110510	106 568	-3
darunter:							
Unternehmen	24212	8,0	25 056	8,2	13 731	14 225	+3
Renten, Unterstützungen u. a.	29 665	9,8	28 159	9,2	17 918	16 219	-9
Sozialversicherungen	120831	39,8	114657	37,5	75 989	73 206	-3
Sonstige Vermögensübertragungen	406	0,1	394	0,1	299	272	-9
nvestive Ausgaben	26 077	8,6	32 330	10,6	12 435	12 275	-1
Finanzierungshilfen	18 417	6,1	24 831	8,1	9 343	9 378	+0
Zuweisungen und Zuschüsse	14944	4,9	14581	4,8	7315	7 457	+1
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 663	0,9	9 444	3,1	1314	1 248	-5
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	0,3	806	0,3	713	674	-5
Sachinvestitionen	7 660	2,5	7 499	2,5	3 092	2 896	-6
Baumaßnahmen	6 242	2,1	6014	2,0	2515	2 460	-2
Erwerb von beweglichen Sachen	916	0,3	910	0,3	397	350	-11
Grunderwerb	503	0,2	576	0,2	180	86	-52
Globalansätze	0	0,0	-1 158	-0,4	0	0	
Ausgaben insgesamt	303 658	100,0	305 800	100,0	188 128	185 285	-1

Sondervermögen ITF

Der Bund stellt im Rahmen des Konjunkturpakets II über das Sondervermögen "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF) in den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt bis zu 20,4 Mrd. € für zusätzliche Maßnahmen zur Konjunkturbelebung bereit. Im Jahr 2011 dürfen die im ITF bis zum 31. Dezember 2010 begonnenen Maßnahmen noch ausfinanziert werden. Bis einschließlich Juli 2011 sind 16 Mrd. € abgeflossen. Es wurden rund 7,6 Mrd. € für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder, rund 2,7 Mrd. € für Investitionen des Bundes und rund 4,8 Mrd. € als Umweltprämie ausgezahlt.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



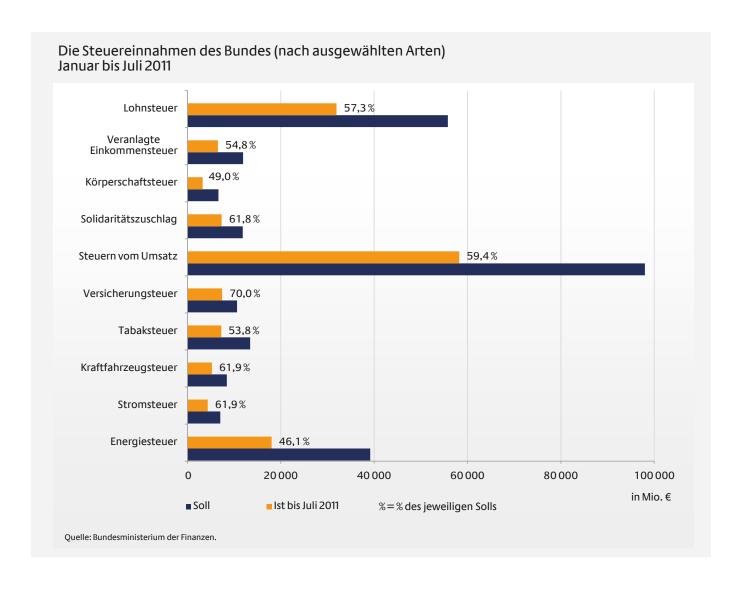
FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist		So	II	Ist - Entw	icklung	Unterjährige
	201	0	20	11	Januar bis Juli 2010	Januar bis Juli 2011	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mi	in%	
I. Steuern	226 189	87,2	229 164	89,2	123 245	135 977	+10,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	181 502	70,0	184 183	71,7	100 656	110 415	+9,
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ¹)	84355	32,5	84791	33,0	46 036	51 506	+11,
davon:							
Lohnsteuer	54 759	21,1	55 781	21,7	29 297	31 945	+9,
veranlagte Einkommensteuer	13 252	5,1	11 921	4,6	6 5 5 1	6534	-0,
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	6 491	2,5	6 895	2,7	5 095	7 3 0 9	+43,
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ¹	3 832	1,5	3 569	1,4	2 631	2 474	-6,
Körperschaftsteuer	6 0 2 1	2,3	6 625	2,6	2 462	3 244	+31,
Steuern vom Umsatz	95 860	37,0	97 985	38,1	54 134	58 232	+7,
Gewerbesteuerumlage	1 287	0,5	1 407	0,5	486	677	+39
Energiesteuer	39 838	15,4	39 142	15,2	17348	18 027	+3
Tabaksteuer	13 492	5,2	13 440	5,2	7014	7 235	+3
Solidaritätszuschlag	11 713	4,5	11 850	4,6	6 663	7 3 2 9	+10,
Versicherungsteuer	10 284	4,0	10 620	4,1	7119	7 437	+4,
Stromsteuer	6 171	2,4	7 030	2,7	3 567	4351	+22
Kraftfahrzeugsteuer	8 488	3,3	8 445	3,3	5 3 0 3	5 227	-1,
Branntweinabgaben	1 993	0,8	1 963	0,8	1 130	1 220	+8
Kaffeesteuer	1 002	0,4	1 030	0,4	580	600	+3
Luftverkehrsteuer	-	-	1 000	0,4	-	434	
Ergänzungszuweisungen an Länder	-12 880	-5,0	-12 159	-4,7	-6348	-6 104	-3,
BNE-Eigenmittel der EU	-18 153	-7,0	-21 870	-8,5	-10 473	-11 311	+8,
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-1 836	-0,7	-2 300	-0,9	-1 074	-1 051	-2,
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6877	-2,7	-6980	-2,7	-4011	-4072	+1,
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,5	-8 992	-3,5	-4 496	-4 496	+0.
II. Sonstige Einnahmen	33 105	12,8	27 860	10,8	19 875	14 558	-26,
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4359	1,7	5 565	2,2	4110	3 614	-12,
Zinseinnahmen	385	0,1	512	0,2	230	256	+11,
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	4 403	1,7	4 2 4 7	1,7	3 234	2 801	-13
Einnahmen zusammen	259 293	100,0	257 024	100,0	143 120	150 535	+5,

¹Bis 2008 Zinsabschlag.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juli 2011

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juli 2011

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Juli 2011 im Vorjahresvergleich um + 9,9 % gestiegen. Der Bund erzielte Mehreinnahmen (nach Verrechnungen) von + 12,3 %. Zu diesem Ergebnis trug der kräftige Aufkommenszuwachs bei den gemeinschaftlichen Steuern (+ 10,3 %) und den Bundessteuern (+ 10,2 %) bei, während die Ländersteuern mit - 2,0 % leicht rückläufig waren. Das kumulierte Aufkommen von Januar bis Juli 2011 überschritt das Vorjahresniveau insgesamt um + 9,4 % (Bund: + 11,1 %).

Das Kassenaufkommen der Lohnsteuer übertraf das Vorjahresniveau um + 10,2 %. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer brutto, d. h. vor Abzug des aus dem Lohnsteueraufkommen zu leistenden Kindergelds und der Riester-Zulagen, erhöhten sich dabei im Berichtsmonat Juli 2011 wie im Vormonat um + 7,9 %. Dieser Zuwachs spiegelt die weiterhin sehr positive Lage auf dem Arbeitsmarkt wider.

Das Aufkommen der veranlagten
Einkommensteuer lag im Juli um gut
300 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis.
Zwar gingen die Erstattungen an veranlagte
Arbeitnehmer nach § 46 EStG um - 6,5 % zurück,
doch sanken zugleich die Nachzahlungen
für zurückliegende Veranlagungszeiträume
deutlich. Kumuliert für die Monate Januar bis
Juli 2011 liegt das Aufkommen der veranlagten
Einkommensteuer auf dem Niveau des
entsprechenden Vorjahreszeitraums.

Die kassenmäßigen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer haben sich im Berichtsmonat Juli 2011 gegenüber dem Vorjahresmonat um rund 650 Mio. € verbessert. Ursächlich hierfür ist insbesondere, dass die Erstattungen um mehr als 1 Mrd. € niedriger ausfielen als im Vorjahr. Für die Monate Januar bis Juli 2011 ergibt sich insgesamt eine Aufkommenssteigerung um + 31,8 %.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wurde das Vorjahresniveau mit + 0,7% nur knapp übertroffen, nachdem es in den Monaten Mai (+ 28,6%) und Juni (+ 30,6%) zu stark erhöhten Ausschüttungen bei den großen Publikumsgesellschaften und daraus resultierenden Aufkommenssteigerungen gekommen war.

Bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ist hinsichtlich des Aufkommens eine Bodenbildung erreicht. Ausgehend von einer infolge stark gesunkener Zinsen äußerst schwachen Vorjahresbasis sind seit einigen Monaten wieder leichte Zuwächse zu verzeichnen. Im Juli 2011 ergab sich ein Anstieg um + 4,2%.

Die Steuern vom Umsatz übertrafen mit + 6,9 % im Berichtsmonat Juli 2011 das entsprechende Vorjahresniveau überraschend deutlich. Das Vorjahresergebnis der (Binnen-) Umsatzsteuer in diesem Monat wurde um + 7,4 % überschritten. Die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer stiegen hingegen aufgrund der inzwischen hohen Vorjahresbasis mit + 5,5 % bei Weitem nicht mehr so stark wie im bisherigen Jahresverlauf.

Die reinen Bundessteuern verzeichneten im Juli 2011 einen Zuwachs um +10,2 %. Hierzu trugen insbesondere die Entwicklungen beim Solidaritätszuschlag (+13,9 %), bei der Stromsteuer (+21,4 %) und bei der Energiesteuer (+7,9 %) bei. Während die Energiesteuer auf Erdgas ihr Volumen um +24,4 % ausdehnen konnte, ging die Energiesteuer auf Heizöl um -28,0 % zurück. Das Aufkommen aus der Besteuerung des Kraftstoffverbrauchs stieg um beachtliche +8,2 %. Tabaksteuer (-14,9 %), Versicherungsteuer (-2,3 %) und

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM JULI 2011

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2011	Juli	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Juni	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2011	Veränderun ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio € ⁴	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	12 440	+10,2	79 061	+9,8	134 400	+5,1
veranlagte Einkommensteuer	- 747	X	15 373	-0,3	28 200	-9,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 248	+0,7	14618	+43,5	16 605	+27,9
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	523	+4,2	5 664	-6,0	8 122	-6,7
Körperschaftsteuer	-211	Х	6 488	+31,8	13 460	+11,8
Steuern vom Umsatz	15 523	+6,9	109 004	+7,1	187 500	+4,1
Gewerbesteuerumlage	746	+27,4	1 851	+32,6	3 460	+11,3
erhöhte Gewerbesteuerumlage	736	+29,3	1 689	+31,4	3 026	+7,5
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	30 258	+10,3	233 749	+9,8	394 773	+4,2
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 568	+7,9	18 027	+3,9	40 050	+0,5
Tabaksteuer	1 042	-14,9	7 235	+3,2	13 440	-0,4
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	163	-1,6	1219	+8,0	2 000	+0,5
Versicherungsteuer	551	-2,3	7 437	+4,5	10 920	+6,2
Stromsteuer	606	+21,4	4351	+22,0	6980	+13,1
Kraftfahrzeugsteuer	663	-8,3	5 227	-1,4	8 400	-1,0
Luftverkehrsteuer	86	Х	434	Х	940	×
Kernbrennstoffsteuer	451	Х	451	Х	1 700	×
Solidaritätszuschlag	807	+13,9	7 329	+10,0	12 150	+3,7
übrige Bundessteuern	118	+0,3	885	+4,5	1 461	+0,8
Bundessteuern insgesamt	8 055	+10,2	52 595	+7,4	98 041	+4,9
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	351	-8,9	2 650	+9,6	4 670	+6,0
Grunderwerbsteuer	472	+5,2	3 491	+21,0	5 905	+11,6
Rennwett- und Lotteriesteuer	113	-5,9	835	+1,0	1 415	+0,2
Biersteuer	65	-9,8	408	-1,6	690	-3,2
Sonstige Ländersteuern	19	+28,6	252	+12,2	350	+7,1
Ländersteuern insgesamt	1 021	-2,0	7 636	+12,8	13 030	+7,3
EU-Eigenmittel						
Zölle	375	+5,7	2 586	+7,2	4 5 4 0	+3,7
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	135	+10,5	1 051	-1,7	1910	+4,0
BSP-Eigenmittel	1 454	+13,6	11311	+8,0	20 170	+11,1
EU-Eigenmittel insgesamt	1 964	+11,8	14 947	+7,1	26 620	+9,2
Bund ³	18 479	+12,3	136 498	+11,1	237 385	+5,1
Länder ³	17 139	+7,5	128 101	+8,1	217 272	+3,4
EU	1 964	+11,8	14 947	+7,1	26 620	+9,2
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 127	+7,4	17 021	+7,3	29 107	+2,1
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	39 709	+9,9	296 566	+9,4	510 384	+4,4

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $^{^2\,} Nach\, Abzug\, der\, Kindergelderstattung\, durch\, das\, Bundeszentralamt\, für\, Steuern.$

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2011.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juli 2011

Kraftfahrzeugsteuer (-8,3%) unterschritten das Vorjahresergebnis hingegen deutlich. Der Rückgang des Tabaksteueraufkommens dürfte dabei immer noch durch die "Hamsterkäufe" im Vorfeld der Steuersatzerhöhung bewirkt sein, die zu einer geringeren Nachfrage am aktuellen Rand geführt haben.

Bei der Luftverkehrsteuer (86,5 Mio. €; kumuliert Januar bis Juli 434,3 Mio. €) setzt sich der Aufwärtstrend der vergangenen Monate fort. Dabei ist zu beachten, dass wie bei vielen anderen Steuern auch - die Abführung der in einem Monat entstandenen Steuer durch die Steuerpflichtigen erst im Folgemonat erfolgt. Das bedeutet, dass in den genannten Kasseneinnahmen für den Zeitraum Januar bis Juli 2011 die im aufkommensstarken Reisemonat Juli entstandene Luftverkehrsteuer noch nicht enthalten ist.

Erstmals wurden Einnahmen aus der in diesem Jahr ebenfalls neu eingeführten Kernbrennstoffsteuer in Höhe von 450,8 Mio. € erzielt.

Die reinen Ländersteuern mussten im Berichtsmonat Mindereinnahmen um - 2,0 % hinnehmen. Während bei der Grunderwerbsteuer (+ 5,2 %) erneut ein Zuwachs zu verzeichnen war, ging das Aufkommen bei der Erbschaftsteuer um - 8,9 % zurück. Die Feuerschutzsteuer (+ 28,8 %) weistzahlungstechnisch bedingt - ein kräftiges Plus auf, während die Rennwett- und Lotteriesteuer (- 5,9 %) und die Biersteuer (- 9,8 %) Einbußen melden.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Juli durchschnittlich 4,57 % (4,44 % im Juni).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Juli 2,61% (2,99% Ende Juni).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – stiegen Ende Juli auf 1,61% (1,55% Ende Juni).

Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 4. August 2011 beschlossen, die seit Juli 2011 geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,50 %, 2,25 % beziehungsweise 0,75 % zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 7 159 Punkte am 29. Juli (7 376 Punkte am 30. Juni). Der Euro Stoxx 50 sank von 2 849 Punkten am 30. Juni auf 2 670 Punkte am 29. Juli.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Juni 2011 bei 2,1% nach 2,5% im Mai und 2,0% im April. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 für den Zeitraum von April bis Juni 2011 blieb



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

gegenüber dem vorangegangenen Dreimonatszeitraum unverändert bei 2,2% (der Referenzwert für das jährliche M3-Wachstum beträgt derzeit 4,5%).

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im Juni 2,2 % nach 2,5 % im Vormonat.

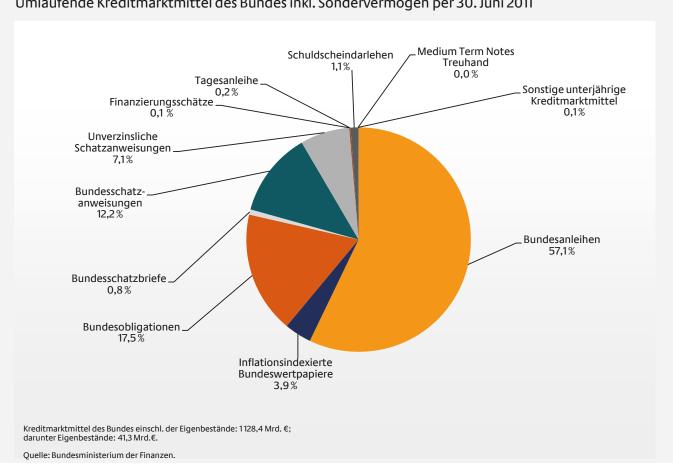
In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 0,19 % im Juni gegenüber 0,29 % im Mai.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen betrug bis einschließlich Juni 2011 166,53 Mrd. €. Davon wurden 156,5 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt.

Darüber hinaus wurde die 1,75 %ige Inflationsindexierte Bundesanleihe (ISIN DE 0001030526) am 12. Januar 2011 um 1,0 Mrd. € und am 9. März 2011 um 2.0 Mrd. € im Tenderverfahren aufgestockt. Am 13. April 2011 wurde die 0,75 %ige

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inkl. Sondervermögen per 30. Juni 2011



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2011 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
						i	n Mrd. €	•					
Anleihen	23,3	-	-	-	-	-							23,3
Bundesobligationen	-	-	-	19,0	-	-							19,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	15,0							30,0
U-Schätze des Bundes	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0							65,7
Bundesschatzbriefe	0,2	0,2	0,0	0,1	0,1	0,0							0,5
Finanzierungsschätze	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0							0,2
Tagesanleihe	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0							0,4
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-	-	-	-							-
Schuldscheindarlehen	0,0	0,0	0,1	-	-	-							0,1
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,8	-	-	0,3							1,1
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0							-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	34,5	11,3	27,0	30,1	11,1	26,4							140,3

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2011 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,5	0,6	0,5	3,6	0,1	0,7							18,9

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Inflationsindexierte Bundesobligation (ISIN DE 0001030534) mit einem Volumen von 3,0 Mrd. € erstmals emittiert. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsabbau: 2,92 Mrd. €).

Die konkreten Kapital- und Geldmarktemissionen für die Finanzierung von Bund und Sondervermögen sind in der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2011" dargestellt. Bis einschließlich Juni 2011 betrugen die Tilgungen für Bund und Sondervermögen 140,29 Mrd. € und die Zinszahlungen 18,92 Mrd. €.

Zusammen mit den vom

Finanzmarktstabilisierungsfonds in Höhe von 8,14 Mrd. € an den Bundeshaushalt und die anderen Sondervermögen zurückgegebenen Finanzierungen wurden die aufgenommenen Mittel zur Finanzierung des Bundeshaushalts in Höhe von 167,25 Mrd. €, des Investitionsund Tilgungsfonds in Höhe von 7,41 Mrd. € und des Restrukturierungsfonds in Höhe von 0,01 Mrd. € eingesetzt.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2011 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll	Volumen ¹ Ist
Bundesschatzanweisung, ISIN DE0001137339, WKN 113733	Aufstockung	6. April 2011	2 Jahre fällig 15. März 2013, Zinslaufbeginn 25. Februar 2011, erster Zinstermin 15. März 2012	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe, ISIN DE000135432, WKN 113543	Aufstockung	13. April 2011	30 Jahre fällig 4. Juli 2042, Zinslaufbeginn 4. Juli 2010, erster Zinstermin 4. Juli 2011	2 Mrd. €	2 Mrd.€
Bundesobligation, ISIN DE0001141604, WKN 114160	Neuemission	20. April 2011	5 Jahre fällig 8. April 2016, Zinslaufbeginn 8. April 2011, erster Zinstermin 8. April 2012	6 Mrd. €	6 Mrd.€
Bundesanleihe, ISIN DE0001135440, WKN 113544	Neuemission	27. April 2011	10 Jahre fällig 4. Juli 2021, Zinslaufbeginn 29. April 2011, erster Zinstermin 4. Juli 2012	6 Mrd. €	6 Mrd.€
Bundesschatzanweisung, ISIN DE0001137347, WKN113734	Neuemission	11. Mai 2011	2 Jahre fällig 14. Juni 2013, Zinslaufbeginn 13. Mai 2011, erster Zinstermin 14. Juni 2012	7 Mrd. €	7 Mrd.€
Bundesobligation, ISIN DE0001141604, WKN 114160	Aufstockung	18. Mai 2011	5 Jahre fällig 8. April 2016, Zinslaufbeginn 8. April 2011, erster Zinstermin 8. April 2012	6 Mrd. €	6 Mrd.€
Bundesanleihe, ISIN DE0001135440, WKN 113544	Aufstockung	25. Mai 2011	10 Jahre fällig 4. Juli 2021, Zinslaufbeginn 29. April 2011, erster Zinstermin 4. Juli 2012	5 Mrd. €	5 Mrd.€
Bundesschatzanweisung, ISIN DE0001137347, WKN 113734	Aufstockung	15. Juni 2011	2 Jahre fällig 14. Juni 2013, Zinslaufbeginn 13. Mai 2011, erster Zinstermin 14. Juni 2012	6 Mrd. €	6 Mrd.€
Bundesanleihe, ISIN DE0001135440, WKN113544	Aufstockung	22. Juni 2011	10 Jahre fällig 4. Juli 2021, Zinslaufbeginn 29. April 2011, erster Zinstermin 4. Juli 2012	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesobligation, ISIN DE0001141604, WKN 114160	Aufstockung	29. Juni 2011	5 Jahre fällig 8. April 2016, Zinslaufbeginn 8. April 2011, erster Zinstermin 8. April 2012	6 Mrd. €	6 Mrd.€
			2. Quartal 2011 insgesamt	56 Mrd. €	56 Mrd. €

 $^{^{1}} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2011 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung, ISIN DE0001115780, WKN 111578	Aufstockung	4. April 2011	9 Monate fällig 25. Januar 2012	2 Mrd. €	2 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung, ISIN DE0001115830, WKN 111583	Neuemission,	11. April 2011	6 Monate fällig 12. Oktober 2011	5 Mrd. €	5 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung, ISIN DE0001115848, WKN 111584	Neuemission	18. April 2011	12 Monate fällig 18. April 2012	3 Mrd. €	3 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung, ISIN DE0001115855, WKN 111585	Neuemission	9. Mai 2011	6 Monate fällig 9. November 2011	5 Mrd. €	5 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung, ISIN DE0001115806, WKN 111580	Aufstockung	16. Mai 2011	9 Monate fällig 29. Februar 2012	2 Mrd. €	2 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung, ISIN DE0001115863, WKN 111586	Neuemission	30. Mai 2011	12 Monate fällig 30. Mai 2012	3 Mrd. €	3 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung, ISIN DE0001115871, WKN 111587	Neuemission	6. Juni 2011	6 Monate fällig 7. Dezember 2011	5 Mrd.€	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung, ISIN DE0001115822, WKN 111582	Aufstockung	20. Juni 2011	9 Monate fällig 28. März 2012	2 Mrd. €	2 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung, ISIN DE0001115889, WKN 111588	Neuemission	27. Juni 2011	12 Monate fällig 27. Juni 2012	3 Mrd. €	3 Mrd.€
			2. Quartal 2011 insgesamt	30 Mrd. €	30 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\ einschließlich\ Marktpflege quote.$

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2011 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll	Volumen ¹ Ist
Inflationsindexierte Bundesobligation, ISIN DE0001030534, WKN 103053	Neuemission	13. April 2011	7 Jahre fällig 15. April 2018, Zinslaufbeginn 15. April 2011, erster Zinstermin 15. April 2012	3 Mrd.€	3 Mrd.€
			2. Quartal 2011 insgesamt	3 Mrd. €	3 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Der Konjunkturaufschwung legte im 2. Quartal eine Pause ein.
- Der private Konsum und die Bauinvestitionen gingen zurück; positive Impulse kamen von den Exporten und den Ausrüstungsinvestitionen.
- Die Erwerbstätigkeit stieg im Juni 2011 erneut deutlich an und liegt nur noch knapp unter 41 Millionen Personen
- Der Anstieg des Verbraucherpreisindex wurde wie in den Monaten zuvor vor allem von der Verteuerung von Energieprodukten bestimmt.

Der Fortgang des Aufschwungs blieb im Frühsommer 2011 hinter den Erwartungen zurück, nachdem die gesamtwirtschaftliche Aktivität zu Beginn dieses Jahres unerwartet stark zugenommen hatte. So stieg nach der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im 2. Quartal in preis-, saison- und kalenderbereinigter Betrachtung nur leicht um 0,1% gegenüber dem Vorquartal an und stagnierte damit nahezu. Nach dem kräftigen BIP-Anstieg im 1. Vierteljahr – den das Statistische Bundesamt im Rahmen einer regelmäßigen Überarbeitung der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen neu berechnete (+1,3% anstatt bisher + 1,5%) – war mit einer gewissen technischen Reaktion nach unten zu rechnen gewesen. Darüber hinaus hat sich die konjunkturelle Dynamik unerwartet deutlich verringert.

Die vorlaufenden Konjunkturindikatoren deuten an, dass auch im weiteren Verlauf mit einer Verringerung der Wachstumsdynamik im Vergleich zum Jahresbeginn zu rechnen ist. So scheint - ausgehend von den Stimmungsindikatoren - die Industrie verhalten in das 3. Quartal gestartet zu sein. Dies könnte zum einen auf eine schwächere Weltkonjunktur zurückzuführen sein. Zum anderen sind die in die Zukunft weisenden Stimmungsindikatoren für das Verarbeitende Gewerbe bereits seit mehreren Monaten abwärtsgerichtet. Die

industrielle Produktionstätigkeit dürfte vorerst jedoch noch von einer tendenziell weiter regen Bestelltätigkeit und dem immer noch hohen Niveau der Auftragsbestände profitieren.

Detaillierte Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 2. Quartal werden erst am 1. September 2011 veröffentlicht. Anhand der Entwicklung der Konjunkturindikatoren in diesem Zeitraum sowie der Aussagen des Statistischen Bundesamts in seiner Pressemitteilung zum BIP im 2. Quartal lassen sich aber Schlüsse auf die Entwicklung der einzelnen Aggregate des BIP ziehen.

Überraschend ist, dass die Inlandsnachfrage im 2. Vierteljahr zur Schwäche neigte.
Laut Pressemitteilung des Statistischen
Bundesamts waren der private Konsum und die Bauinvestitionen rückläufig, während von den Ausrüstungsinvestitionen und den Exporten positive Impulse ausgingen. Die Abschwächung der Inlandsnachfrage könnte insbesondere auf Verunsicherungen im Zusammenhang mit den Schuldenkrisen im Euroraum und in den USA zurückzuführen sein. Die Exporte wurden zwar ausgeweitet, aber ein kräftiger Anstieg der Importe bewirkt rein rechnerisch einen negativen Außenbeitrag, der das Wirtschaftswachstum dämpfte.

Vor dem Hintergrund der Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Expansionstempos

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

zeigte sich eine leichte Abflachung der
Exportdynamik im 2. Quartal. So waren die
saisonbereinigten nominalen Warenexporte
im Juni gegenüber dem Vormonat - nach einem
kräftigen Anstieg im Mai – rückläufig. Insgesamt
sind die Warenexporte jedoch weiterhin
aufwärtsgerichtet. Im Vergleich zum Vorjahr lag
das nominale Ausfuhrergebnis im 1. Halbjahr
2011 deutlich über dem entsprechenden
Vorjahresniveau (Ursprungswerte + 15,7%).
Dabei war die Zunahme der Ausfuhren in den
Nicht-Euroraum der Europäischen Union
(+17,9%) im Vergleich zu dem Exportanstieg
in Drittländer (+16,7%) und in den Euroraum
(+13,8%) etwas stärker ausgeprägt.

Auch für den weiteren Jahresverlauf zeigen mehrere Indikatoren eine Abschwächung der deutschen Exportdynamik an. So signalisiert der OECD Composite Leading Indicator eine Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Expansionstempos. Hierbei dürfte eine wesentliche Rolle spielen, dass sich die US-Wirtschaft weniger positiv als erwartet entwickelt. Zudem zeichnet sich innerhalb der Europäischen Union eine Wachstumsverlangsamung ab. Auch die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität in den Schwellenländern hat sich zuletzt etwas abgeflacht. Die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe (Umfrage: ifo-Institut und Einkaufsmanager) rechnen daher im weiteren Verlauf mit geringeren Exportzuwächsen als noch zu Beginn dieses Jahres. Die außenwirtschaftlichen Impulse dürften damit deutlich schwächer ausfallen als im ersten Quartal 2011.

Die nominalen Warenimporte setzten auch im 2. Quartal ihren Aufwärtstrend fort. Im Juni nahmen die nominalen Warenimporte zwar nur geringfügig zu. Insgesamt ergibt sich im 2. Quartal aber ein spürbarer Anstieg um saisonbereinigt 3,5 % gegenüber dem 1. Vierteljahr. Zwar sind die Warenimporte damit deutlich stärker angestiegen als die nominalen Warenexporte. Aber auch hier zeigt sich ein geringeres Wachstumstempo als zu Jahresbeginn. In der Ausweitung der Warenimporte spiegelt sich u. a. die Zunahme

der binnenwirtschaftlichen Aktivität wider, die somit auch etwas nachgelassen haben dürfte.

Die industrielle Produktionstätigkeit hat sich nach einer deutlichen Zunahme im Mai am Ende des 2. Quartals verringert. Im Vorquartalsvergleich konnte die Industrieproduktion (saisonbereinigt) dennoch deutlich gesteigert werden. Dies war auf eine spürbare Ausweitung in der Produktion von Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgütern im Vergleich zum 1. Quartal zurückzuführen. Allerdings hat sich der Aufwärtstrend in allen drei Gütergruppen zum Ende des 2. Quartals etwas abgeflacht.

Der Umsatz in der Industrie konnte gegenüber dem 1. Quartal gesteigert werden. Das Umsatzplus kam dabei ausschließlich aus dem Inland und erstreckte sich über alle drei betrachteten Gütergruppen, während die Auslandsumsätze rückläufig waren. Dabei wurde die Verringerung der Auslandsumsätze insbesondere durch ein deutliches Umsatzminus im Investitionsgüterbereich sowohl des Euroraums als auch außerhalb der Euroländer bestimmt. Die Auslandsumsätze der Konsumgüterhersteller konnten hingegen ein deutliches Plus verzeichnen.

Die derzeitige Abschwächung der Industriekonjunktur steht qualitativ im Einklang mit den Stimmungsindikatoren, die auf eine Verlangsamung des industriellen Expansionstempos im 2. Quartal bereits hingedeutet hatten.

Die vorlaufenden Indikatoren signalisieren, dass sich der Aufschwung in der Industrie fortsetzen dürfte, jedoch mit deutlich verringerter Dynamik. So stieg der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im 2. Quartal in saisonbereinigter Betrachtung mit gut 3% gegenüber dem Vorquartal stärker an als im 1. Vierteljahr. Diese dynamische Entwicklung des Bestellvolumens wird dabei maßgeblich von einem überdurchschnittlichen Volumen an sowohl inländischen als auch ausländischen Großaufträgen im Investitionsgüterbereich geprägt. In Abhängigkeit von der Realisierung

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2010		Veränderung in % gegenüber						
Gesamtwirtschaft / Einkommen	Mrd.€		Vorperiode saisonbereinigt Vorjahr						
	bzw. Index	ggü. Vorj. in %	4.Q.10	1.Q.11	2.Q.11	4.Q.10	1.Q.11	2.Q.11	
Bruttoinlandsprodukt									
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	106,5	+3,7	+0,5	+1,3	+0,1	+3,8	+5,0	+2,8	
jeweilige Preise	2 477	+4,3	+0,6	+1,4	+0,6	+4,1	+5,3	+3,7	
Einkommen ¹									
Volkseinkommen	1904	+6,2	+0,6	+3,4		+4,6	+5,9		
Arbeitnehmerentgelte	1 258	+2,6	+0,7	+1,6		+3,3	+4,3		
Unternehmens- und									
Vermögenseinkommen	646	+14,1	+0,3	+6,8		+7,6	+8,7		
Verfügbare Einkommen									
der privaten Haushalte	1 599	+2,9	+0,9	+0,7		+3,9	+3,1		
Bruttolöhne ugehälter	1.021	+2,9	+0,9	+1,3		+3,6	+4,4		
Sparen der privaten Haushalte	186	+5,3	-0,5	+0,5		+4,2	-2,1		
<u> </u>		2010			Veränderung ir	n % gegenüb	er		
Außenhandel / Umsätze / Produktion /			Vorperiode saisonbereinigt				Vorjahr		
Auftragseingänge	Mrd. € bzw. Index	ggü.Vorj. in%	Mai 11	Jun 11	Dreimonats- durchschnitt	Mai 11	Jun 11	Dreimonats- durchschnitt	
in jeweiligen Preisen									
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	82	-4,0	+3,9		+13,8	+18,9		+14,6	
Außenhandel (Mrd. €)									
Waren-Exporte	952	+18,5	+4,4	-1,2	+2,2	+20,1	+3,1	+11,8	
Waren-Importe	797	+20,0	+3,8	+0,3	+3,5	+15,7	+6,0	+13,6	
in konstanten Preisen von 2005									
Produktion im Produzierenden	103,9	+10,2	+0,9	-1,1	+1,1	+7,2	+6,7	+7,6	
Gewerbe (Index 2005 = 100) ²									
Industrie ³	104,6	+11,6	+1,4	-0,9	+2,0	+9,0	+8,2	+9,3	
Bauhauptgewerbe	108,4	+0,2	-0,2	-4,5	-1,2	+6,9	+2,6	+4,9	
Umsätze im Produzierenden Gewerbe ⁴									
Industrie (Index 2005 = 100) ³	102,7	+10,6	-1,1	+0,4	+1,2	+6,3	+6,7	+8,0	
Inland	99,0	+6,3	-0,7	+0,7	+3,0	+7,1	+6,7	+8,2	
Ausland	107,2	+15,7	-1,3	-0,1	-0,7	+5,4	+6,7	+7,8	
Auftragseingang (Index 2005 = 100)	121,2		-,-					, , .	
Industrie 34	105,7	+21,3	+1,5	+1,8	+3,2	+11,7	+9,5	+10,6	
Inland	102,7	+16,0	+10,7	-10,8	+4,3	+18,3	+4,7	+9,9	
Ausland	108,4	+25,9	-6,0	+13,7	+2,3	+6,3	+13,2	+11,2	
Bauhauptgewerbe ⁵	95,6	-7,0	+1,1		+8,2	+7,6		+4,9	
Umsätze im Handel	33,0	1,0	, .	•	1012	. 1,0		, 1,5	
(Index 2005=100)									
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	97,1	+1,2	-1,7	+4,5	-0,3	+4,1	-2,1	+2,2	
Handel mit Kfz	88,9	-4,9	-1,2	-0,3	-4,3	+18,8	-4,2	+5,8	

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2010		Veränderung in Tsd. gegenüber					
Arbeitsmarkt	Personen		Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr			
	Mio.	ggü. Vorj. in%	Mai 11	Jun 11	Jul 11	Mai 11	Jun 11	Jul 11	
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,24	-5,2	-7	-8	-11	-276	-255	-247	
Erwerbstätige, Inland	40,49	+0,5	+36	+36		+488	+476		
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,71	+1,2	+86			+706			
	2010		Veränderung in % gegenüber						
Preisindizes 2005=100	:: \/: i-0/		Vorperiode			Vorjahr			
2005 .00	Index	ggü. Vorj. in%	Mai 11	Jun 11	Jul 11	Mai 11	Jun 11	Jul 11	
Importpreise	108,4	+7,8	-0,6	-0,6		+8,1	+6,5		
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	109,7	+1,6	+0,0	+0,1		+6,1	+5,6		
Verbraucherpreise	108,2	+1,1	+0,0	+0,1	+0,4	+2,3	+2,3	+2,4	
ifo-Geschäftsklima		saison bereinigte Salden							
gewerbliche Wirtschaft	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11	Jul 11	
Klima	+20,9	+20,0	+22,8	+22,0	+20,4	+20,5	+21,0	+18,1	
Geschäftslage	+24,7	+22,8	+28,1	+29,7	+29,7	+30,5	+34,0	+30,4	
Geschäftserwartungen	+17,1	+17,2	+17,6	+14,5	+11,5	+11,0	+8,7	+6,4	

¹Rechenstand Mai 2011.

Ouellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut,

der Großaufträge sind die Aussichten für die Industrieproduktion damit weiterhin günstig. Allerdings sind die Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe (ifo-Umfrage) das fünfte Mal in Folge zurückgegangen. Auch planen die Industrieunternehmen weniger Investitionen als noch zum Jahresbeginn.

Die Bauproduktion war im Juni den 3. Monat in Folge rückläufig. Insgesamt kam es dadurch im Frühjahr zu einem Produktionsrückgang gegenüber dem 1. Quartal. Dieser dürfte jedoch vornehmlich auf eine Normalisierung des Expansionstempos im Bauhauptgewerbe zurückzuführen sein. Für den weiteren Verlauf zeigen die Indikatoren dieses Wirtschaftsbereichs ein uneinheitliches Bild. So haben sich die ifo-Geschäftserwartungen im Bauhauptgewerbe leicht verschlechtert, und es überwiegt die Anzahl der Unternehmen, die schlechtere Geschäfte erwarten. Die Auftragseingänge im Wohnungsbau sind stark

aufwärtsgerichtet, während die für den Tiefbau eine deutlich rückläufige Tendenz zeigen.

Der private Konsum bremste im 2. Quartal 2011 die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland. Darauf hat bereits die rückläufige Entwicklung der Umsätze im Einzelhandel hingedeutet. Insbesondere der Umsatz im Kfz-Handel hat sich spürbar verringert. Eine gewisse Konsumzurückhaltung im Verlaufe des 2. Quartals hatte der GfK-Indikator Konsumklima bereits signalisiert. Auch im Juli und August verschlechterte sich die Stimmung der Verbraucher leicht. Dabei dürfte die Schuldenkrise in einigen europäischen Ländern erheblich zu der Verunsicherung der Konsumenten beigetragen haben. Im laufenden Quartal könnten die derzeitigen Turbulenzen an den Finanzmärkten die Konsumnachfrage weiter dämpfen. Gleichwohl ist eine positive Konsumkonjunktur zu erwarten, da der anhaltende Beschäftigungsaufbau sowie

²Veränderungen gegenüber Vorjahr aus arbeitstäglich bereinigten Daten berechnet.

²Ohne Energie.

⁴ Veränderungen gegenüber Vorjahr aus kalenderbereinigten Daten.

 $^{^5}$ Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Daten.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

steigende Löhne die Einkommensentwicklung begünstigen und sich zusätzlich die Preiserwartungen in Deutschland stabilisieren. Auf der Indikatorenseite sprechen hierfür auch die nach wie vor hohen Niveaus der Teilkomponenten Einkommenserwartung und Anschaffungsneigung des GfK-Konsumklimas. In dieses Bild passt auch, dass die Einzelhändler ihre Geschäftsperspektiven für die nächsten sechs Monate (ifo-Umfrage) zuletzt wieder günstiger beurteilt haben.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist weiterhin günstig: Die Erwerbstätigkeit liegt nur noch knapp unter 41 Millionen Personen, und die Arbeitslosenzahl unterschreitet seit April 2011 die Dreimillionenmarke (jeweils saisonbereinigt).

Im Juli betrug die Zahl registrierter Arbeitsloser (nach Ursprungszahlen)
2,94 Millionen Personen und unterschritt damit den Vorjahresstand um 247 000 Personen.
Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 7,0 % (0,6 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau). Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl ging im Juli gegenüber dem Vormonat leicht um 11 000 Personen zurück. Der monatliche Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl fällt hiermit seit Mai 2011 merklich geringer aus als im Durchschnitt Januar bis April (- 37 000 Personen).

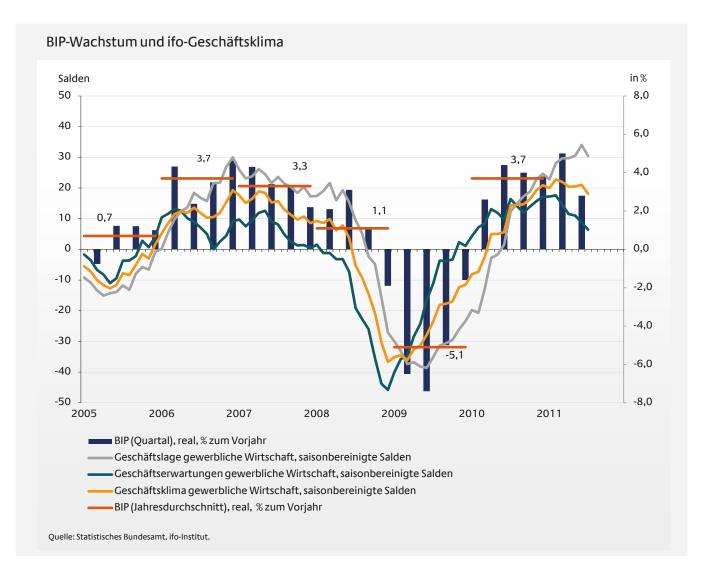
Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland (Inlandskonzept) nahm im Juni um 36 000 Personen gegenüber dem Vormonat zu. Im 2. Quartal fiel der Anstieg damit etwas geringer aus als im Durchschnitt der ersten drei Monate dieses Jahres. Nach Ursprungswerten waren im Juni 40,98 Millionen Personen erwerbstätig. Der Vorjahresstand wurde um 476 000 Personen überschritten. Die spürbare Zunahme der Erwerbstätigenzahl zeigt sich auch in einem Anstieg des Lohnsteueraufkommens. So erhöhten sich die Einnahmen der Lohnsteuer brutto, d. h. vor Abzug des aus dem Lohnsteueraufkommen zu leistenden Kindergelds und der Riester-Zulagen, im Juli um 7,9% gegenüber dem Vorjahresmonat. Das kumulierte BruttoAufkommen für den Zeitraum Januar bis Juli 2011 übersteigt das entsprechende Vorjahresniveau um 7.2%.

Der konjunkturelle Aufschwung führte vor allem zu einer spürbaren Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. In saisonbereinigter Betrachtung waren im Mai 86 000 Personen mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt als im Vormonat. Im Vorjahresvergleich (nach Ursprungswerten) gab es einen Zuwachs von 706 000 Personen. Dabei geht der Anstieg zu mehr als der Hälfte auf ein Plus bei der Vollzeitbeschäftigung zurück. Aber auch die Teilzeitbeschäftigung nahm spürbar zu. Nach Wirtschaftszweigen betrachtet, war der Beschäftigungsaufbau gegenüber dem Vorjahr bei Arbeitnehmerüberlassungen und im Verarbeitenden Gewerbe besonders hoch. Beschäftigungsverluste gab es dagegen insbesondere bei sonstigen Dienstleistungen.

Die Stimmungsindikatoren signalisieren, dass sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter verbessern dürfte. Allerdings wird die Arbeitslosigkeit – wie bereits in den vergangenen drei Monaten – wahrscheinlich weniger stark als noch zum Anfang dieses Jahres zurückgehen. So ist die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen zwar weiterhin sehr hoch. Insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe hat sie jedoch etwas nachgelassen. Auch der seit Februar nahezu stabile BA-X-Stellenindex deutet in diese Richtung.

Der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus fiel im Juli mit +2,4% gegenüber dem Vorjahr wieder etwas höher als im Juni aus. Wie zuvor trugen hierzu vor allem die Verteuerung von Kraftstoffen (+12,3%) und Haushaltsenergie (+9,8%) maßgeblich bei. Ohne die Berücksichtigung der Energiepreise beträgt die Inflationsrate auf der Konsumentenstufe jedoch nur 1,5%. Auch Nahrungsmittel waren deutlich teurer als vor einem Jahr (+2,1%). Die Preise für Gebrauchsgüter mittlerer Lebensdauer lagen um 1,6% über dem Vorjahresniveau. Langlebige Gebrauchsgüter waren hingegen geringfügig billiger als im

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT



Juli 2010. Gemessen an der Kerninflationsrate (Inflationsrate ohne Berücksichtigung von Preisen für Energie, Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke), die im Durchschnitt der Monate Januar bis Juli 2011 bei + 1,1% lag, verläuft die Verbraucherpreisentwicklung noch in moderaten Bahnen. Jedoch dürften nach und nach die deutlich gestiegenen Preisniveaus auf den vorgelagerten Stufen (Erzeuger- und Importpreise) allmählich auch auf die Konsumentenpreise für andere Produkte als Energiegüter überwälzt werden, sodass über kurz oder lang mit einer Zunahme der Kerninflationsrate zu rechnen ist. Allerdings gibt es auch positive Signale: So haben sich laut jüngster GfK-Umfrage die Preiserwartungen der Verbraucher zuletzt etwas stabilisiert, und auch die etwas ruhigere Rohölpreisentwicklung auf

dem Weltmarkt im Juni hat den Preisanstieg auf den vorgelagerten Preisstufen etwas gedämpft.

Das Importpreisniveau erhöhte sich im Juni gegenüber dem Vorjahr weniger stark als in den Monaten zuvor (+ 6,5 %, nach 8,1 % im Mai). Dabei war importierte Energie um 23,8 % teurer als vor einem Jahr. Im Mai betrug die Teuerungsrate dieser Gütergruppe noch gut 30 %. Ohne Energie lagen die Importpreise im Juni 3,1 % über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Bei Metallen und ihren Rohstoffen verteuerten sich Importe von Eisenerz binnen Jahresfrist um 26,2 %. Im Bereich der chemischen Erzeugnisse stiegen vor allem die Preise für Düngemittel spürbar an. Im Nahrungsmittelsektor war der Preisniveauanstieg für Getreide und Rohkaffee besonders hoch.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Der Index der Erzeugerpreise stieg im Juni im Vergleich zum Vorjahr um 5,6 % an. Dabei wurde die Jahresteuerungsrate gut zur Hälfte von Preisniveausteigerungen für Energie (+9,9 %) bestimmt. Mineralölerzeugnisse waren um 15,4 % und Erdgas um 14,5 % teurer als vor einem Jahr. Die Erzeugerpreise für Strom lagen 5,7 % über dem Vorjahresniveau. Ohne die Berücksichtigung von Energie erhöhte sich das

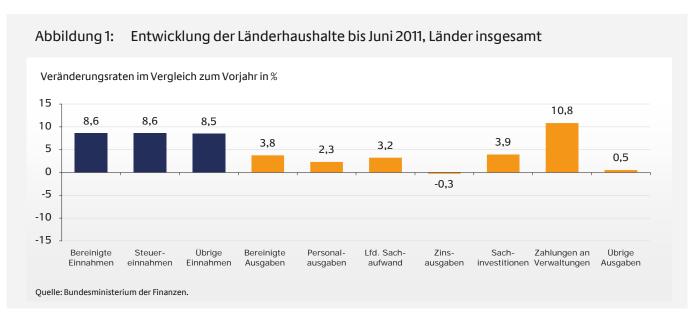
Erzeugerpreisniveau im Vorjahresvergleich um 3,7%. Die Erzeugerpreise für Vorleistungsgüter stiegen binnen Jahresfrist um 5,7% an. Dies war vor allem auf eine spürbare Verteuerung von Metallen zurückzuführen (+ 8,9% gegenüber dem Vorjahr). Auch das Niveau der Erzeugerpreise von Verbrauchsgütern (+ 3,9%), insbesondere von Nahrungsmitteln, lag spürbar über dem entsprechenden Vorjahresstand.

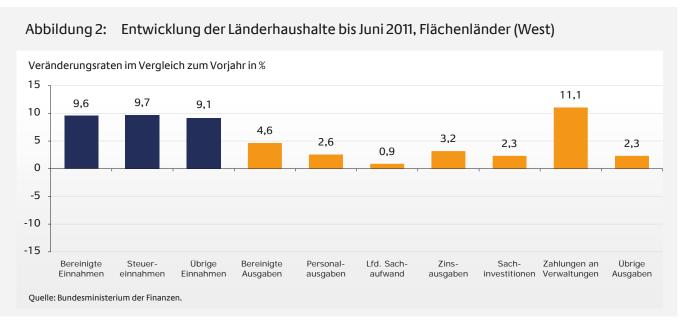
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2011

Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2011

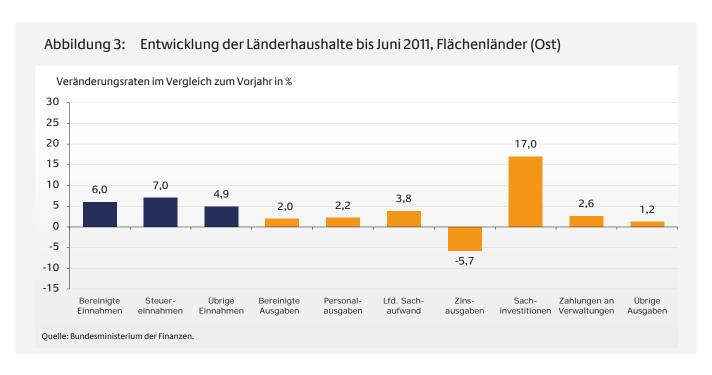
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich Juni 2011 vor.

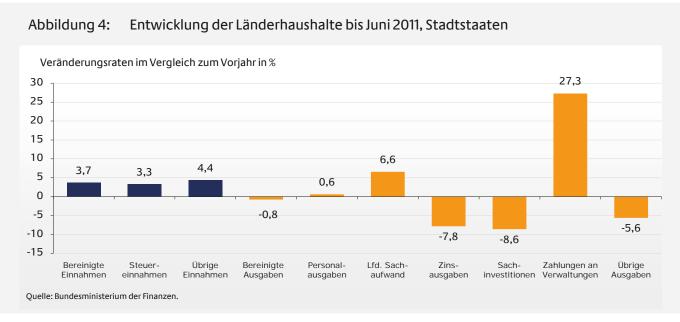
Die Haushaltsentwicklung der Ländergesamtheit verläuft weiterhin deutlich positiver als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt beträgt Ende Juni rund - 4,7 Mrd. € und fällt damit rund 5,8 Mrd. € niedriger aus als der entsprechende Vorjahreswert. Die Planungen der Länder sehen zurzeit ein Gesamtdefizit für das Jahr 2011 von rund - 23,8 Mrd. € vor. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Einnahmen um 8,6 % gestiegen, die Ausgaben dagegen nur um 3,8 %.





Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2011





TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

09./10. September 2011	G7-Finanzministertreffen in Marseille (Frankreich)
16./17. September 2011	Informeller ECOFIN in Wroclaw (Polen)
22./23. September 2011	Treffen der G20-Finanz- und -Entwicklungsminister in Washington D.C.
23. September 2011	Jahrestagung von IWF und Weltbank in Washington D.C.
24. September 2011	Lenkungsausschuss des IWF in Washington D.C.
25. September 2011	Lenkungsausschuss der Weltbank und der Entwicklungsminister in Washington D.C.
3./4. Oktober 2011	ECOFIN und Eurogruppe in Luxemburg
13. Oktober 2011	Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftforschungsinstitute Herbst 2011
14./15. Oktober 2011	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Paris
20. Oktober 2011	Herbstprojektion der Bundesregierung
3./4. November 2011	G20-Gipfel in Cannes

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2012

16. März 2011	Kabinettbeschluss über Eckwerte
10. bis 12. Mai 2011	Steuerschätzung in Fulda
Ende März bis Anfang Juli 2011	Komprimiertes Aufstellungsverfahren auf der Basis des Eckwertebeschlusses
6. Juli 2011	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2012 und Finanzplan bis 2015
12. August 2011	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
6. bis 9. September 2011	1. Lesung Bundestag
23. September 2011	1. Durchgang Bundesrat
21. September bis 9. November 2011	Beratungen im Haushaltsausschuss
17. November 2011	Stabilitätsrat
2. bis 4. November 2011	Steuerschätzung in Halle/Sachsen Anhalt
10. November 2011	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
22. bis 25. November 2011	2./3. Lesung Bundestag
16. Dezember 2011	2. Durchgang Bundesrat
Ende Dezember 2011	Verkündung im Bundesgesetzblatt

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt	
September 2011	August 2011	22. September 2011	
Oktober 2011	September 2011	21. Oktober 2011	
November 2011	Oktober 2011	21. November 2011	
Dezember 2011	November 2011	22. Dezember 2011	

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹ Telefax: 01805 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 € / Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet:

http://www.bundes finanz ministerium.de

http://www.bmf.bund.de

□ Analysen und Berichte

Analysen und Berichte

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2011	34
Gemeindefinanzkommission - Ausgangslage und Ergebnisse	
23. Subventionsbericht der Bundesregierung	
Nationale Fiskalregeln - Ein Instrument zur Vorbeugung von Vertrauenskrisen?	
Mittelfristige Projektion der öffentlichen Finanzen	67
Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	83

Analysen und Berichte

DIE STEUEREINNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER IM 1. HALBJAHR 2011

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder¹ im 1. Halbjahr 2011

- - Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) stiegen im 1. Halbjahr 2011 um + 9,3 %.
 - Der Zuwachs war im 2. Quartal mit + 8,3 % etwas geringer als im 1. Quartal (+ 10,8 %).
- 1 Entwicklung derSteuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im1. Halbjahr 2011

Die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen betrugen im 1. Halbjahr 2011 256 857 Mio. €, das sind + 21 836 Mio. € beziehungsweise + 9,3 % mehr als im 1. Halbjahr 2010.

Die Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 2011 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen wie in Tabelle 1 dar:

Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 2011

	1. Halbj	ahr 2011	Änderung gegenüber		
Steuereinnahmen nach Ertragshoheit	in M	lio.€	Vorjahr		
	2011	2010	in Mio. €	in %	
Gemeinschaftliche Steuern	203 491	185 555	17936	+9,7	
Reine Bundessteuern	44 540	41 683	2 858	+6,9	
Reine Ländersteuern	6 615	5 727	888	+15,5	
Zölle	2 211	2 058	153	+7,4	
Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	256 857	235 022	21 836	+9,3	

Differenzen in den Summen durch Rundung.

¹ Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 "Finanzen und Steuern", Reihe 4 "Steuerhaushalt" im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2011

Die **gemeinschaftlichen Steuern** übertrafen ihr Vorjahresergebnis im 1. Halbjahr 2011 um + 9,7%. Im 2. Quartal verzeichneten sie Mehreinnahmen von + 8,3% nach + 11,2% im 1. Quartal. Im Berichtszeitraum Januar bis Juni 2011 meldeten insbesondere die Körperschaftsteuer und die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag hohe Aufkommenszuwächse.

Das Kassenaufkommen aus der Lohnsteuer stieg im 1. Halbjahr 2011 um + 9,8 % und profitierte dabei auch vom Rückgang der aus dieser Steuer zu leistenden Kindergeldzahlungen (-1,1%). Nachdem die erhöhten Kindergeldsätze in der Vorjahresbasis enthalten sind, zeigt sich im Kassenergebnis nunmehr wieder die abnehmende Zahl der Kindergeldkinder. Vor allem aber macht sich die deutlich verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt mit einer Zunahme der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer und höheren Löhnen bemerkbar. Die gestiegenen Auszahlungen bei der Altersvorsorgezulage (+4,8%) sind der gewachsenen Zahl von Riester-Verträgen geschuldet.

Die veranlagte Einkommensteuer

verzeichnete in der ersten Jahreshälfte 2011 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum Mehreinnahmen von lediglich + 1,8 %. Hierbei spielen mehrere Faktoren eine Rolle: Zum einen mussten in einem Einzelfall freiwillig geleistete Vorauszahlungen aufgrund der inzwischen geklärten Rechtslage zurückgezahlt werden. Zum anderen war die Vorjahresbasis durch größere Nachzahlungen infolge von Betriebsprüfungen deutlich erhöht. Der Rückgang der Zahlung der Eigenheimzulage (-34,1%) erklärt sich durch den Wegfall eines weiteren Förderjahrgangs.

Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer nahmen im Berichtszeitraum deutlich um + 15,9 % zu. Die erheblich gestiegenen Vorauszahlungen für das laufende Jahr und das Vorjahr trugen maßgeblich zu diesem positiven Gesamtergebnis bei. Die hohen Erstattungen von Körperschaftsteuer aus dem 1. Quartal aufgrund der Anrechnung einer großen Kapitalertragsteuerzahlung wurden im 2. Quartal durch einen deutlichen Rückgang kompensiert, der allerdings auch der starken Vorjahresbasis geschuldet ist.

Die nicht veranlagten Steuern vom
Ertrag (Steuern auf Dividenden)
meldeten Mehreinnahmen im 1. Halbjahr
2011 von + 49,4%. Aufgrund der guten
Gewinnentwicklung im Vorjahr
kam es insbesondere bei den großen
Publikumsgesellschaften zu hohen
Ausschüttungen. Zwar gingen die Einnahmen
von + 81,5% im 1. Quartal 2011 auf + 34,7% im
2. Quartal 2011 zurück, doch war im 1. Quartal
ein großer Sonderfall ursächlich für den
damaligen sehr starken Anstieg.

Bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ist im 1. Halbjahr 2011 ein Rückgang um -7,0 % zu verzeichnen. Während im 1. Quartal noch Einbußen in Höhe von -11,1 % gemeldet wurden, weitete sich das Volumen im 2. Quartal 2011 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um +3,6 % aus. Das Gesamtergebnis korrespondiert mit dem immer noch äußerst niedrigen Zinsniveau und der damit verbundenen deutlich verringerten Steuerbemessungsgrundlage. Das Ergebnis des 2. Quartals signalisiert aber auch eine allmähliche Stabilisierung des Aufkommens.

Das Kassenaufkommen der **Steuern vom** Umsatz lag mit +7,2% über dem Ergebnis des 1. Halbjahres 2010. Dabei haben sich die Einnahmen im 2. Quartal 2010 mit + 3,9 % nach einem Anstieg im 1. Quartal 2010 (+10,5%, allerdings im Vergleich zu einer äußerst schwachen Vorjahresbasis) wieder leicht abgeschwächt. Die (Binnen-)Umsatzsteuer konnte im bisherigen Jahresverlauf ein Plus von +1,1% verbuchen, während die Einfuhrumsatzsteuer auf Importe aus Nicht-EU-Ländern eine Zunahme um + 28.2% verzeichnete. Dabei ist der steuertechnische Zusammenhang zu berücksichtigen, dass der Zuwachs bei der Einfuhrumsatzsteuer zunächst entsprechend hohe Vorsteuerabzüge

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2011

im Inland zur Folge hat, die das Aufkommen der (Binnen-)Umsatzsteuer vermindern. Der Anstieg der Einfuhrumsatzsteuer ist Ergebnis der deutlich ausgeweiteten Außenhandelstätigkeit.

Bei den **reinen Bundessteuern** wurde das Vorjahresniveau im 1. Halbjahr 2011 um + 6,9 % überschritten. Dabei stieg das Volumen im 2. Quartal 2011 mit + 5,9 % etwas verhaltener als noch im 1. Quartal 2011 (+ 8,0 %).

Im 1. Halbjahr 2011 weist die Energiesteuer als die aufkommensstärkste Bundessteuer Mehreinnahmen in Höhe von + 3,0 % aus. Während das Aufkommen aus der Energiesteuer auf Heizöl um - 26,2 % zurückging, stiegen die Einnahmen aus der Energiesteuer auf Erdgas um + 40,6 %. Allerdings war zum einen die Vorjahresbasis bei der Energiesteuer auf Erdgas ausgesprochen schwach, zum anderen dürfte das starke Plus auch auf die nunmehr erfolgten Jahresabrechnungen zurückzuführen sein. Bei der Besteuerung des Kraftstoffverbrauchs gab es nur eine leichte Zunahme von + 0,7 %.

Die Tabaksteuer dehnte im 1. Halbjahr 2011 ihr Volumen um +7,0 % aus. Während der starke Aufkommenszuwachs im 1. Quartal (+17,5%) den vorgezogenen Käufen in Reaktion auf die Erhöhung der Tabaksteuersätze zum 1. Mai 2011 geschuldet war, gab es spiegelbildlich hierzu im 2. Quartal 2011 einen Rückgang um - 0,8 %. Der Solidaritätszuschlag konnte dank seiner verbreiterten Bemessungsgrundlage ein Plus von + 9,5 % melden. Auch die Versicherungsteuer (+5,0%) und die Stromsteuer (+22,0%) verzeichneten einen hohen Zuwachs. Die Kraftfahrzeugsteuer verfehlte nur knapp das Vorjahresniveau. Auch für die übrigen Bundessteuern gab es überwiegend Mehreinnahmen: Branntweinsteuer (+9,6%), Schaumweinsteuer (+10,1%) und Kaffeesteuer (+4,1%). Demgegenüber sank das Aufkommen der Alkopopsteuer (-46,1%) und der Zwischenerzeugnissteuer (-31,0%).

Bei der Luftverkehrsteuer betrugen die Einnahmen im 1. Halbjahr 2011 insgesamt 347,9 Mio. €. Die Luftverkehrsteuer wurde zum 1. Januar 2011 eingeführt und belegt die Abflüge von einem innerdeutschen Flughafen mit einer Steuer von 8 € für die Kurzstrecke, von 25 € für die Mittelstrecke und von 45 € für die Langstrecke. Bei der ebenfalls neu eingeführten Kernbrennstoffsteuer wurde im 1. Halbjahr 2011 noch kein Aufkommen erzielt.

Die reinen Ländersteuern lagen im
1. Halbjahr 2011 um + 15,5 % über dem
Vorjahresniveau. Getragen wird dieses
Ergebnis von der Grunderwerbsteuer
(+ 23,9 %), der Erbschaftsteuer (+ 13,1 %) und
der Feuerschutzsteuer (+ 8,8 %). Während
das Aufkommen der Erbschaftsteuer
teilweise von großen Einzelfällen geprägt
wurde, ist der kontinuierliche Anstieg
bei der Grunderwerbsteuer ein Indiz für
die verbesserte konjunkturelle Situation.
Auch die übrigen Steuerarten weisen
positive Abstandsraten aus: Rennwett- und
Lotteriesteuer (+ 2,1%) und Biersteuer (+ 0,2 %)

2 Entwicklung derSteuereinnahmen in deneinzelnen Monaten des2. Quartals 2011

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) stiegen im April 2011 gegenüber dem Vorjahresmonat um + 3,4 %. Die positive Entwicklung bei den gemeinschaftlichen Steuern (+ 2,9 %) wurde getragen von den deutlichen Zuwächsen bei der Lohnsteuer und den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. Auch die Steuern vom Umsatz meldeten Einkommensverbesserungen. Die Bundessteuern übertrafen das Vorjahresniveau um + 6,4% nicht zuletzt aufgrund der guten Ergebnisse bei der Energiesteuer und der Stromsteuer. Bei den Ländersteuern (-4,5%) konnte der Rückgang bei der Erbschaftsteuer durch die Mehreinnahmen bei der

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2011

Grunderwerbsteuer nicht kompensiert werden.

Im Mai 2011 fiel die Zunahme der Steuereinnahmen mit insgesamt + 10,1% deutlich höher aus als noch im April 2011. Hierzu trugen insbesondere die gemeinschaftlichen Steuern (+10,7%) und die Ländersteuern (+28,1%) bei. Die Lohnsteuer und die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (Abgeltungsteuer auf Dividenden) verzeichneten hohe Zuwachsraten. Deutlich mehr als im Vorjahr erbrachten auch die veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer. Die Steuern vom Umsatz lagen in etwa auf Vorjahresniveau. Bei den Bundessteuern (+ 5,4%) wurde das Ergebnis insbesondere von den Entwicklungen des Solidaritätszuschlags, der Tabaksteuer, der Stromsteuer, der Kraftfahrzeugsteuer und der Versicherungsteuer geprägt. Die reinen Ländersteuern (+ 28,1%) verdanken ihren Aufkommenszuwachs erneut der Grunderwerbsteuer und der Erbschaftsteuer.

Auch im aufkommensstarken
Vorauszahlungsmonat Juni 2011 lagen die
Steuereinnahmen mit + 9,8 % über dem
Vorjahreswert. Die gemeinschaftlichen
Steuern nahmen hierbei um + 10,5 % zu.
Hervorzuheben sind insbesondere die
Mehreinnahmen bei der Körperschaftsteuer,
der Lohnsteuer und den nicht veranlagten
Steuern vom Ertrag. Zu diesem positiven

Ergebnis trugen ebenfalls die Steuern vom Umsatz bei. Deutliche Zuwächse beim Solidaritätszuschlag, bei der Stromsteuer und bei der Energiesteuer führten bei den Bundessteuern zu einem Aufkommensplus von + 6,0 %. Die reinen Ländersteuern (+ 7,6 %) überschritten das Vorjahresniveau dank der guten Resultate bei der Grunderwerbsteuer und der Biersteuer, während die Erbschaftsteuer einen Rückgang hinnehmen musste.

3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Im 1. Halbjahr 2011 konnten alle Ebenen das entsprechende Vorjahresniveau übertreffen. Dies gilt auch für den Anteil der Gemeinden an den Gemeinschaftssteuern. Die höheren EU-Abführungen, die auch zu dem Anstieg der EU-Eigenmittel um + 6,4% beitrugen, reduzierten das Ergebnis der Steuereinnahmen des Bundes, der dennoch mit + 10,9% die höchste Zuwachsrate verzeichnet.

Die Verteilung der Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 2011 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in Tabelle 2 dargestellt.

Tabelle 2:	Verteilung de	er Steuereinna	hmen auf c	lie Ebenen
------------	---------------	----------------	------------	------------

	1. Halbj	ahr 2011	Änderung gegenüber		
Steuereinnahmen nach Ebenen	in M	lio.€	Vorjahr		
	2011	2010	in Mio. €	in %	
Bund ¹	118 019	106 388	11 631	+10,9	
EU	12 983	12 197	786	+6,4	
Länder ¹	110 962	102 552	8 409	+8,2	
Gemeinden ²	14894	13 885	1 009	+7,3	
Zusammen	256 857	235 022	21 836	+9,3	

 ${\bf Differenzen\,in\,den\,Summen\,durch\,Rundung.}$

¹ Nach Bundesergänzungszuweisungen.

² Lediglich Gemeindeanteil an Einkommensteuer, Abgeltungsteuer und Steuern vom Umsatz.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2011

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im 1. Halbjahr 2011 und in den einzelnen Monaten finden sich im Internetangebot des BMF unter http://www.bundesfinanzministerium.de unter der Rubrik Steuern > Steuerschätzung/ Steuereinnahmen > Steuereinnahmen.

GEMEINDEFINANZKOMMISSION - AUSGANGSLAGE UND ERGEBNISSE

Gemeindefinanzkommission - Ausgangslage und Ergebnisse

1	Zusammenfassung	39
2	Ausgangslage der Beratungen der Gemeindefinanzkommission: Strukturelle Probleme des	
	kommunalen Finanzsystems	40
3	Gemeindefinanzkommission	43
3.1	Ergebnisse der Arbeitsgruppe "Rechtsetzung"	44
3.2	Ergebnisse der Arbeitsgruppe "Standards"	46
3.3	Arbeitsgruppe "Kommunalsteuern"	48
3.4	Ergebnisse der Gemeindefinanzkommission im Zusammenhang	49
4	Weitere Maßnahmen des Bundes zugunsten der Kommunen	50
4.1	Zukunftsinvestitionsgesetz	50
4.2	Kinderbetreuung	50
	Kosten der Unterkunft und Heizung im Rahmen des Arbeitslosengelds II	51

- Als Ergebnis der Beratungen der Gemeindefinanzkommission sollen die Kommunen durch die vollständige Erstattung der Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund nachhaltig und zukünftig in steigendem Umfang entlastet werden.
- Änderungen von Standards gehen mit einer verbesserten Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände an Gesetzgebungsvorhaben des Bundes einher. Zukünftig können sich die Kommunen damit bei Gesetzgebungsvorhaben mit finanziellen Auswirkungen auf die kommunale Ebene noch früher einbringen.
- Alternativen zum kommunalen Steuereinnahmesystem sind umsetzbar. Einvernehmen darüber war in der Kommission allerdings nicht herzustellen.

1 Zusammenfassung

Die Entwicklung der Kommunalfinanzen ist durch stark schwankende Finanzierungssalden geprägt – insbesondere als Folge der äußerst konjunkturreagiblen Gewerbesteuereinnahmen. Auf der Ausgabenseite wird die Entwicklung der Finanzierungssalden im Wesentlichen von den sozialen Leistungen geprägt.

Der ungebrochene Zuwachs der Kassenkreditbestände auch in Zeiten mit insgesamt hohen Finanzierungsüberschüssen für die Kommunen zeigt, dass es eine zunehmende Verfestigung der Spreizung zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen gibt.

Somit galt es bei den Beratungen der Gemeindefinanzkommission, die dem Bundesgesetzgeber beziehungsweise die der Bundesregierung zugänglichen Möglichkeiten zu prüfen, den Kommunen zu stetigeren Einnahmen und zu besser gestaltbaren Ausgaben zu verhelfen.

Die Ergebnisse der Gemeindefinanzkommission sind für die Kommunen positiv. Sie werden bei den sozialen Leistungen durch den Bund dauerhaft und nachhaltig entlastet. Die Entlastungswirkung durch die Übernahme von Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und

GEMEINDEFINANZKOMMISSION - AUSGANGSLAGE UND ERGEBNISSE

bei Erwerbsminderung durch den Bund wird durch die zukünftig zu erwartende Dynamik zunehmen. Die Einbindung der kommunalen Spitzenverbände in die Rechtsetzung auf Bundes- und EU-Ebene wird gestärkt.

Die Diskussion zur Neugestaltung des kommunalen Steuersystems wird weiterhin geführt werden müssen.

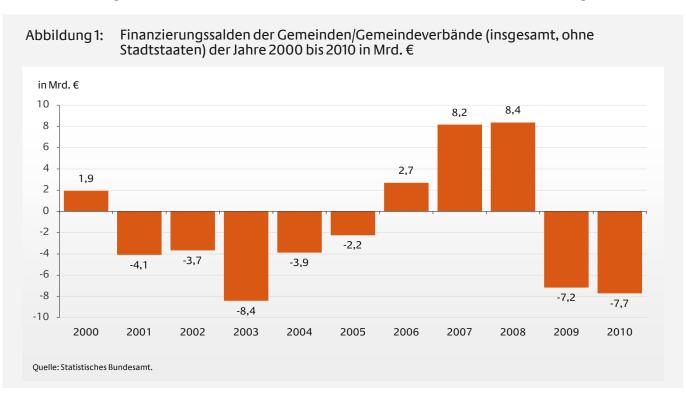
 2 Ausgangslage der Beratungen der Gemeindefinanzkommission: Strukturelle Probleme des kommunalen Finanzsystems

Die Entwicklung der Kommunalfinanzen ist durch stark schwankende Finanzierungssalden geprägt – insbesondere als Folge der äußerst konjunkturreagiblen Gewerbesteuereinnahmen. Der Blick auf die Finanzierungssalden der Gemeinden in den

Jahren 2000 bis 2010 belegt die Dimension des Problems. So zeigen sich die Wirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre in einem 2009 im Vergleich zum Vorjahr abrupt auf hohe Minuswerte abgesunkenen Finanzierungssaldo. Solche Entwicklungen gibt es seit langem, zugenommen hat aber die Höhe der Ausschläge nach oben und nach unten.

Ursächlich für diese Entwicklungen sind kommunale Steuereinnahmen, die in der Krise regelmäßig wegbrechen und im Aufschwung zunehmen. Diesen unstetigen Einnahmen stehen stetige Ausgabenerfordernisse gegenüber.

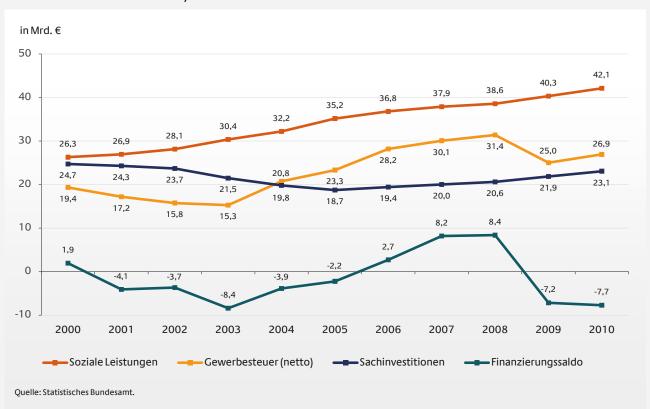
Abbildung 2 ist zu entnehmen, dass die Entwicklung der Finanzierungssalden im Wesentlichen von der Gewerbesteuer auf der Einnahmen- und von den sozialen Leistungen auf der Ausgabenseite geprägt wird. Während die Einnahmen aus der Gewerbesteuer und der Finanzierungssaldo



40

GEMEINDEFINANZKOMMISSION - AUSGANGSLAGE UND ERGEBNISSE

Abbildung 2: Entwicklung der Finanzierungssalden im Vergleich zur Entwicklung wichtiger Einnahme- und Ausgabearten der Gemeinden/Gemeindeverbände (insgesamt, ohne Stadtstaaten) der Jahre 2000 bis 2010 in Mrd. €

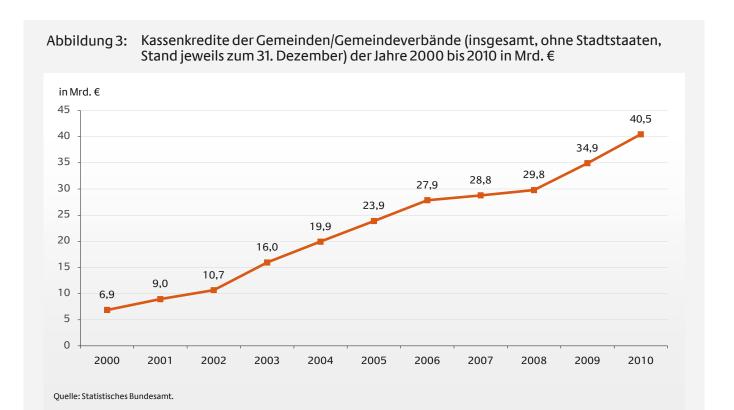


weitgehend parallel verlaufen und jeweils stark schwanken, nehmen die Ausgaben der Kommunen für soziale Leistungen ständig zu. In Krisenzeiten fällt das Wachstum dieser Ausgaben zudem stärker aus. Da für die Kommunen lediglich die Investitionsausgaben unmittelbar gestaltbar sind, können die Kommunen unstetigen Einnahmen nur mit einer Anpassung ihrer Investitionstätigkeit und damit prozyklisch gegensteuern. 2009 und 2010 wurde diese prozyklische Entwicklung durch Bundesmittel in Höhe von 10 Mrd. € im Rahmen des erfolgreichen Zukunftsinvestitionsgesetzes verhindert, die weit überwiegend für kommunale Investitionen eingesetzt wurden. Einfluss auf die Entwicklung der Finanzierungssalden haben auch die Einnahmen der Kommunen aus allgemeinen Landeszuweisungen, da diese mit einer zeitlichen Verzögerung auf die Entwicklung der Steuereinnahmen der Länder reagieren. Auch der Gemeindeanteil

an der Einkommensteuer entwickelt sich – in der Regel aber mit geringeren Ausschlägen als bei der Gewerbesteuer – in Abhängigkeit von der konjunkturellen Entwicklung. Darüber hinaus gibt es Sondereffekte durch Vermögensveräußerungen oder Vermögenserwerb in einzelnen Städten, die auf die Finanzierungssalden durchschlagen.

Neben dem Finanzierungssaldo hat sich die Entwicklung der kommunalen Kassenkreditbestände in den vergangenen Jahren zu einem weiteren wichtigen Indikator für die Beurteilung der kommunalen Finanzsituation herauskristallisiert.
Denn auch in Jahren mit positiven Entwicklungen der Finanzierungssalden bis hin zu Rekordüberschüssen waren bei den kommunalen Kassenkrediten Zuwächse zu verzeichnen. In konjunkturell guten Zeiten haben sich lediglich die Zuwachsraten vermindert.

GEMEINDEFINANZKOMMISSION - AUSGANGSLAGE UND ERGEBNISSE



Kassenkredite waren ursprünglich für die kurzzeitige Überbrückung von Liquiditätsengpässen gedacht. In vielen Fällen werden Kassenkredite inzwischen jedoch zur dauerhaften Finanzierung laufender Ausgaben in Anspruch genommen. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Der ungebrochene Zuwachs der Kassenkreditbestände auch in Zeiten mit insgesamt hohen Finanzierungsüberschüssen für die Kommunen zeigt aber auch, dass den Kommunen, für die Finanzierungsüberschüsse zu verzeichnen waren, Kommunen gegenüberstehen, die selbst bei insgesamt positiver wirtschaftlicher Entwicklung nicht in der Lage sind, ihre laufenden Ausgaben durch laufende Einnahmen zu finanzieren.

Es gibt also eine Tendenz der Spreizung zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen. Aufgrund dieses Befundes sind insbesondere die Länder zur Behebung solcher Ungleichgewichte auf Landesebene gefordert. Die Länder verfügen mit dem kommunalen Finanzausgleich über das geeignete Instrument. Tabelle 1 belegt, dass sich die durch die Kassenkreditbestände dokumentierte Situation in einigen Ländern konzentriert.

Somit war die Ausgangslage vor der Einsetzung der Gemeindefinanzkommission klar: Es galt, die dem Bundesgesetzgeber beziehungsweise die der Bundesregierung zugänglichen Möglichkeiten zu prüfen, den Kommunen zu stetigeren Einnahmen und zu besser gestaltbaren Ausgaben zu verhelfen, insbesondere in dem die Ausgabenentwicklung mit prägenden Bereich "Arbeit und Soziales".

3 Gemeindefinanzkommission

Die Gemeindefinanzkommission wurde durch Kabinettsbeschluss vom 24. Februar 2010 eingesetzt. Ihre konstituierende Sitzung fand am 4. März 2010, ihre abschließende Sitzung am 15. Juni 2011 statt.

Die Kommission hatte den Auftrag, Vorschläge zur Neuordnung der

GEMEINDEFINANZKOMMISSION - AUSGANGSLAGE UND ERGEBNISSE

Tabelle 1: Kassenkredite der Gemeinden/Gemeindeverbände (insgesamt, ohne Stadtstaaten) am 31. Dezember 2010 nach Ländern

	Kassenkredite am 31.12.2010	
	in Mio. €	in € je Einwohner
Deutschland	40 462	533
Alte Länder	38 209	607
Neue Länder	2 253	175
Saarland	1 655	1 623
Rheinland-Pfalz	5 392	1 346
Nordrhein-Westfalen	20 054	1 123
Hessen	4879	805
Niedersachsen	5 047	636
Sachsen-Anhalt	826	352
Mecklenburg-Vorpommern	499	303
Brandenburg	724	289
Schleswig-Holstein	608	215
Thüringen	152	68
Bayern	333	27
Baden-Württemberg	241	22
Sachsen	52	13

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Gemeindefinanzierung zu erarbeiten und hierbei auch den aufkommensneutralen Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommenund Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatz zu prüfen. Die Kommission sollte ihre Arbeit entsprechend dem obigen Befund aber nicht auf die Einnahmenseite konzentrieren, sondern auch Handlungsempfehlungen zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung erarbeiten. Hierzu wurden die Stichworte "Beteiligung der Kommunen an der Gesetzgebung des Bundes" und "Flexibilisierung von Standards" angeführt.

Schon im Einsetzungsbeschluss der Kommission wurde auf die Notwendigkeit eines von allen Beteiligten getragenen Berichts hingewiesen. Der Kommission gehörten neben dem Bundesminister der Finanzen (Vorsitz) die Bundesminister für Wirtschaft und Technologie und des Innern sowie Finanz-, Innen- und Wirtschaftsminister der Länder

und selbstverständlich die Repräsentanten der drei kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene an.

Zur Abarbeitung der Aufträge der Gemeindefinanzkommission wurden Arbeitsgruppen eingesetzt, die sich mit den Kommunalsteuern, mit der Beteiligung der Kommunen an der Rechtsetzung des Bundes und auf EU-Ebene sowie mit Standards befassten. Im Rahmen der Arbeitsgruppe "Standards" wurden auch die Höhe und Verteilung der Ausgaben für soziale Leistungen untersucht.

Hervorzuheben ist der untrennbare Zusammenhang zwischen den Inhalten der in den Arbeitsgruppen behandelten Themen.

So gewährleistet eine verbesserte Beteiligung der Kommunen an der Rechtsetzung des Bundes, dass die Kommunen noch frühzeitiger auf die beabsichtigte Setzung von Standards durch den Bund einwirken können.

GEMEINDEFINANZKOMMISSION - AUSGANGSLAGE UND ERGEBNISSE

Auch ist angesichts des großen Gewichts der Aufwendungen für soziale Leistungen in den Kommunalhaushalten die Frage der Ausführung und Finanzierung dieser Aufgaben von großer Bedeutung.

Entlastungen auf der Ausgabenseite – zum Beispiel durch geänderte oder flexibilisierte Standards – bedürfen der Flankierung durch eine stetigere Einnahmebasis der Kommunen. Denn die Kommunen benötigen zur Finanzierung ihrer dauerhaft zu erfüllenden Aufgaben stetigere Einnahmen.

Auch wenn die Ergebnisse der drei Arbeitsgruppen im Folgenden getrennt dargestellt werden, war und bleibt dieser Zusammenhang für die Bundesregierung immer präsent.

3.1 Ergebnisse der Arbeitsgruppe "Rechtsetzung"

Die Arbeitsgruppe "Rechtsetzung" hat sich in mehreren Sitzungen unter der Leitung des Bundesministeriums des Innern mit zahlreichen Vorschlägen beschäftigt. Details dazu sind den im Internet eingestellten Zwischen- und Abschlussberichten der Arbeitsgruppe zu entnehmen. Zum Ende hin hat sich die Arbeitsgruppe auf die Prüfung von sieben Handlungsempfehlungen verständigt. Über den Stand dieser Prüfung hat das Bundesministerium des Innern mit einem Bericht vom 30. Juni 2011 unterrichtet. Dem Bericht ist die nachfolgende Übersicht über den Stand der Umsetzung der einzelnen Handlungsempfehlungen entnommen.

Zwei der dort angeführten Maßnahmen sind bereits umgesetzt. Von besonderer Bedeutung ist die Änderung der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien, die in § 47 um einen Absatz 5 erweitert wird: "Wird zu einer Gesetzesvorlage eine mündliche Anhörung durchgeführt, sind hierzu die kommunalen Spitzenverbände einzuladen, wenn ihre Belange berührt sind. Diesen soll bei der Anhörung vor den Zentral- und Gesamtverbänden sowie den

Fachkreisen das Wort gewährt werden." Die Regelung sichert den Kommunen eine weitere Privilegierung bei der Beteiligung an Gesetzgebungsvorhaben des Bundes. Im Zusammenhang mit EU-Rechtsetzungsvorhaben kann den kommunalen Spitzenverbänden der Zugang zur zentralen ZEUS-Datenbank ("Zentraler EU-Dokumenten Server") des EU-Ratssekretariats beim Auswärtigen Amt angeboten werden, sofern die entsprechenden technischen Voraussetzungen auf kommunaler Ebene gegeben sind. Der Server, der der Bundesregierung zur Verfügung steht, enthält alle für die EU-Ratsarbeitsgruppen relevanten Dokumente und wird kontinuierlich von Brüssel aus ergänzt und gepflegt. Zur länderbezogenen Kostenfolgenabschätzung bei Geldleistungsgesetzen prüft das Bundesministerium für Arbeit und Soziales laufend das Vorhandensein eines geeigneten Gesetzgebungsvorhabens. Die Prüfung der länderbezogenen Kostenfolgenabschätzung bei Steuergesetzen durch das Bundesministerium der Finanzen war zum 30. Juni 2011 noch nicht abgeschlossen. Zwischenzeitlich hat sich aber gezeigt, dass weder das Bundesministerium der Finanzen noch die Länder solche Kostenfolgeabschätzungen für machbar halten.

Die Umsetzung einer Handlungsempfehlung liegt in der Hand des Deutschen Bundestags (privilegierte Anhörungsrechte bei Bundesgesetzgebungsvorhaben im Deutschen Bundestag); für eine weitere bedarf es zunächst einer Entscheidung des EU-Ministerrats über die Zusammensetzung des Ausschusses der Regionen (Ausweitung der kommunalen Mandate im AdR). Zur Benennung von Ansprechpartnern für die Entgegennahme möglicher Subsidiaritätsbedenken der Kommunen bei EU-Vorhaben durch die Länder ist ein positiver Rücklauf zu verzeichnen. Zum 30. Juni 2011 hatten sieben von 13 Flächenländern einen solchen Ansprechpartner bereits eingerichtet.

Gemeindefinanzkommission - Ausgangslage und Ergebnisse

Tabelle 2: Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Arbeitsgruppe "Rechtsetzung" der Gemeindefinanzkommission: Umsetzungsstand zum 30. Juni 2011

		Bemerkung
~	~	Inkrafttreten der geänderten GGO voraussichtlich am 1. August 2011.
×		BMAS prüft laufend das Vorhandensein eines geeigneten Gesetzgebungsvorhabens.
×		BMF muss Berichtsentwurf zum Prüfungsergebnis noch mit Ländern und kommunalen Spitzenverbänden abstimmen.
×		Prüfung durch den Geschäftsordnungs- ausschuss des Bundestages ist noch nicht abgeschlossen.
×		Bundesregierung steht dem Wunsch der Kommunen nach einer Ausweitung der kommunalen Mandate positiv gegenüber. Die Entscheidung des Rates steht jedoch noch aus.
~	✓	Das Auswärtige Amt kann Vertretern der kommunalen Spitzenverbände Zugang zu ZEUS-Datenbank anbieten, sofern ein Anschluss an das Zugangsnetz (Ländernetz DOI oder Gateway im IVBB zum TESTA-Netz) besteht.
×	~	Sieben Länder haben mitgeteilt, dass sie bereits über einen entsprechenden Ansprechpartner verfügen oder bereit sind, einen solchen einzurichten. In zwei Stadtstaaten werden die kommunalen Interessen direkt vom Parlament wahrgenommen. Sieben Länder haben sich noch nicht geäußert.
	×	×

GEMEINDEFINANZKOMMISSION - AUSGANGSLAGE UND ERGEBNISSE

Im Ergebnis werden die Kommunen sich früher als bisher in die Gesetzgebung des Bundes einbringen und ihre besonderen Belange vertreten können. Dabei werden sie auf durch die Beratungen in der Arbeitsgruppe "Standards" (siehe unten) sensibilisierte Fachressorts treffen. Darüber hinaus haben die Kommunen zukünftig Zugang zu sämtlichen Dokumenten der EU-Kommission, die der Bundesregierung zur Verfügung stehen.

Auch ist darauf hinzuweisen, dass die kommunalen Spitzenverbände von der Erweiterung der Prüfungskompetenzen des Nationalen Normenkontrollrats profitieren; die gesetzliche Grundlage ist am 22. März 2011 in Kraft getreten. Danach muss der Erfüllungsaufwand ermittelt und dargestellt werden. Durch die Zuständigkeit des Normenkontrollrats ist sichergestellt, dass diese Vorgabe konsequent beachtet wird.

3.2 Ergebnisse der Arbeitsgruppe "Standards"

Änderungen von Standards

In die Arbeitsgruppe "Standards" wurden von kommunalen Spitzenverbänden, Ländern, aber auch von den Fachressorts des Bundes über 200 Vorschläge zur Änderung von durch Bundesrecht gesetzten und die Kommunen belastenden Standards eingebracht. Der Schwerpunkt der Änderungsvorschläge lag entsprechend dem kommunalen Ausgabenschwerpunkt im Politikbereich "Arbeit und Soziales". Eine belastbare Ermittlung der finanziellen Auswirkungen der Vorschläge war nicht möglich.

Die Breite der Wirkung bundesgesetzlichen Handelns auf die kommunale Ebene zeigte sich darin, dass bis auf den Politikbereich "Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung" alle Fachressorts des Bundes von den Änderungsvorschlägen betroffen waren. Nach intensiven Beratungen in der Arbeitsgruppe und in den von ihr zu den einzelnen Politikbereichen eingesetzten Arbeitskreisen verblieben am Ende

87 Prüfaufträge zur Änderung von Standards. Über den Stand der Umsetzung hat das Bundesministerium der Finanzen, ebenfalls am 30. Juni 2011, einen Bericht vorgelegt, der – wie auch der Abschluss- und der Zwischenbericht der Arbeitsgruppe – im Internet einsehbar ist. Tabellen 3 und 4 informieren über den Stand der Umsetzung insgesamt und nach Politikbereichen.

Es zeigt sich, dass immerhin 20 % der von der Gemeindefinanzkommission zur Prüfung vorgesehenen Vorschläge umgesetzt sind beziehungsweise zur Umsetzung vorgesehen sind. Diese Maßnahmen wie z. B. Verfahrensänderungen und Gebührenanpassungen fallen insbesondere in die Politikbereiche "Inneres" sowie – aufgrund des quantitativen Schwerpunkts der Vorschläge – "Arbeit und Soziales".

Über 45 % der Vorschläge wurde noch nicht entschieden. Sie werden entweder in bestehenden Bund-Länder-Arbeitsgruppen beraten, sind in laufende Verfahren eingebunden oder sind im Gesamtzusammenhang von grundlegenden Gesetzesnovellierungen zu behandeln.

Zu den 35 % verworfenen Maßnahmen zählen insbesondere Vorschläge, die eine weitere Lastenverschiebung zum Bund zur Folge hätten.

Die punktuellen Änderungen bei bundesrechtlich normierten Standards sind ein Erfolg der Arbeit der Gemeindefinanzkommission. Zudem sind die Fachressorts von Bund und Ländern durch die engagierte Diskussion im Rahmen der Arbeitsgruppe nachhaltig für kommunale Kostenfolgen sensibilisiert, die aus bundesrechtlich gesetzten Standards resultieren.

Finanzierung von sozialen Leistungen

Neben der Befassung mit Standards im eigentlichen Sinne war ein Schwerpunkt der Beratungen in der Arbeitsgruppe

Gemeindefinanzkommission - Ausgangslage und Ergebnisse

Tabelle 3: Weiterzuverfolgende Vorschläge für Standardänderungen aus der Gemeindefinanzkommission: Umsetzungsstand zum 30. Juni 2011

Stand der Umsetzung	Anzahl der Vorschläge
umgesetzt	6½ (8 %)
vorgesehen	10½(12 %)
noch nicht entschieden	39½ (45 %)
verworfen	30½ (35 %)
gesamt	87

 $Anmerkung: Bei\ zwei\ Vorschl\"{a}gen\ ergab\ sich\ eine\ geteilte\ Einstufung\ in\ die\ Kategorien\ (teils/teils).$

Tabelle 4: Weiterzuverfolgende Vorschläge für Standardänderungen aus der Gemeindefinanzkommission: Umsetzungsstand zum 30. Juni 2011 nach Politikbereichen

Politikbereich	Umgesetzt	Vorgesehen	Noch nicht entschieden	Verworfen	Gesamt
Arbeit und Soziales	1	4	20	14	39
Bildung und Forschung	1/2	1/2	-	-	1
Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	-	1	-	-	1
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	1	1	3	6	11
Finanzen	1	-	1	-	2
Gesundheit	-	-	4	1	5
Inneres	2	4	2	1	9
Justiz	-	-	2	-	2
Umwelt	-	-	2	1	3
Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	-	-	3½	7½	11
Verteidigung	-	-	2	-	2
Wirtschaft	1	-	-	-	1
Gesamt	6 ½	10 ½	39 ½	30 ½	87

 $Anmerkung: Bei \ zwei \ Vorschlägen \ ergab \ sich \ eine \ geteilte \ Einstufung \ in \ die \ Kategorien \ (teils/teils).$

GEMEINDEFINANZKOMMISSION - AUSGANGSLAGE UND ERGEBNISSE

die Analyse der Belastung der einzelnen Ebenen durch die Finanzierung sozialer Leistungen. Denn in der Kommission und in der Arbeitsgruppe bestand Einigkeit, dass die kommunalen Finanzprobleme allein durch Standardänderungen nicht zu lösen sind.

Die Kommunen verwiesen darauf, dass die Ausgaben für soziale Leistungen so rasch wie kein anderer Ausgabenblock gewachsen seien. Sie verwiesen insbesondere auf die Ausgaben für die Kosten für Unterkunft und Heizung, für die Kindertagesbetreuung und den Ausbau der U3-Betreuung, die Kosten der Hilfe zur Erziehung, die Kosten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung heißt es im Zwischenbericht der Arbeitsgruppe "Standards" vom 25. Juni 2010 (Seite 13): "Aufgrund der demografischen Entwicklung sowie der zunehmenden Brüche in den Erwerbsbiografien und der steigenden Bedeutung des Niedriglohnbereichs ist langfristig von einem weiteren deutlichen Aufwuchs der kommunalen Lasten und einem höheren Gewicht der Ausgaben in diesem Bereich an den sozialen Leistungen auszugehen." Zudem wurde im Abschlussbericht der Arbeitsgruppe "Standards" vom 3. November 2010 (Seite 12) herausgestellt, dass eine Entlastung der Kommunen bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Vergleich zu einer Entlastung bei den Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen des SGB II breiter wirken würde, nachhaltig sei und zudem Kommunen mit sehr großen Finanzproblemen in besonderem Maße zugutekommen würde. Vor diesem Hintergrund hat die Gemeindefinanzkommission bei ihrer abschließenden Sitzung am 15. Juni 2011 einvernehmlich die Bereitschaft von Bund und Ländern begrüßt, die Kommunen bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu entlasten und damit einen nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen zu leisten. Hierfür soll die Bundesbeteiligung von

derzeit 15 % auf 45 % im Jahr 2012 und 75 % im Jahr 2013 schrittweise angehoben werden. Ab dem Jahr 2014 soll der Bund den Kommunen die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vollständig erstatten (100 %).

Dieses ist das herausragende Ergebnis der Gemeindefinanzkommission für die Kommunen. Die Übernahme dieser dynamisch wachsenden Belastungen in den Bundeshaushalt ist hervorzuheben. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Belastungen des Bundes durch soziale Leistungen sowohl in Bezug auf die Gesamtausgaben als auch auf die Dynamik ausgeprägter sind als bei den Kommunen (vergleiche Zwischenbericht der Arbeitsgruppe "Standards" vom 25. Juni 2010, Seite 14).

3.3 Arbeitsgruppe "Kommunalsteuern"

In den Arbeitsgruppen "Rechtsetzung" und "Standards" der Gemeindefinanzkommission konnten einvernehmliche Positionen gefunden werden. In der Arbeitsgruppe "Kommunalsteuern" ist das nicht gelungen. Während der Bund ein Modell vorlegte, nach dem das kommunale Steuersystem durch den Ersatz der Gewerbesteuer durch einen mit Hebesatz versehenen Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie einen höheren Anteil am Umsatzsteueraufkommen verstetigt wird, strebten die kommunalen Spitzenverbände bei der Gewerbesteuer eine Stärkung der ertragsunabhängigen Hinzurechnungen sowie die Einbeziehung der Freien Berufe in die Gewerbesteuer an.

Für die Bundesregierung war insbesondere der Ausbau substanzbelastender Elemente bei der Gewerbesteuer nicht zustimmungsfähig.

Auf der anderen Seite sahen sich die kommunalen Spitzenverbände nicht in der Lage, dem Modell des Bundes näherzutreten, obwohl es im Vergleich zum geltenden

GEMEINDEFINANZKOMMISSION - AUSGANGSLAGE UND ERGEBNISSE

kommunalen Steuersystem zu einer deutlichen Verstetigung der kommunalen Steuereinnahmen führen würde. Zudem haben die im Rahmen der Kommission erstellten Berechnungen und Berichte ergeben, dass das Modell der Bundesregierung nicht nur administrierbar ist, sondern dass seine interkommunalen Verteilungswirkungen nicht zu den von kommunaler Seite befürchteten Umverteilungen von den Kernstädten ins Umland und in die Fläche führen würden. Die in diesem Zusammenhang angestellten Untersuchungen lassen den Schluss zu: Noch nie ist ein Modell zum Ersatz der Gewerbesteuer in dieser Tiefe und Breite geprüft und für umsetzungsfähig befunden worden. Damit liefern die auf der Homepage des Bundesministeriums der Finanzen veröffentlichten Berechnungen und Berichte eine gute Grundlage für zukünftige Diskussionen.

Die kommunalen Spitzenverbände waren auch nicht bereit, Modifikationen bei den Hinzurechnungen der Gewerbesteuer mit dem Ziel einer Verminderung des substanzbelastenden Charakters dieser Steuer ins Auge zu fassen. Auch der Vorschlag des Bundesministers der Finanzen, den Gemeinden über die Ausübung eines begrenzten Hebesatzrechts beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zusätzliche Gestaltungsmöglichkeiten zu geben, wurde nicht von allen kommunalen Spitzenverbänden unterstützt. Aber auch hier haben die Untersuchungen insbesondere zur Administrierbarkeit einer solchen Maßnahme ergeben, dass der bestehende Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, für den die Möglichkeit eines Hebesatzrechts bereits im Grundgesetz vorgesehen ist, sehr wohl einer solchen Maßnahme zugänglich ist. Dabei könnte dieses Hebesatzrecht so ausgestaltet werden, dass befürchtete negative Wirkungen im Stadt-Umland-Verhältnis nicht zum Tragen kommen. Auch diese Berichte der Gemeindefinanzkommission können somit als Blaupause für zukünftige Diskussionen genutzt werden.

3.4 Ergebnisse der Gemeindefinanzkommission im Zusammenhang

Die Ergebnisse der

Gemeindefinanzkommission sind für die Kommunen positiv. Sie werden bei den sozialen Leistungen durch den Bund dauerhaft und nachhaltig entlastet. Diese Entlastung kommt bei allen Kommunen an, insbesondere bei denjenigen, die sich in einer besonders schlechten Finanzsituation befinden. Die Entlastungswirkung durch die Übernahme von Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund wird durch die zukünftig zu erwartende Dynamik zunehmen, gerade auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung. Allein für die Jahre 2012 bis 2015 wird die Entlastung voraussichtlich mehr als 12 Mrd. € betragen. Die Einbindung der kommunalen Spitzenverbände in die Rechtsetzung auf Bundes- und EU-Ebene wird gestärkt. So haben die Kommunen die Möglichkeit, zukünftig noch früher als bisher schon ihre finanziellen Belange bereits in der Vorbereitung von Gesetzgebungsvorhaben einzubringen. Dabei werden sie auf Fachressorts treffen, die durch die Standard-Diskussion im Rahmen der Gemeindefinanzkommission für kommunale Belange sensibilisiert sind. Neben der punktuellen Entlastung der Kommunen durch geänderte oder zur Änderung vorgesehene Standards als Ergebnis der Gemeindefinanzkommission wirkt auch die Arbeit der Arbeitsgruppe "Standards" somit nachhaltig.

Die Diskussion zur Neugestaltung des kommunalen Steuersystems wird in zukünftigen Legislaturperioden weitergeführt werden müssen. Dabei bleibt festzuhalten, dass die Kommunen voraussichtlich bereits im Jahr 2012 – und damit deutlich früher als der Bund – mit insgesamt zumindest ausgeglichenen Haushalten rechnen können. Das ist positiv zu bewerten, insbesondere weil die Kommunen damit Spielräume zum Abbau von Investitionsrückständen erhalten. Das dürfte in erster Linie Erhaltungsinvestitionen

GEMEINDEFINANZKOMMISSION - AUSGANGSLAGE UND ERGEBNISSE

im Gebäudebestand und bei den kommunalen Straßen betreffen. Die weiter zu erwartenden starken Schwankungen der Finanzierungssalden bleiben der Ausdruck der strukturellen Schwäche des kommunalen Steuersystems. Denn die Defizite der Vorjahre waren wesentlich auf Einbrüche bei den Gewerbesteuereinnahmen zurückzuführen, die positive Entwicklung in diesem und im kommenden Jahr dagegen wesentlich auf starke Zuwächse bei der Gewerbesteuer. Ein stetigeres kommunales Steuersystem hätte den Kommunen dieses Auf und Ab erspart.

4 Weitere Maßnahmen des Bundes zugunsten der Kommunen

Zusätzlich zu den Ergebnissen der Gemeindefinanzkommission profitieren die Kommunen von weiteren Maßnahmen des Bundes.

4.1 Zukunftsinvestitionsgesetz

Der Bund hat im Rahmen der verfassungsrechtlichen Grenzen in der Vergangenheit bereits mehr als einmal seine Bereitschaft zur Hilfe gezeigt, zuletzt mit dem "Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland". Zentraler Bestandteil dieses Konjunkturpakets II ist das Zukunftsinvestitionsgesetz. Mit diesem stellt der Bund den Ländern und Kommunen 10 Mrd. € Finanzhilfen für zusätzliche Investitionen bereit. Länder und Kommunen tragen einen Kofinanzierungsanteil von mindestens 25 %. Mindestens 70 % der Bundesförderung sind ausdrücklich für kommunalbezogene Investitionen vorgesehen. Mit den Finanzhilfen werden Investitionen in den Bereichen Bildungsinfrastruktur und sonstige Infrastruktur gefördert. Darüber hinaus hat das Zukunftsinvestitionsgesetz die Länder verpflichtet, den finanzschwächeren Kommunen die gleiche Chance auf Teilnahme an dem Investitionsprogramm zu ermöglichen wie den finanzstärkeren Kommunen.

Die Bilanz des Zukunftsinvestitionsgesetzes ist dabei mehr als positiv. Zum Stichtag 15. Mai 2011 wurden von den Ländern knapp 43 000 laufende beziehungsweise bereits beendete Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von zusammen fast 16 Mrd. € gemeldet. Der Finanzierungsanteil des Bundes hieran beläuft sich auf 10 Mrd. €, sodass die zur Verfügung stehenden Bundesmittel nunmehr vollständig belegt sind. Der Anteil der kommunalbezogenen Investitionen liegt in den Flächenländern mit etwa 78,6 % deutlich über der vorgegebenen Zielgröße von 70 %.

Mit dem Zukunftsinvestitionsgesetz hat der Bund einen wichtigen Beitrag zur raschen Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise geleistet. Länder und Kommunen haben die Zielsetzungen des Bundes durch die rasche Umsetzung eindrucksvoll unterstützt.

4.2 Kinderbetreuung

Beim Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige beteiligt sich der Bund zu einem Drittel an den zusätzlichen Kosten. In den Jahren 2009 bis 2013 werden hierfür insgesamt 4 Mrd. € und ab 2014 jährlich 770 Mio. € bereitgestellt. Zur Schaffung der vereinbarten 750 000 Betreuungsplätze bis 2013 bedarf es aber einer deutlich höheren Dynamik. Die Länder haben bislang fast ausschließlich Bundesmittel abgerufen und sind jetzt selbst in der Pflicht, die zugesagten Mittel bereitzustellen.

4.3 Kosten der Unterkunft und Heizung im Rahmen des Arbeitslosengelds II

Bei den im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende gewährten Kosten der Unterkunft und Heizung verzichtet der Bund bei der Bestimmung der Höhe der Bundesbeteiligung ab dem Jahr 2011 auf die weitere Anwendung der bisherigen, an der Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften orientierten, gesetzlichen Anpassungsformel. Stattdessen

Gemeindefinanzkommission - Ausgangslage und Ergebnisse

beteiligt sich der Bund fortan mit einer festen Quote an den Ausgaben.

Ebenfalls bei den Kosten der Unterkunft und Heizung wurde auf Initiative der Bundesregierung die sogenannte Satzungslösung eingeführt. Danach können die Länder künftig Kreise und kreisfreie Städte durch Gesetz ermächtigen, die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft per Satzung zu bestimmen. Damit haben die Kommunen die Möglichkeit, die Ausgaben für die Kosten der Unterkunft durch eine den örtlichen Gegebenheiten Rechnung tragende Anpassung der übernommenen Wohnstandards besser als bisher auf das vor Ort Notwendige zu beschränken.

23. Subventionsbericht der Bundesregierung

23. Subventionsbericht der Bundesregierung

1	Einleitung	52
	Subventionsentwicklung	
3	Wirtschafts- und finanzpolitische Bedeutung des Subventionsabbaus	55
	Fazit	

- Die Subventionen des Bundes sinken von 2009 bis 2012 deutlich um rund 6 Mrd. € und unterschreiten damit das Vorkrisenniveau. Die Relation zwischen Subventionsvolumen und Bruttoinlandsprodukt bewegt sich sogar auf historisch niedrigem Niveau.
- Die Befristung der wichtigsten Krisenmaßnahmen ermöglicht einen spürbaren Rückgang der Finanzhilfen. Auch die auf den Bund entfallenen Steuervergünstigungen leisten ihren Beitrag zum Subventionsabbau.
- Eine an ordnungspolitischen Prinzipien orientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik erfordert eine fortwährende kritische Evaluation der Subventionspolitik.

1 Einleitung

Die Bundesregierung legt dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat gemäß § 12 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft alle zwei Jahre einen Bericht über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen vor.

Die hierbei verwendete Subventionsabgrenzung konzentriert sich entsprechend dem gesetzlichen Auftrag auf Subventionen, die – mittel- oder unmittelbar – private Unternehmen und Wirtschaftszweige unterstützen. Als mittelbar wirkende Subventionen werden Hilfen berücksichtigt, die bestimmte Güter und Leistungen für private Haushalte verbilligen, aber mittelbar dem Wirtschaftsgeschehen zugerechnet werden können. Dies gilt etwa für die Hilfen im Wohnungsbau.

Bei den Finanzhilfen stellt der Subventionsbericht auf Bundesmittel ab, die Stellen außerhalb der Bundesverwaltung für bestimmte Zwecke gewährt werden. Bei den Steuervergünstigungen wird zum einen dargelegt, wie hoch die Steuermindereinnahmen aus vom Bundesgesetzgeber beschlossenen Steuervergünstigungen insgesamt sind. Zum anderen wird ausgewiesen, wie hoch die Steuermindereinnahmen sind, die anteilig auf den Bund entfallen. Dabei wurden im aktuellen Bericht, den die Bundesregierung am 3. August 2011 verabschiedet hat, alle steuerlichen Regelungen berücksichtigt, für die das Gesetzgebungsverfahren bereits abgeschlossen ist. Dieser Artikel fasst die wesentlichen Inhalte des 23. Subventionsberichts der Bundesregierung zusammen.

2 Subventionsentwicklung

Der aktuelle Subventionsbericht umfasst die Jahre 2009 bis 2012. Ausgehend vom krisenbedingt hohen Niveau des Jahres 2009 sinken die Subventionen des Bundes im Berichtszeitraum deutlich um rund 6 Mrd. € und unterschreiten 2012 mit einem Volumen von 22,6 Mrd. € das Vorkrisenniveau. Der krisenbedingte Anstieg der Subventionen war daher lediglich temporär, da die wichtigsten Stützungsmaßnahmen – in Einklang mit

23. Subventionsbericht der Bundesregierung

den subventionspolitischen Leitlinien der Bundesregierung – befristet wurden.

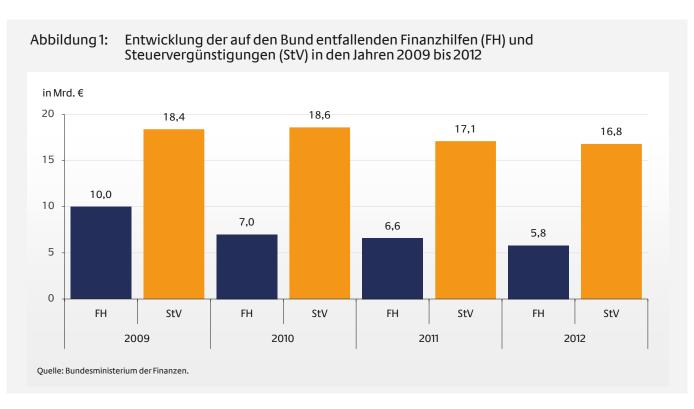
Darüber hinaus sind nachhaltige Erfolge beim Subventionsabbau unverkennbar: Die Relation zwischen Subventionsvolumen des Bundes und Bruttoinlandsprodukt, die seit 1997 lange Zeit bei 1,1% lag, sinkt im Jahr 2012 auf 0,8% und bewegt sich damit auf historisch niedrigem Niveau. Die Subventionsentwicklung leistet somit einen deutlich sichtbaren Beitrag zur Konsolidierung des Bundeshaushalts.

Ein Großteil des Subventionsabbaus beruht auf dem spürbaren Rückgang im Bereich der Finanzhilfen. Auch die Entwicklung bei den auf den Bund entfallenden Steuervergünstigungen trägt zur Reduktion des Subventionsvolumens bei (vergleiche Abbildung 1):

Die Finanzhilfen des Bundes sinken im Berichtszeitraum um über 4 Mrd. €, was einem Rückgang um mehr als 40 % entspricht. Dies erklärt sich insbesondere durch das Auslaufen des Programms zur Stärkung der Pkw-Nachfrage (Umweltprämie).

Die auf den Bund entfallenden Steuervergünstigungen steigen im Jahr 2010 zunächst leicht an, bevor sie in den Jahren 2011 und 2012 ebenfalls deutlich – um insgesamt rund 1,8 Mrd. € – absinken. Dies entspricht einem Rückgang von rund 9 %. Im Wesentlichen ist dies auf die auslaufende Eigenheimzulage und die im Rahmen des haushaltspolitischen Zukunftspakets reduzierten Energiesteuervergünstigungen zurückzuführen.

Unverändert ist die gewerbliche Wirtschaft der bedeutendste Subventionsbereich (vergleiche Abbildung 2). Im Jahr 2012 kommen der gewerblichen Wirtschaft rund 52 % aller Subventionen des Bundes zugute. Allerdings sinken die Subventionen in diesem Bereich spürbar von über 17 Mrd. € im Jahr 2009 auf knapp 11,8 Mrd. € im Jahr 2012, was vor allem auf die Befristung der Umweltprämie zurückgeht.



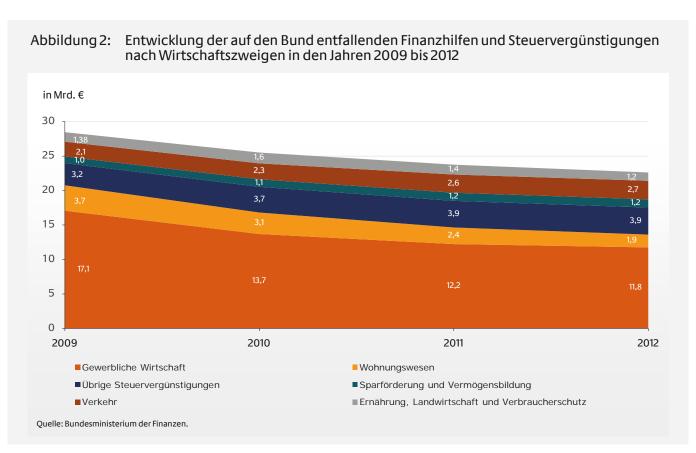
23. Subventionsbericht der Bundesregierung

Die Subventionen für das Wohnungswesen halbieren sich im Berichtszeitraum auf knapp 1,9 Mrd. € und machen im Jahr 2012 nur noch gut 8 % aller Subventionen des Bundes aus, während der Anteil 2009 noch bei rund 13 % lag. Dieser Rückgang ist wesentlich dem Auslaufen der Eigenheimzulage zu verdanken.

Die Subventionen im Verkehrsbereich nehmen von 2009 bis 2012 um über 0,5 Mrd. € auf rund 2,7 Mrd. € zu. Für den Anstieg sind die Entwicklungen sowohl bei den Finanzhilfen als auch bei den Steuervergünstigungen verantwortlich. Den größten Zuwachs unter den Subventionen im Verkehrsbereich verzeichnen Maßnahmen zur Förderung besonders emissionsarmer Lkw zur Entlastung des deutschen Güterkraftverkehrs im Rahmen der sogenannten Mautharmonisierung. Im Jahr 2012 fließen circa 12 % aller Subventionen des Bundes an den Verkehrsbereich.

Nach einem leichten Anstieg im Jahr 2010 sinken die dem Bereich Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zugeordneten Subventionen in den Folgejahren und liegen im Jahr 2012 bei rund 1,2 Mrd. €. Das entspricht einem Anteil von etwa 5,4% aller Subventionen des Bundes. Die Entwicklung der Subventionen an die Landwirtschaft hängt dabei eng zusammen mit dem zur Einkommensstabilisierung und Überbrückung von Liquiditätsengpässen bei Betrieben der Milchwirtschaft eingeführten Grünlandmilchprogramm.

Die Subventionen im Bereich Sparförderung und Vermögensbildung steigen im Berichtszeitraum um rund 0,2 Mrd. € auf knapp 1,2 Mrd. € an und machen im Jahr 2012 gut 5,2% aller Subventionen des Bundes aus. Ursächlich dafür ist in erster Linie eine Zunahme der Anspruchsberechtigten bei der steuerlichen Förderung der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge ("Riester-Rente"). Im Bereich Sparförderung ist zu beachten, dass das Niveau der Subventionen im Vergleich zum 22. Subventionsbericht



54

23. Subventionsbericht der Bundesregierung

leicht abgenommen hat, da seit 2009 an die Stelle des Sparer-Freibetrags ein Sparer-Pauschbetrag getreten ist, der als reine Werbungskostenregelung keine Subvention im Sinne dieses Berichts darstellt.

Die sonstigen Steuervergünstigungen steigen von 3,2 Mrd. € im Jahr 2009 auf 3,9 Mrd. € im Jahr 2012. Für diese Entwicklung ist im Wesentlichen die Einführung der Umsatzsteuerermäßigung bei den Beherbergungsleistungen verantwortlich. Zu den Steuervergünstigungen in diesem Bereich zählen beispielsweise auch der "Ermäßigte Steuersatz für kulturelle und unterhaltende Leistungen" sowie die "Steuerbefreiung der gesetzlichen oder tariflichen Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit". Die Subventionen in diesem Bereich entsprechen rund 17 % aller Subventionen des Bundes.

Nachrichtlich werden im Subventionsbericht auch die Finanzhilfen der Länder und Gemeinden, die Marktordnungsausgaben der Europäischen Union sowie die ERP-Finanzhilfen ausgewiesen. Einschließlich der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen der Gebietskörperschaften ist das so ermittelte Subventionsvolumen zwischen dem Jahr 2009 und dem Jahr 2011 vor allem wegen des deutlichen Rückgangs der Finanzhilfen auf Bundesebene von knapp 56 Mrd. € auf gut 49 Mrd. € gesunken.

3 Wirtschafts- und finanzpolitische Bedeutung des Subventionsabbaus

Vor dem Hintergrund des anhaltenden wirtschaftlichen Erholungsprozesses besteht die wesentliche politische Aufgabe weiterhin darin, im Rahmen eines wachstumsorientierten Konsolidierungskurses die gravierenden und auch über die kommenden Jahre noch deutlich spürbaren Folgewirkungen der Wirtschaftsund Finanzkrise für die Staatsfinanzen Schritt für Schritt zu überwinden und darüber hinaus die dauerhafte Handlungsfähigkeit

der öffentlichen Haushalte zu sichern. Das zur Krisenbekämpfung notwendige – aber eben nur ausnahmsweise zu rechtfertigende staatliche Engagement in den Jahren 2009 und 2010 hat einen wichtigen Beitrag geleistet, die Herausforderungen im Zuge der schärfsten Nachkriegsrezession erfolgreich zu meistern und rasch auf einen robusten Wachstumspfad zurückzukehren. Eine an ordnungspolitischen Prinzipien orientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik machte jedoch zugleich ein klares Signal zur zügigen Wiederrückführung der außergewöhnlichen Staatshilfen erforderlich. Daher wurden die kurzfristig erforderlichen Stabilisierungsmaßnahmen bereits bei ihrer Einführung befristet. Nur die rechtzeitige Umsetzung einer glaubwürdigen Ausstiegsstrategie konnte sicherstellen, dass sich die privaten Akteure nicht an den Staat als Unternehmer gewöhnen.

Subventionen bedürfen stets einer besonderen Rechtfertigung und einer regelmäßigen Erfolgskontrolle, da die Begünstigung Einzelner zu Lasten der Allgemeinheit längerfristig in der Regel schädliche Folgen hat: Die Subventionierung kann durch die dauerhafte Veränderung der relativen Preise gesamtwirtschaftliche Verzerrungen nach sich ziehen und Fehlallokationen der Ressourcen verursachen. Wettbewerbsfähige Unternehmen können durch subventionierte Unternehmen verdrängt werden. Auch droht die Gefahr einer sich verfestigenden Subventionsmentalität mit der Konsequenz, dass notwendige Anpassungen unterbleiben und die Eigeninitiative zur Überwindung von strukturellen Anpassungsproblemen zurückgeht. Mögliche Folgen sind ein verzögerter Strukturwandel sowie die Beeinträchtigung von wirtschaftlichem Wachstum und Beschäftigung. Die Begünstigung Einzelner aus öffentlichen Mitteln zur Erfüllung gesamtgesellschaftlicher Ziele wird von den Bürgern vielfach als ungerecht wahrgenommen. Die Bundesregierung wird daher auch für den derzeit besonders im gesellschaftspolitischen Fokus stehenden Bereich der Energieund Klimapolitik prüfen, ob kurzfristig

23. Subventionsbericht der Bundesregierung

sinnvolle Subventionen mittelfristig durch haushaltsunabhängige und marktbasierte Lösungen ersetzt werden können (für die klimapolitischen Ziele z.B. durch sogenannte weiße Zertifikate im Wärmemarkt).

Die Sicherung langfristig tragfähiger Staatsfinanzen setzt voraus, alle staatlich übernommenen Aufgaben immer wieder auf ihre Notwendigkeit hin zu untersuchen und angemessene Wirtschaftlichkeitsanalysen für sämtliche finanzwirksamen Maßnahmen durchzuführen. Um die Transparenz, den Rechtfertigungsdruck und die Steuerungsmöglichkeiten im Subventionswesen zu erhöhen, folgt die Bundesregierung subventionspolitischen Leitlinien, die als Selbstbindung der Politik für die von ihr zu verantwortenden Maßnahmen zu verstehen sind (vergleiche hierzu Kapitel 2 des 23. Subventionsberichts). Die Leitlinien sehen beispielsweise grundsätzlich eine zeitliche Befristung und die degressive Ausgestaltung von Subventionen vor und räumen der Evaluierung der Subventionspolitik einen hohen Stellenwert ein. Inwieweit die einzelnen Finanzhilfen und Steuervergünstigungen diesen Anforderungen gerecht werden, kann im Subventionsbericht den hierfür konzipierten Datenblättern entnommen werden (vergleiche Anlagen 7 und 8 des 23. Subventionsberichts).

Die Ziele von Finanzhilfen sollen gemäß den Leitlinien in einer Form definiert und

festgehalten werden, die eine effiziente Erfolgskontrolle ermöglicht. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 38 der insgesamt 57 Finanzhilfen intern oder extern evaluiert, was einem Anteil von zwei Dritteln entspricht (vergleiche hierzu die Auswertung in der Tabelle "Evaluierung der Finanzhilfen"). Das Volumen der evaluierten Finanzhilfen macht rund 51% des gesamten Fördervolumens aus. Dies entspricht in etwa dem im 22. Subventionsbericht ausgewiesenen Wert. Während für externe Evaluierungen ein breites Spektrum an Sachverständigen genutzt wird, werden interne Evaluierungen meist in engeren zeitlichen Abständen durchgeführt und hierzu auch verwaltungsübergreifend Fachwissen herangezogen. Dieser Prozess ist kontinuierlich weiterzuentwickeln, um künftig einheitlichere Maßstäbe sowohl für die verwaltungsinternen als auch für die externen Evaluierungen zu erhalten. Zusätzlich wird die Wirkung der Finanzhilfen auf den Datenblättern vielfach durch die Angabe von verschiedenen Outputund Ergebnisindikatoren beschrieben. Steuervergünstigungen hingegen wurden in der Vergangenheit vergleichsweise wenig evaluiert. Das Bundesministerium der Finanzen hat daher unter Federführung des FiFo Köln eine externe Evaluierung der 20 größten Steuervergünstigungen erstellen lassen, die den bisher umfassendsten Ansatz in dieser Zielrichtung darstellt und Anhaltspunkte zur weiteren Umsetzung der subventionspolitischen Leitlinien liefern kann.

Tabelle 1: Evaluierung der Finanzhilfen¹

	Extern	Intern	Output- Indikatoren	Ergebnis- Indikatoren	Keine Evalu- ierung, keine Indikatoren
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Anzahl	27	11	26	14	10
in%	47,3	19,3	45,6	24,6	17,5
Volumen (Mio. €)	2 725	298	2 302	1 617	2 602
in%	45,9	5	38,7	27,2	43,8

¹ Die Summe der Spalten (1), (2) und (5) entspricht nicht der Gesamtzahl (57) bzw. dem Gesamtvolumen der im Subventionsbericht ausgewiesenen Finanzhilfen, da in (5) diejenigen Finanzhilfen nicht enthalten sind, bei denen zwar Indikatoren ausgewiesen werden, aber keine vollständige Evaluierung erfolgt.

23. Subventionsbericht der Bundesregierung

4 Fazit

Der kontinuierliche Rückgang der Subventionen des Bundes im Berichtszeitraum 2009 bis 2012 leistet einen deutlich erkennbaren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Vor dem Hintergrund der anhaltenden strukturellen Konsolidierungsnotwendigkeiten zur Einhaltung der verfassungsrechtlichen Schuldenregel müssen auch in Zukunft Subventionstatbestände kritisch geprüft und Abbaupotenziale identifiziert werden.

Damit wird zugleich die Grundlage für eine weitere qualitative Verbesserung der Haushaltsstruktur geschaffen. Die Festlegung von Plafonds für die einzelnen Politikbereiche im Rahmen des neuen Top-Down-Haushaltsaufstellungsverfahrens kann künftig dabei helfen, die Ausgabenstruktur der Einzelpläne regelmäßig zu überprüfen und stärker als bisher Vorrangigkeiten von Nachrangigkeiten zu unterscheiden. Auf diese Weise wird insbesondere bei den selektiv gewährten staatlichen Hilfen der Rechtfertigungsdruck weiter zunehmen.

NATIONALE FISKALREGELN - EIN INSTRUMENT ZUR VORBEUGUNG VON VERTRAUENSKRISEN?

Nationale Fiskalregeln - Ein Instrument zur Vorbeugung von Vertrauenskrisen?

Kurzfassung des Forschungsberichts des ZEW Mannheim¹

1	Einleitung	58
2	Ausgestaltung von Fiskalregeln	59
	Reaktionen von Finanzmarktakteuren	
4	Einfluss von Fiskalregeln in den EU-Staaten	62
	Einfluss von Fiskalregeln im subnationalen Kontext	
6	Schlussfolgerungen für künftige europäische Fiskalregeln	65

- Die Etablierung nationaler Fiskalregeln trägt zu einer verbesserten Nachhaltigkeit der nationalen Budgetpolitik bei und wird oftmals an den Kapitalmärkten honoriert.
- Die Höhe der Vertrauensdividende hängt insbesondere von der Ausgestaltung der Fiskalregel ab.
- Vorteilhaft wirken sich eine eindeutige Formulierung und Ausgestaltung der Fiskalregel und zuverlässige statistische Systeme fiskalischer Indikatoren aus.
- Saldoregeln (ausgeglichener Budgetsaldo oder verbindliche Obergrenze) erweisen sich gegenüber anderen Regeltypen als vorteilhaft.

1 Einleitung

Die Krise um die drohende
Zahlungsunfähigkeit hochverschuldeter
Eurostaaten hat die Debatte um
zukunftsgerechte fiskalische Institutionen in
Europa neu entfacht. Es stellt sich die Frage,
inwieweit nationale Fiskalregeln helfen
können, Vertrauen an den Kapitalmärkten
in die dauerhafte Zahlungsfähigkeit zu
sichern oder zurückzugewinnen. Dabei ist
auch unklar, welche Art von Fiskalregel in
dieser Hinsicht das größte Potenzial aufweist.
Antworten darauf sind nicht zuletzt für die

Dr. Alexander Kalb beteiligt.

derzeitige Revision der EU-Fiskalregeln von Bedeutung. Hier wird es von der zielgenauen Umsetzung abhängen, inwieweit die neuen Regeln tatsächlichen einen Beitrag zu mehr fiskalischer Glaubwürdigkeit liefern können.

Um einen Beitrag zur Beantwortung dieser Fragen zu leisten, hat das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Mannheim im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen eine Studie zum Zusammenhang zwischen Fiskalregeln und Kapitalmarktvertrauen erarbeitet. In dieser Studie werden zunächst Fiskalregeln systematisiert, Entwicklungstrends aufgezeigt und Erkenntnisse der Literatur über die Wirksamkeit solcher Regeln zusammengefasst. Zudem wird beleuchtet, welche Faktoren für die Bestimmung von Risikoaufschlägen von Staatsanleihen maßgeblich sind und inwieweit hier und in der Urteilsfindung von Rating-Agenturen Fiskalregeln eine

¹ Der vorliegende Beitrag wurde von PD Dr. Friedrich Heinemann, Marc-Daniel Moessinger und Steffen Osterloh erarbeitet. An der zugrundeliegenden ZEW-Studie waren außerdem Prof. Dr. Lars Feld und

NATIONALE FISKALREGELN - EIN INSTRUMENT ZUR VORBEUGUNG VON VERTRAUENSKRISEN?

Rolle spielen. In den durchgeführten ökonometrischen Arbeiten wird dann untersucht, inwieweit Fiskalregeln messbar die Finanzierungsbedingungen von Staaten (der EU) oder sub-nationalen Jurisdiktionen (Schweizer Kantone) verbessern können. Auf dieser Basis werden Hinweise zur Umsetzung der sich abzeichnenden neuen europäischen Regeln zur fiskalischen Governance abgeleitet.

2 Ausgestaltung von Fiskalregeln

Aufbauend auf der Definition einer Fiskalregel, die eine permanente Beschränkung der Fiskalpolitik darstellt, lassen sich entsprechend der jeweiligen fiskalischen Zielkategorie vier Grundtypen unterscheiden: Saldoregeln, Schuldengrenzen, Einnahmeregeln und Ausgabenregeln (vergleiche Abbildung 1).

Ausgestaltungsmöglichkeiten ergeben sich in Bezug auf die Berücksichtigung des Konjunkturzyklus, die Tiefe der Regel (in Bezug auf die Abdeckung verschiedener fiskalischer Ebenen) und die Breite der Regel (in Bezug auf die Abdeckung verschiedener Bereiche öffentlicher Finanzierung wie öffentliche Unternehmen oder Sozialversicherungen). Ein weiterer Differenzierungsfaktor liegt in der gesetzlichen Verankerung



NATIONALE FISKALREGELN - EIN INSTRUMENT ZUR VORBEUGUNG VON VERTRAUENSKRISEN?

und dem implementierten
Durchsetzungsmechanismus. Hierbei existiert
zwischen den beiden Polen Verfassungsrang
und einfacher politischer Vereinbarung eine
große Anzahl von denkbaren Varianten.
Hinsichtlich des Durchsetzungsmechanismus
sind sowohl automatische Sanktionen als auch
die Verknüpfung von Haushaltsplanung mit
Haushaltsvollzug wichtige Dimensionen der
Ausgestaltung.

In Europa hat seit Beginn der 1990er-Jahre eine große Dynamik in der Entwicklung von Fiskalregeln eingesetzt. Während zu Beginn des genannten Jahrzehnts lediglich 15 Fiskalregeln implementiert waren, stieg deren Zahl zum Ende 2008 auf 67 Fiskalregeln an. Ausgehend von einer qualitativen Betrachtung wird dabei ebenfalls ersichtlich, dass seit Mitte der 1990er-Jahre verstärkt Ausgaben- und etwas zeitverzögert Einnahmeregeln eingeführt wurden. Jedoch stellen im Gesamtvergleich aller implementierten Regeln Saldo- und Schuldengrenzen weiterhin den größten Anteil dar.

Von entscheidender Bedeutung ist nun die Frage, ob und in welchem Ausmaß Fiskalregeln im Hinblick auf Fiskalindikatoren, wie etwa Defizite oder Schulden, wirken. Dazu existieren einige wissenschaftliche Arbeiten für die US-Bundesstaaten, die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und OECD sowie für die Schweizer Kantone. Es wird deutlich. dass ein Unterschied zwischen älteren und neueren Studien existiert, der vor allem in der Anwendung moderner ökonometrischer Verfahren liegt. Für aktuelle Studien der USA zeigt sich, dass sowohl Einnahme-, Ausgaben-, Saldo- als auch Schuldengrenzen einen wirksamen Effekt auf die verschiedene Fiskalindikatoren, insbesondere die Höhe des Defizits, haben. Ähnliche Ergebnisse ergeben sich für EU-Staaten. Obwohl in der EU Fiskalregeln erst vergleichsweise spät eingeführt wurden, werden auch hier wirksame Effekte nachgewiesen. Besonders

deutlich ist die Wirkung von Saldoregeln auf die Entwicklung von Primärdefiziten.

Zu diesen Untersuchungen wird in vielen Fällen ein von der Europäischen Kommission bereitgestellter Fiscal-Rule-Index verwendet. Dieser misst die Stärke beziehungsweise Stringenz bestehender Fiskalregeln in den Ländern der EU und findet auch in den nachfolgend skizzierten ökonometrischen Untersuchungen der ZEW-Studie Verwendung. Ein großer Vorteil der Untersuchungen bezüglich der OECD-Länder liegt im großen Datenumfang der Studien, der sich aus den betrachteten Ländern ergibt. Auch hier zeigen die jeweiligen Autoren signifikant wirksame Effekte. Besonders Länder mit einer Kombination aus Saldo- und Ausgabenregeln sind demnach erfolgreich in der Konsolidierung ihrer Haushalte.

Während die bisherigen Ergebnisse mit Ausnahme der Untersuchungen für die USA vor allem auf die nationale Ebene abzielen, existiert im schweizerischen Kontext auch eine Analyse auf kantonaler beziehungsweise kommunaler Ebene. Defizitund Schuldengrenzen sowie Ausgaberegeln beeinflussen die jeweilige Fiskalvariable (Defizit, Schuldenstand oder Ausgaben) signifikant. Einnahmeregeln haben hingegen keinen Einfluss auf die Einnahmeentwicklung. Insgesamt gesehen ergibt sich demnach, dass sowohl nationale als auch subnationale Fiskalregeln einen wirksamen Einfluss auf die jeweiligen Zielgrößen haben. Von Bedeutung ist nun die Frage, inwiefern sich diese nachweisbare Wirksamkeit von Fiskalregeln in der Erwartungsbildung von Finanzmarktakteuren widerspiegelt.

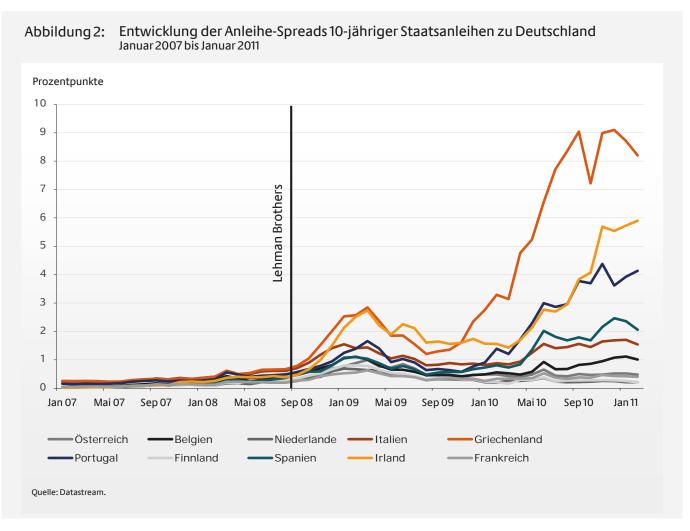
3 Reaktionen von Finanzmarktakteuren

Um den Einfluss von Fiskalregeln auf die Erwartungen von Finanzmarktakteuren zu untersuchen, wird zunächst deskriptiv gezeigt, wie sich die Renditedifferenzen der Anleihen

NATIONALE FISKALREGELN - EIN INSTRUMENT ZUR VORBEUGUNG VON VERTRAUENSKRISEN?

europäischer Staaten im Zeitverlauf entwickelt haben. Diese Renditedifferenzen sind bei eigenständigen Währungen überwiegend durch Währungsrisiken und außerdem eine Risikoprämie für das Ausfallrisiko getrieben. Es zeigt sich, dass diese Renditedifferenzen in den Eurostaaten mit Beginn der Währungsunion auf Grund des weggefallenen Währungsrisikos sehr stark konvergiert sind und bis zum Beginn der Finanzmarktkrise äußerst geringe Werte für die Risikoaufschläge anzeigten. Ab 2008 kam es zu einer ersten sichtbaren Ausweitung der Zinsdifferenzen, die ab Jahresbeginn 2010 zu einem dramatischen Anstieg der Zinsaufschläge insbesondere für einige Länder führte, die von einem besonders hohen Haushaltsdefizit betroffen waren (vergleiche Abbildung 2).

Die existierende empirische Literatur zu den Determinanten der Zinsdifferenzen in Europa macht deutlich, dass sich die Höhe der Zinsdifferenzen insbesondere durch nationale Fiskalindikatoren, wie Schuldenstand und Neuverschuldung, sowie durch zeitvariable internationale Risikofaktoren erklären lassen, während andere Faktoren, wie Liquiditätsprämien, keine große Rolle spielen. Ein möglicher direkter Einfluss des Stabilitäts- und Wachstumspaktes auf die Ausfallrisiken lässt sich empirisch nicht nachweisen, allerdings wirkt die EU-Mitgliedschaft als solche vertrauensbildend und senkt für neue Mitgliedstaaten gegenüber vergleichbaren Staaten außerhalb der EU die Finanzierungskosten. Neuere Arbeiten, in denen nur der aktuelle Zeitraum stark ansteigender Risikoprämien untersucht



NATIONALE FISKALREGELN - EIN INSTRUMENT ZUR VORBEUGUNG VON VERTRAUENSKRISEN?

wird, zeigen, dass die bisherigen qualitativen Zusammenhänge gültig sind und die gleichen Determinanten relevant bleiben; allerdings werden fiskalische Ungleichgewichte nun im Ausmaß wesentlich stärker durch höhere Risikozuschläge bestraft. Zudem spielen die Erwartungen der Finanzmarktakteure eine große Rolle, so dass etwa absehbare fiskalische Belastungen im Kontext der Bankenrettung unmittelbar in der Marktbewertung berücksichtigt werden, lange bevor sie sich in Fiskalindikatoren niederschlagen.

Die empirische Literatur bietet zudem einige Evidenz für den Effekt von institutionellen Faktoren auf die Höhe der Risikoprämien. Stabilitätsbegünstigende Budgetprozesse (z. B. ein starker Finanzminister) und eine transparente Fiskalpolitik wirken sich in Europa vertrauensbildend aus. Unzuverlässige Fiskaldaten aufgrund "kreativer Buchführung" werden hingegen durch höhere Risikoprämien bestraft.

4 Einfluss von Fiskalregeln in den EU-Staaten

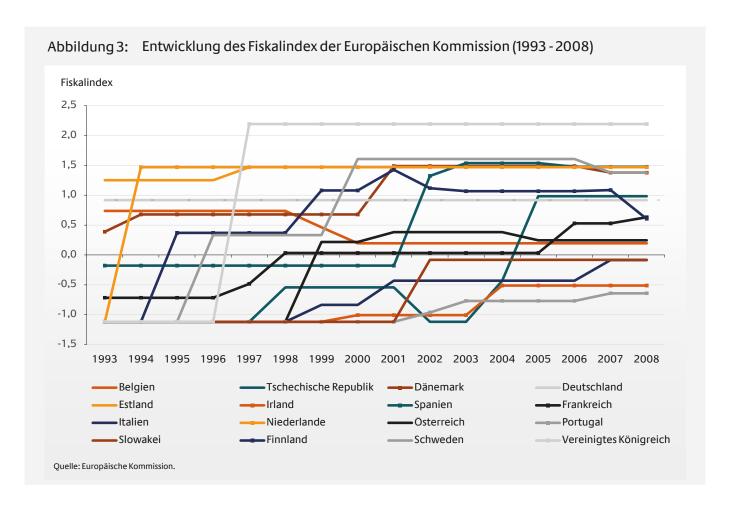
In einem ökonometrischen Analyseblock untersucht die ZEW-Studie dann, inwiefern sich die zunehmende Verbreitung von Fiskalregeln in den Staaten der EU bereits nachweisbar auf die Risikoprämien der Länder niedergeschlagen hat. So existieren bisher lediglich über die Vereinigten Staaten empirische Arbeiten zum Einfluss von Fiskalregeln auf Risikoprämien. Diese Studien zeigen übereinstimmend, dass Anleihen insbesondere derjenigen US-Bundesstaaten, die über stringenter ausgestaltete Saldooder Ausgabenregeln verfügen, einen vergleichsweise geringeren Risikoaufschlag aufweisen und von den Märkten auch bei einmaligen Haushaltsdefiziten in geringerem Maße durch höhere Renditen "bestraft" werden.

Der für die Schätzung verwendete Datensatz umfasst einen Zeitraum von 16 Jahren (1993 bis 2008) sowie 16 EU-Länder,

wobei Deutschland als Referenzgröße herangezogen wird. Die deskriptive Analyse zeigt, dass die der Schätzung zugrundeliegenden Renditedifferenzen der Anleihen zu Deutschland über den Zeitraum von 1993 bis 2007 relativ geringfügigen Schwankungen unterlagen. Die größten Differenzen zu Deutschland finden sich Anfang beziehungsweise Ende der 1990er-Jahre bei Italien, Griechenland und dem Vereinigten Königreich. Bezüglich des von der Europäischen Kommission bereitgestellten und in der Schätzung verwendeten Fiscal-Rule-Index ist festzustellen, dass über den hier betrachteten Zeitraum zahlreiche EU-Staaten Fiskalregeln eingeführt haben. So finden sich zu Beginn der Betrachtungsperiode lediglich in Belgien, Dänemark, Deutschland und Frankreich Fiskalregeln, wohingegen im Jahr 2008 nahezu alle der hier betrachteten EU-Staaten Fiskalregeln aufweisen - die alleinige Ausnahme stellt dabei Griechenland dar. Des Weiteren ist anzumerken, dass sich die Stärke beziehungsweise Stringenz der Fiskalregeln unter den Ländern mitunter erheblich unterscheidet (siehe Abbildung 3). So zeigen sich größere Veränderungen hin zu stringenteren Fiskalregeln in den Niederlanden (1994), in Schweden (1996 und 2000), im Vereinigten Königreich (1997), in Spanien (2002 und 2003) sowie in der Tschechischen Republik (2004 und 2005).

Um die Auswirkungen einzelner Arten von Fiskalregeln auf die Anleihe-Spreads genauer untersuchen zu können, wird der Fiscal-Rule-Index der Europäischen Kommission zusätzlich in vier Sub-Indizes zerlegt, die jeweils die Stärke beziehungsweise Stringenz der Saldo-, Schulden-, Ausgaben- und Einnahmeregeln der europäischen Länder widerspiegeln. Dabei fällt auf, dass das Gros der hier betrachteten Staaten in den vergangenen zehn bis 20 Jahren Saldoregeln eingeführt hat; lediglich Belgien, die Tschechische Republik, Griechenland, die Niederlande sowie die Slowakei weisen über den hier betrachteten Zeitraum keine Saldoregeln auf. Neben den Saldoregeln wurden in den vergangenen zehn bis 20 Jahren auch in zahlreichen EU-Staaten

NATIONALE FISKALREGELN - EIN INSTRUMENT ZUR VORBEUGUNG VON VERTRAUENSKRISEN?



Ausgabenregeln eingeführt. Als besonders stark beziehungsweise stringent werden von der Europäischen Kommission dabei die Ausgabenregeln der Niederlande sowie von Schweden und der Tschechischen Republik eingestuft.

Die Ergebnisse der Regression zeigen einen hoch signifikanten negativen Einfluss der Fiskalregen auf die Anleihe-Spreads, wobei dieser Effekt überwiegend auf die Variation der Indexwerte zwischen den Ländern und nicht auf die Variation innerhalb eines Landes im Zeitverlauf zurückzuführen ist. Die Analyse liefert somit auch im europäischen Kontext einen empirischen Beleg dafür, dass härtere Fiskalregeln durchaus mit günstigeren Refinanzierungsbedingungen in den Staaten einhergehen beziehungsweise dass Staaten mit vergleichsweise starken Fiskalregeln in den vergangenen 15 Jahren geringere Risikoprämien für ihre Staatsanleihen

zahlen mussten als Staaten, die über keine Fiskalregeln verfügen. Dieser Effekt betrug im Durchschnitt maximal 18 Basispunkte. Des Weiteren wird aufgezeigt, dass Länder mit stringenter ausgestalteten Fiskalregeln von den Finanzmärkten bei steigendem Defizit beziehungsweise Schuldenstand in geringerem Maße durch eine Erhöhung der Risikoprämie bestraft werden als Länder, die über schwache oder gar keine Fiskalregeln verfügen. Dieses Resultat lässt sich dahingehend interpretieren, dass Staaten mit stringenteren Fiskalregeln ein vergleichsweise höheres Vertrauen der Marktteilnehmer beziehungsweise Investoren genießen.

Im Hinblick auf die Sub-Indizes zeigen die Regressionsergebnisse, dass von Saldoregeln ein signifikant negativer Effekt auf die Renditedifferenzen der Anleihen ausgeht. Ähnliches kann auch für den Effekt der Schuldengrenzen festgestellt werden. Bei den

NATIONALE FISKALREGELN - EIN INSTRUMENT ZUR VORBEUGUNG VON VERTRAUENSKRISEN?

Einnahme- beziehungsweise Ausgabenregeln lassen sich empirisch keine belegbaren Effekte auf die Renditedifferenzen nachweisen. Die Ergebnisse deuten somit darauf hin, dass Saldoregeln und Schuldengrenzen gegenüber Ausgaben- und Einnahmeregeln den Vorzug erhalten sollten.

Die im Rahmen der Studie durchgeführte Befragung von Länderexperten der führenden Ratingagenturen ergänzt die Einsichten der empirischen Untersuchung. Diese Experteneinschätzungen deuten darauf hin, dass Fiskalregeln von den Ratingagenturen weniger stark in die Bonitätsbewertung einbezogen werden. Zwar findet eine qualitative Einschätzung statt; diese ist jedoch vor allem von der Interaktion der Fiskalregel mit der generellen fiskalischen und politischen Situation eines Landes und der bestehenden fiskalischen Kultur (z. B. der Stabilitätspräferenz) abhängig. Vor allem der (langfristigen) Glaubwürdigkeit einer Fiskalregel wird in diesem Kontext eine große Bedeutung zugewiesen.

5 Einfluss von Fiskalregeln im subnationalen Kontext

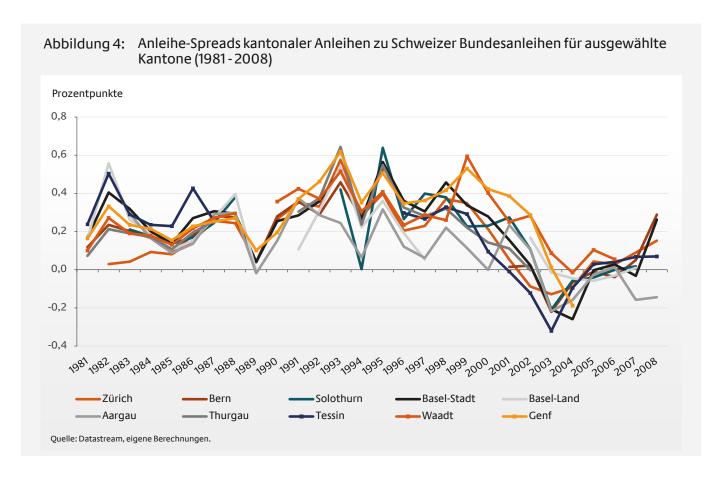
In einem zweiten ökonometrischen Analyseblock hat sich die Studie mit dem subnationalen Kontext befasst. Anhand von Daten für den Zeitraum 1981 bis 2007 wird der Einfluss von Fiskalregeln in den 19 Schweizer Kantonen untersucht, die in diesem Zeitraum über umlaufende Anleihen verfügten. Dabei wird zur Ermittlung des Zins-Spreads eine Schweizer Bundesanleihe als Referenzgröße verwendet.

Die deskriptive Analyse zeigt für die Anleihe-Spreads, dass die Mehrheit der Kantone, mit wenigen Ausnahmen, seit Beginn der 1980er-Jahre bis zum Ende des vergangenen Jahrhunderts positive Risikoaufschläge gegenüber der Bundesebene aufwiesen. Jedoch verringerte sich dieser Effekt zu Beginn des neuen Jahrtausends. Im folgenden Zeitraum ergibt sich eine durchschnittliche negative Differenz von bis zu 30 Basispunkten (z. B. für die Kantone Tessin und Basel-Stadt). Ebenfalls wird ein Effekt der im Jahr 2007 einsetzenden Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich. Während für die Vorkrisenjahre eine Konvergenz der Anleihe-Spreads sichtbar war, wurde mit dem Ausbruch der Krise die zunehmende Risikoaversion offenbar. Dies zeigt sich an einer Ausdifferenzierung der Risikoaufschläge für verschiedene Kantone am aktuellen Rand (vergleiche Abbildung 4).

Zur Messung der Stärke von Fiskalregeln werden zwei unterschiedliche Maße verwendet. Zum einen fließt in die Untersuchung ein Index ein, der eine allgemeine Aussage über die Stärke der Fiskalregeln in einem bestimmten Kanton gibt. Darüber hinaus wird ein zweiter Index verwendet, der nicht nur auf den generellen Kontext abzielt, sondern unterschiedliche Ausprägungen von Fiskalregeln (z. B. Ausgabengrenzen, Schuldengrenzen) berücksichtigt. Anhand der deskriptiven Statistiken wird hierbei ein Effekt der neu eingeführten Schweizer Schuldengrenze auf Bundesebene sichtbar. Im Zuge dieser Einführung haben verschiedene Kantone ebenfalls ihre eigenen Regelungen verstärkt beziehungsweise neue Fiskalregeln eingeführt.

Aus der durchgeführten empirischen Untersuchung ergibt sich nun, dass Kantone, die über vergleichsweise strenge Fiskalregeln verfügen, in den vergangenen 25 Jahren geringere Risikoprämien für ihre Staatsanleihen bezahlen mussten. Alleine die Existenz einer Fiskalregel in einem Kanton geht durchschnittlich mit einer Reduktion der Risikoprämie um circa 18 Basispunkte einher. Fließt in die Untersuchung darüber hinaus der differenzierte Index mit ein, zeigen vor allem Schuldengrenzen, Regelungen bezüglich eines Abstimmungsquorums und Abschreibungsregeln statistisch signifikante Effekte. Kantone mit diesen Regeln weisen ebenfalls geringere Risikoprämien auf. Des Weiteren führen in Kantonen mit strengen Fiskalregeln Erhöhungen der Defizite zu einer geringeren Bestrafung der Märkte mittels

NATIONALE FISKALREGELN - EIN INSTRUMENT ZUR VORBEUGUNG VON VERTRAUENSKRISEN?



höherer Risikoprämien als in Kantonen, die keine oder schwächere Fiskalregeln aufwiesen. Insgesamt finden sich stärkere Effekte als bei der Untersuchung für die Staaten der EU, was sich durch die vergleichsweise stärkeren Fiskalregeln auf kantonaler Ebene erklären lässt

6 Schlussfolgerungen für künftige europäische Fiskalregeln

Die Euro-Schuldenkrise belegt, dass die Sicherung einer nachhaltigen Budgetpolitik in den Mitgliedstaaten nicht lediglich eine Angelegenheit von nationalem Interesse ist. Dies legitimiert den Ansatz, den Mitgliedstaaten Regeln zu setzen, die weit in die Sphäre der nationalen Haushaltspolitik hineinreichen. Vor diesem Hintergrund ist die Grundsatzentscheidung folgerichtig, den haushaltspolitischen Koordinierungsrahmen in der Wirtschafts- und Währungsunion

(WWU) auch durch rechtlich verbindliche Vorgaben für die Ausgestaltung des nationalen Haushaltsrahmens abzusichern.

Diese umfassende Evidenz aus der existierenden internationalen Literatur und den in dieser Studie erarbeiteten ökonometrischen Analysen unterstreicht, dass die Etablierung von numerischen Fiskalregeln die Nachhaltigkeit der Budgetpolitik fördern kann und dieser Zusammenhang an den Kapitalmärkten honoriert wird. Dabei ist es für die dauerhafte Wirksamkeit allerdings von Bedeutung, dass Regeln nicht lediglich einfachgesetzlich abgesichert sind. Eine "Vertrauens-Dividende" kann außerdem am ehesten dann erzielt werden, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Dazu zählen ein statistisches System mit zuverlässigen fiskalischen Indikatoren und eine Ausgestaltung der Regeln, die Ausweichreaktionen weitgehend ausschließt. Hierbei ist vor allem die Verschiebung von Schulden zwischen verschiedenen

NATIONALE FISKALREGELN - EIN INSTRUMENT ZUR VORBEUGUNG VON VERTRAUENSKRISEN?

staatlichen Ebenen zu vermeiden. In Bezug auf die Ausgestaltung einer numerischen Fiskalregel deuten die differenzierten Regressionsergebnisse auf die Überlegenheit von Saldenregeln hin.

Die Richtlinie zu den neuen Anforderungen an den nationalen haushaltspolitischen Rahmen ist gut begründet. Der Misserfolg des Stabilitäts- und Wachstumspakts ist unter anderem auf die Unzulänglichkeiten nationaler Haushaltssysteme und ihrer Steuerungsfähigkeit zurückzuführen. Der Versuch, hier durch europäisches Recht einzugreifen, ist somit folgerichtig. Die Breite der durch die Vorschriften abgedeckten Felder deckt sich mit den Befunden dieser Studie zur bedingten Wirksamkeit numerischer Fiskalregeln. Diese können nur dann effektiv sein und an den Kapitalmärkten Vertrauen schaffen, wenn sie in einem Umfeld zuverlässiger statistischer Informationen implementiert werden und nicht leicht umgangen werden können. Insofern ist es zu begrüßen, dass die geforderten numerischen Regeln alle Teilsektoren des Staates einbeziehen müssen und außerbudgetäre Aktivitäten in die regelgebundenen Haushaltsprozesse einzubeziehen sind. Die Betonung von Saldound Schuldenstandsregeln und die fehlende explizite Forderung nach einer Ausgabenregel erscheinen sachgerecht angesichts der in der Empirie deutlich gewordenen höheren Wirksamkeit von Saldoregeln.

Während somit die Grundrichtung der Vorgaben stimmig ist, wird die Richtlinie alleine jedoch keineswegs für alle Euro-Staaten numerische Fiskalregeln erzwingen, die eine im internationalen Vergleich wirklich harte Restriktion für die Budgetpolitik darstellen würden. Gefordert ist lediglich eine Absicherung von "im Einklang mit dem Vertrag festgelegten Referenzwerten" für Defizit und Schuldenstand - also Regeln, die auf die Drei %-Defizit- und 60-%-Schuldenstandsgrenze abstellen. Angesichts der geringen Reputation des Stabilitätspakts in der Bonitätsbeurteilung ist zweifelhaft, ob tatsächlich nationale Regeln, die "nur" dessen Standard widerspiegeln, einen Beitrag zu mehr Glaubwürdigkeit an den Kapitalmärkten liefern könnten.

Die Mitgliedstaaten sollten daher die Freiheitsgrade in der Umsetzung nun in ihrem Eigeninteresse zum Ausbau ihrer budgetpolitischen Reputation nutzen. Insbesondere für die fiskalisch bedrängten Staaten sollten große Anreize bestehen, die erfolgreichen Beispiele wirksamer nationaler Fiskalregeln zu kopieren. Besonders wichtig für den Reputationseffekt sind dabei eine Konkretisierung und glaubwürdige Verankerung der nun geforderten mittelfristigen Haushaltsziele und eine verbindliche Vorgabe über den einzuschlagenden Konsolidierungspfad. Die schweizerische und die deutsche Schuldenbremse haben hier einen Standard definiert, an dem sich ambitionierte nationale Reformen orientieren können.

MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

Mittelfristige Projektion der öffentlichen Finanzen

Konsequente Konsolidierung ermöglicht mittelfristig ausgeglichene öffentliche Haushalte

1	Einleitung	67
	Die Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts und seiner Ebenen	
2.1	Bund – Kernhaushalt und Extrahaushalte	68
2.2	Länder	70
2.3	Gemeinden	70
3	Entwicklung der öffentlichen Haushalte in der Maastricht-Abgrenzung	72
3.1	Unterschied zwischen Finanzstatistik und Maastricht-Abgrenzung	72
3.2	Entwicklung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos	75
3.3	Entwicklung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben	77
3.4	Entwicklung des Schuldenstands	80
4	Fazit und Ausblick	82

- Das Finanzierungsdefizit des Öffentlichen Gesamthaushalts, d. h. von Bund, Ländern und Gemeinden in der Abgrenzung der Finanzstatistik, wird sich in diesem Jahr auf 41½ Mrd. € belaufen. Es fällt damit nur noch etwa halb so hoch aus wie 2010. Am Ende des Finanzplanungszeitraums wird der Öffentliche Gesamthaushalt nahezu ausgeglichen sein.
- Das gesamtstaatliche Defizit wird in diesem Jahr mit 1½% des BIP ebenfalls deutlich niedriger als 2010 ausfallen und damit unter den Maastricht-Referenzwert von 3 % sinken. Die positive Entwicklung in diesem Jahr setzt sich sukzessive bis 2015 fort, so dass der Staat ab dem Jahr 2014 einen ausgeglichenen Haushalt aufweisen wird.
- Die Maastricht-Schuldenstandsquote wird bis Ende dieses Jahres auf 80 % sinken und damit um rund 3 Prozentpunkte niedriger sein als im Vorjahr. Mittelfristig führt die Verbesserung der öffentlichen Haushaltssalden zu einer kontinuierlichen Abnahme der Schuldenstandsquote auf rund 71 % des BIP im Jahr 2015.

1 Einleitung

Schneller als im vergangenen Jahr erwartet konnte sich die deutsche Volkswirtschaft von der Wirtschafts- und Finanzkrise erholen. Die gesamtwirtschaftliche Verbesserung und die mittelfristigen Wachstumsaussichten werden sich 2011 und in den Folgejahren positiv auf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auswirken. Sie lassen die jährlichen Einnahmen deutlich steigen, so dass sich trotz höherer erwarteter Ausgaben die Staatsfinanzen deutlich verbessern.¹ Die Einnahmen und

Ausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts – Bund, Länder und Gemeinden – (Abschnitt 2) bilden die finanzstatistische Basis für die Berechnung der öffentlichen Haushalte in der Maastricht-Abgrenzung (Abschnitt 3).

¹ Die Mittelfristprojektion des Bundesministeriums der Finanzen wurde im Arbeitskreis des Stabilitätsrats im Juli 2011 zwischen Bund und Ländern diskutiert. Die Projektion umfasst das aktuelle Jahr sowie die Jahre 2012 bis 2015. Mögliche Haushaltswirkungen der ab 2013 vorgesehenen Steuersenkungen sind nicht berücksichtigt.

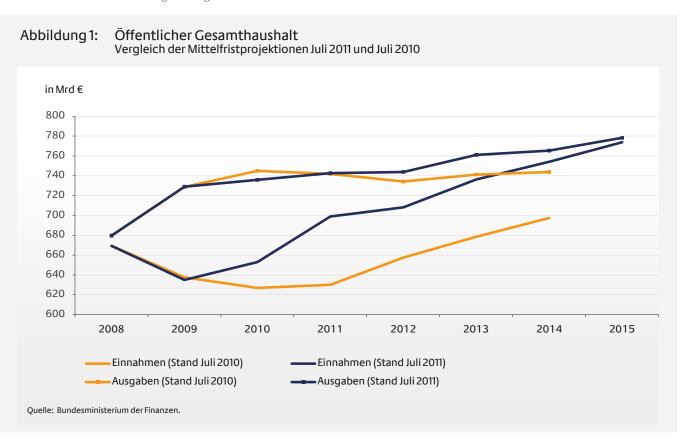
MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

2 Die Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts und seiner Ebenen

Der Öffentliche Gesamthaushalt (ÖGH) in der Abgrenzung der Finanzstatistik setzt sich in der Projektion des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) aus den Ebenen Bund, Länder und Gemeinden sowie ihren jeweiligen Extrahaushalten zusammen.² Laut aktueller Schätzung wird sich im laufenden Jahr das Finanzierungsdefizit des ÖGH im Vergleich zum Jahr 2010 auf - 41 ½ Mrd. € nahezu

² Die Extrahaushalte der Länder und Gemeinden werden nicht als gesonderte Ebenen ausgewiesen. Im Gegensatz zu den Zahlen des Statistischen Bundesamtes zum ÖGH enthält die Projektion des BMF nicht die Ebene der Sozialversicherung. Deren Entwicklung wird nur in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für den Maastricht-Finanzierungssaldo geschätzt.

halbieren. Hierzu tragen sowohl ein kräftiger Anstieg der Einnahmen als auch eine nach wie vor moderate Zunahme der Ausgaben bei. Diese Tendenz wird sich bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums fortsetzen. Alle Gebietskörperschaften werden mit höheren Einnahmen- als Ausgabenzuwächsen dazu beitragen, dass sich die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen bis 2015 schließt (vergleiche Tabelle 1). Diese Entwicklung hatte sich in der letztjährigen Sommer-Projektion noch nicht abgezeichnet (vergleiche Abbildung 1). Vielmehr wurde zum damaligen Zeitpunkt noch davon ausgegangen, dass die Erholung der Einnahmen nicht bereits 2010, sondern erst ab 2012 einsetzen würde. Demgegenüber sind die Ausgaben im vergangenen Jahr schwächer als zunächst angenommen gestiegen, werden gleichwohl aber im Projektionszeitraum einen stärkeren Anstieg aufweisen, als noch im Sommer vergangenen Jahres projiziert.



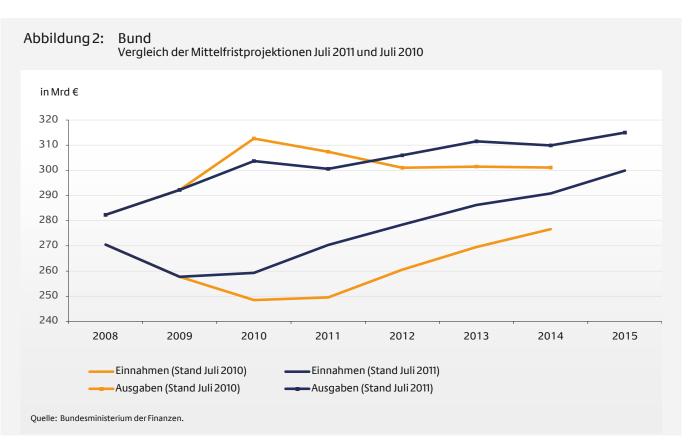
MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

2.1 Bund – Kernhaushalt und Extrahaushalte

Die Nettokreditaufnahme des Bundes im laufenden Jahr wird mit rund 30 Mrd. € deutlich unterhalb des Solls in Höhe von 48,4 Mrd. € geschätzt. In den Folgejahren wird sie kontinuierlich weiter bis auf 15 Mrd. € im Endjahr des Projektionszeitraums (2015) abgebaut (vergleiche Tabelle 2). Ausgaben und Einnahmen werden sich auf höherem Niveau schneller einander annähern als noch vor einem Jahr prognostiziert (vergleiche Abbildung 2).

Jahresdurchschnittlich werden die Ausgaben des Bundes zwischen 2010 und 2015 um rund ½% zunehmen, während der jahresdurchschnittliche Zuwachs der Einnahmen angesichts der gesamtwirtschaftlichen Erholung mit 2½% deutlich höher ausfallen wird. Der im Vergleich zur Einnahmenentwicklung moderate Ausgabenzuwachs speist sich u. a. aus

gegenüber der letztjährigen Finanzprojektion erwarteten Minderbelastungen am Arbeitsmarkt, Diese resultieren insbesondere in einem niedrigeren Finanzbedarf der Bundesagentur für Arbeit (BA) für das aktuelle Jahr sowie in einer schnelleren Rückzahlung der BA-Darlehen in den Folgejahren. Daneben werden die Personalausgaben des Bundes in der aktuellen Projektion etwas stärker sinken als 2010 erwartet. Die seit dem laufenden Jahr höhere zweckgebundene Beteiligung des Bundes an den Leistungen der kommunalen Träger für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende wird sich dagegen in höheren Ausgaben gegenüber der letztjährigen Projektion niederschlagen. Die Einzahlungen des Bundes an den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), dem ständigen Mechanismus zur Sicherung der Finanzstabilität im Euroraum, zwischen 2013 und 2017 von insgesamt 21,7 Mrd. € tragen ebenfalls zum mittelfristig höheren Ausgabenpfad bei.



MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

Die Extrahaushalte des Bundes³ werden im Vergleich zur Finanzprojektion des vergangenen Jahres bereits im laufenden Jahr insgesamt mehr einnehmen als ausgeben (vergleiche Tabelle 2). Ausschlaggebend für den diesjährigen Finanzierungsüberschuss in Höhe von 6 Mrd. € werden im Wesentlichen die Abschlüsse des Investitions- und Tilgungsfonds sowie des Finanzmarktstabilisierungsfonds sein. Der Investitions- und Tilgungsfonds finanziert nur noch die in den Jahren 2009 und 2010 begonnenen konjunkturstützenden Maßnahmen und wird in diesem Jahr mit einem Finanzierungsdefizit abschließen. Hingegen wird der Finanzmarktstabilisierungsfonds nach derzeitigem Stand einen Finanzierungsüberschuss in Höhe von circa 10 Mrd. € insbesondere infolge von Rückzahlungen von in den vergangenen Jahren gewährten Banken-Rekapitalisierungen ausweisen können. In den Extrahaushalten sind auch die neu errichteten Sondervermögen Energie- und Klimafonds und Restrukturierungsfonds enthalten. Der Energie- und Klimafonds wurde zur Sicherstellung der langfristigen Finanzierung von Programmausgaben des Energiekonzepts und Maßnahmen im Bereich des internationalen Klima- und Umweltschutzes gegründet und ist in der Regel ausgeglichen. In den Restrukturierungsfonds fließt

³ Zu den Extrahaushalten des Bundes zählen u. a. das ERP-Sondervermögen, der Entschädigungsfonds, das Bundeseisenbahnvermögen, der Erblastentilgungsfonds, die Versorgungsrücklage und der Versorgungsfonds des Bundes; der Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation, das Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau, der Investitions- und Tilgungsfonds, der Finanzmarktstabilisierungsfonds, das Sondervermögen Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere, der Energie- und Klimafonds sowie der Restrukturierungsfonds. Auch der Anteil der Finanzierung Deutschlands am Haushalt der Europäischen Union wird technisch als Extrahaushalt in den ÖGH einbezogen.

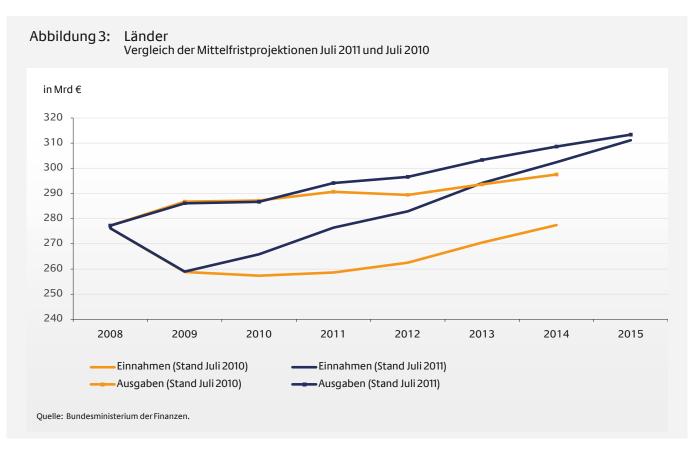
die Bankenabgabe, so dass hier über den Projektionszeitraum stets positive Finanzierungssalden zu erwarten sind.

2.2 Länder

In der aktuellen Projektion der Kernhaushalte der Länder fallen die Finanzierungsdefizite deutlich geringer aus als noch im vergangenen Jahr erwartet. Für das laufende Jahr wird jetzt mit einem Defizit von lediglich 18 Mrd. € gerechnet, gegenüber noch 32 Mrd. € in der letztjährigen Projektion (vergleiche Tabelle 2). Am Ende des Projektionszeitraums wird der Finanzierungssaldo der Länder mit - 2 Mrd. € nahezu ausgeglichen sein (vergleiche Abbildung 3). Die Zunahme der Steuereinnahmen wird dazu führen, dass die Einnahmen insgesamt im Jahresdurchschnitt um 3% und damit kräftiger steigen werden als die Ausgaben. Diese werden jahresdurchschnittlich nur um 1½% zunehmen. Im Unterschied zur letztjährigen Projektion werden insbesondere die Zuwächse bei den laufenden Zahlungen an Verwaltungen zum stärkeren Ausgabenanstieg beitragen. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass die Länder infolge höherer Steuereinnahmen höhere Zahlungen an die Gemeinden im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs leisten müssen. Zum anderen werden die Zuweisungen an die Gemeinden aufgrund der zunehmenden Beteiligung an der Grundsicherung für Arbeitssuchende bei den Kosten der Unterkunft zunehmen.

Wie im vergangenen Jahr ist in der aktuellen Projektion davon auszugehen, dass sowohl die Personalausgaben als auch die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand moderat zwischen jährlich 1% und 2½% zunehmen und die Sachinvestitionen angesichts auslaufender, durch den Bund (ko-)finanzierter konjunkturstützender Maßnahmen zunächst sinken und danach unverändert bleiben werden.

MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN



2.3 Gemeinden

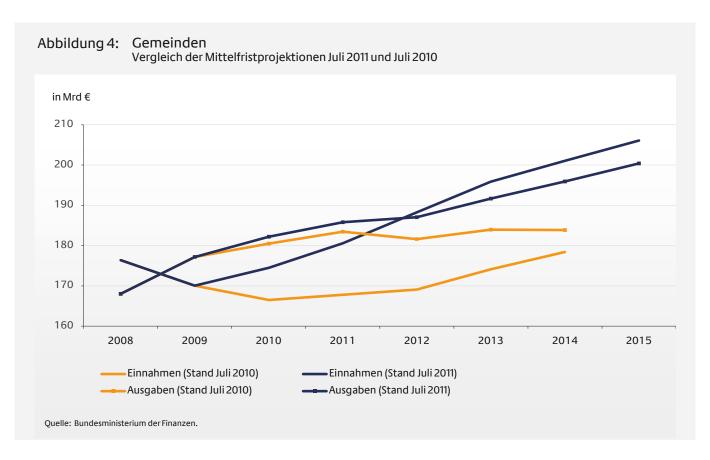
Die eindrucksvollste Entwicklung zeichnet sich bei den Gemeindehaushalten ab. Während sie 2010 in der Summe noch ein Defizit von 7,7 Mrd. € auswiesen, wird für das laufende Jahr mit einem Fehlbetrag von maximal 5 Mrd. € gerechnet. Ab 2012 werden bis zum Jahr 2015 kontinuierlich bis auf 5 ½ Mrd. € steigende Überschüsse erwartet. Im vergangenen Jahr waren im Projektionszeitraum noch ausschließlich Defizite zwischen 10 ½ Mrd. € im Jahr 2011 und 4 Mrd. € im Jahr 2014 erwartet worden.

Diese starke Verbesserung der Entwicklung der Gemeindehaushalte ist vor allem auf eine deutliche Verbesserung der Einnahmensituation zurückzuführen (vergleiche Abbildung 4). Hier machen sich die günstige Steuerentwicklung, die Übernahme der Kosten der Grundsicherung nach SGB XII sowie der Kosten für Bildung und Teilhabe nach SGB II durch den Bund bemerkbar. Ein weiterer Faktor

ist die mit der positiven Entwicklung der Steuereinnahmen einhergehende Steigerung der Landeszuweisungen im kommunalen Finanzausgleich. Insgesamt werden die Einnahmen der Kommunen um jahresdurchschnittlich rund 3 ½% auf 206 Mrd. € steigen.

Die außerordentlich positiven Einnahmeerwartungen, die für sich genommen zu steigenden Haushaltsüberschüssen führen, lassen über den gesamten Projektionszeitraum auch bei den Gemeindeausgaben deutliche Steigerungen erwarten. Während in der Projektion im Sommer 2010 für 2012 noch mit sinkenden Gesamtausgaben gerechnet worden war, ist nun von einem Anstieg von rund 1/2 % auszugehen, obwohl die Sachinvestitionen aufgrund des Auslaufens der Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes 2012 deutlich sinken. Abgesehen von diesem Einmaleffekt steigen die Ausgaben der Gemeinden bis 2015 um 2 bis 2½ vom Hundert pro Jahr und belaufen sich im Jahr

MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN



2015 voraussichtlich auf rund 200 Mrd. €.
Auch im laufenden Sachaufwand und den
Zinsausgaben spiegelt sich die Erholung der
kommunalen Finanzsituation wider. Während
der laufende Sachaufwand voraussichtlich um
bis zu 3 vom Hundert pro Jahr ansteigt, wird
für die Zinsausgaben in den Jahren 2013 bis
2015 mit einem durch steigende Überschüsse
ausgelösten Rückgang gerechnet.

3 Entwicklung der öffentlichen Haushalte in der Maastricht-Abgrenzung

3.1 Unterschied zwischen Finanzstatistik und Maastricht-Abgrenzung

Im Gegensatz zur Finanzstatistik, die auf die Kassenwirksamkeit der öffentlichen Finanzen abstellt, richtet sich die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in der Abgrenzung der Maastricht-Rechnung, wie sie für die Einhaltung des Europäischen Stabilitätsund Wachstumspakts relevant ist, nach der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Ziel der VGR ist es, ein international einheitliches Regelwerk zur Verfügung zu stellen und damit die internationale Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Das führt zu einigen Anpassungen des finanzstatistischen Finanzierungssaldos.

Ein grundlegender Unterschied ist die Buchung gemäß ökonomischer Entstehung von Ausgaben und Einnahmen. Das bedeutet beispielsweise, dass Steuereinnahmen nicht dann gebucht werden, wenn sie in die Staatskasse eingehen, sondern dem Zeitraum zugeordnet werden, auf den sie zurückzuführen sind. Üblicherweise wird z. B. die Lohnsteuer von den Unternehmen erst einen Monat später, d. h. für das Gehalt des vorangegangenen Monats, an das Finanzamt abgeführt. Dies hat zur Folge, dass in den VGR die Steuereinnahmen zeitlich entsprechend "zurückversetzt" werden. Bei Bauinvestitionen zählt der Baufortschritt

MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

Tabelle 1: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts bis 2015 nach Ausgabenund Einnahmenarten

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
			in M	rd. €		
I. Ausgaben						
Personalausgaben	198,8	202	204½	208	212	215½
Laufender Sachaufwand	94,5	96½	98½	100½	102	103
Zinsausgaben an andere Bereiche	59,5	61½	64½	70	72½	75½
Sachinvestitionen	41,4	41	36½	37	37	38
Sonstige Ausgaben	338,4	339	338	344	340½	345
Insgesamt	735,9	742½	744	761	765½	778
II. Einnahmen						
Steuern	531,2	566	588½	615	636½	659
Sonstige Einnahmen	121,9	133	119½	121½	117½	115
Insgesamt	653,1	699	708	736½	754	773½
III. Finanzierungssaldo	-80,5	-41 ½	-33 ½	-22 ½	-9	-2
			in % gegeni	iber Vorjahr		
I. Ausgaben						
Personalausgaben	2,5	1½	1½	1½	1½	2
Laufender Sachaufwand	4,8	2½	2	2	1½	1
Zinsausgaben an andere Bereiche	-4,4	3	5	8½	3½	4
Sachinvestitionen	4	-1/2	-11	1/2	1	1½
Sonstige Ausgaben	-0,4	0	-1/2	2	-1	1½
Insgesamt	1	1	0	2½	1/2	1½
II. Einnahmen						
Steuern	1,3	6½	4	4½	3½	3½
Sonstige Einnahmen	10,2	9½	-10	1½	-3	-2
Insgesamt	2,9	7	1½	4	2½	2½

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

und nicht der Zeitpunkt der Bezahlung des Investitionsprojekts.

Abweichend von der Praxis, nach ökonomischer Entstehung zu buchen, werden die finanziellen Auswirkungen von Gerichtsurteilen zum Zeitpunkt der Entscheidung gebucht. Das bedeutet beispielsweise, dass die Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur steuerlichen Abzugsfähigkeit des Arbeitszimmers vom Juli 2010 im ÖGH entsprechend der kassenwirksamen Rückzahlungen nahezu hälftig in den Jahren 2011 und 2012 das Defizit erhöht, während in den VGR die volle Belastung der öffentlichen

Haushalte durch die rückwirkende Berücksichtigung der steuerlichen Abzugsfähigkeit im Jahr 2010 zu Buche schlug.

Darüber hinaus unterscheidet sich auch die Abgrenzung der Ausgabe- und Einnahmekategorien zwischen Finanzstatistik und VGR. So wird in den VGR brutto gebucht. Das bedeutet, dass Steuern in den VGR beispielsweise neben den kassenmäßigen Steuereinnahmen auch Kindergeld und Zulagen enthalten, während gleichzeitig das Kindergeld als monetäre Sozialleistung und die Zulagen als Vermögenstransfers an Dritte die Ausgaben erhöhen. Demgegenüber zählt die Erbschaftsteuer zu den Vermögenstransfers

MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

Tabelle 2: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts bis 2015 nach staatlichen Ebenen

EBEHEII						
	2010	2011	2012	2013	2014	2015
			in M	rd.€		
I. Ausgaben						
Bund	303,7	300½	306	311½	310	315
Länder	286,7	294	296½	303½	308½	313 ½
Gemeinden	182,2	186	187	191½	196	2001
Extrahaushalte des Bundes ¹	49,8	56	48	53½	52	52 ½
Öffentlicher Gesamthaushalt	735,9	742 ½	744	761	765 ½	778
II. Einnahmen						
Bund	259,3	270½	278½	286	291	300
Länder	265,9	276½	283	294	302½	31
Gemeinden	174,5	180½	188½	196	201	206
Extrahaushalte des Bundes ¹	43	61½	51½	56½	58½	57
Öffentlicher Gesamthaushalt	653,1	699	708	736 ½	754	773 }
III. Finanzierungssaldo						
Bund	-44,3	-30	-27½	-25½	-19	-1!
Länder	-20,8	-18	-13½	-9	-6	-2
Gemeinden	-7,7	-5	1	4	5	53
Extrahaushalte des Bundes ¹	-6,8	6	3½	3	6½	į
Öffentlicher Gesamthaushalt	-80,5	-41 ½	-33 ½	-22 ½	-9	-2
			in % gegenü	iber Vorjahr		
I. Ausgaben						
Bund	3,9	-1	2	2	-1/2	13
Länder	0,2	2½	1	2½	1½	13
Gemeinden	2,8	2	1/2	2½	2	23
Extrahaushalte des Bundes ¹	-20,4	12	-14	11	-2½	
Öffentlicher Gesamthaushalt	1	1	0	2 ½	1/2	1 3
II. Einnahmen						
Bund	0,6	4½	3	3	1½	3
Länder	2,7	4	2½	4	3	3
Gemeinden	2,6	3½	4	4	2½	2}
Extrahaushalte des Bundes ¹	2,9	43	-16	9½	3½	-2
Öffentlicher Gesamthaushalt	2,9	7	1 ½	4	2 ½	2 3

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ ERP-Sondervermögen, Bundeseisenbahnvermögen, EU-Finanzierung, Versorgungsrücklage des Bundes, Versorgungsfonds des Bundes, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau, Investitions- und Tilgungsfonds, BPS-PT (Postbeamtenversorgungskasse), SoFFin (Finanzmarktstabilisierungsfonds), "Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere", Energie- und Klimafonds, Reststrukturierungsfonds.

MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

an den Staat. Die an die EU abzuführenden Mehrwertsteuer-Eigenmittel gelten (im Gegensatz zu den BSP-Eigenmitteln) als Direktleistung der betroffenen Sektoren an die "übrige Welt". Gleiches gilt für Zölle.

Nicht zuletzt werden nur vermögenswirksame Ausgaben und Einnahmen im Finanzierungssaldo in der Abgrenzung der VGR berücksichtigt. Das führt dazu, dass die finanzstatistischen Finanzierungssalden zusätzlich um den Saldo der finanziellen, also der nicht-vermögenswirksamen Transaktionen bereinigt werden. Hierzu gehören Vergabe und Rückzahlung von Darlehen sowie Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen. In diesen Fällen kommt es nicht zu einer Veränderung der Vermögensposition des Staates. Eine Darlehensvergabe führt im Gegensatz zur Finanzstatistik nicht zu einem Anstieg des Defizits, da dem Kassenausgang gleichzeitig ein Forderungserwerb gegenübersteht. Im konkreten Fall bedeutet dies, dass beispielsweise Darlehen des Bundes an die BA weder das Defizit des Bundes erhöhen, noch das Defizit der BA verringern. Bei Privatisierungserlösen findet nur ein Tausch von Beteiligungsvermögen gegen Kassenzugang statt. Umgekehrt stellt sich der Fall in der Regel bei Interventionen des Staates im Bankensektor dar, so dass es hier zu einer deutlichen Differenz zwischen dem Finanzierungssaldo in der Finanzstatistik und jenem in den VGR kommt. Während die Rekapitalisierungen des Finanzmarktstabilisierungsfonds in der Finanzstatistik als Ausgaben defiziterhöhend gebucht wurden, sind sie im gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo in der VGR-Abgrenzung bei Vorliegen bestimmter Bedingungen nicht enthalten, da ihnen ein um diesen Betrag höheres Beteiligungsvermögen gegenübersteht. Analog dazu führen die Rückzahlungen von Beteiligungen seitens der Banken in diesem Jahr zu keiner Verringerung des Maastricht-Defizits, wohl aber des finanzstatistischen Finanzierungsdefizits.

Auch die Behandlung der im Rahmen der Finanzmarktkrise gegründeten

Abwicklungsanstalten, die dem Sektor Staat zugeordnet werden, unterscheidet sich methodisch. Während in der Finanzstatistik lediglich die kassenmäßigen Einnahmen und Ausgaben den Saldo dieser Extrahaushalte beeinflussen, wurde in der Entstehungsrechnung der VGR neben den auch in der Finanzstatistik enthaltenen Einnahmen- und Ausgabenarten zusätzlich ein defizitwirksamer Vermögenstransfer in Höhe der Differenz zwischen Übertragungs- und Marktwert der auf die Abwicklungsanstalten übertragenen Portfolien gebucht.

Während im vorangegangenen Abschnitt zur Entwicklung des ÖGH nur die Haushalte der Gebietskörperschaften berücksichtigt wurden, sind im gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo in der Abgrenzung der VGR auch Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Zweige der Sozialversicherung enthalten.

3.2 Entwicklung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos

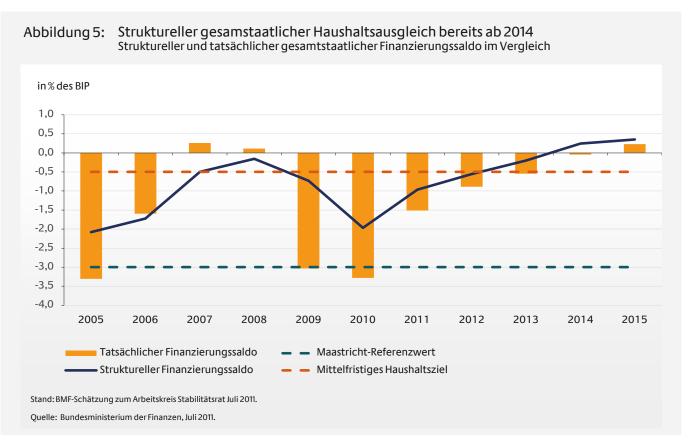
Analog zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte in der Abgrenzung der Finanzstatistik und unter Berücksichtigung der Zu- und Absetzungen gemäß der Definition der VGR verringert sich das Maastricht-Defizit nach 3,3 % des BIP im vergangenen Jahr⁴ auf rund 1½ % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) in diesem Jahr deutlich – und damit auf den Wert,

⁴ Am 1. September 2011 wird das Statistische Bundesamt aktualisierte Ergebnisse zum Maastricht-Finanzierungssaldo für die vergangenen Jahre veröffentlichen. Es ist bereits jetzt absehbar, dass aufgrund neuer vorliegender Informationen insbesondere hinsichtlich des in den VGR zu buchenden Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Errichtung der Abwicklungsanstalt der HRE, der FMS-Wertmanagment, eine deutliche Aufwärtsrevision des Maastricht-Defizits für das Jahr 2010 erfolgen wird. Diese Revision ist allerdings ein Einmaleffekt und hat keine Konsequenzen für die weitere Entwicklung des Maastricht-Defizits.

MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

der im Sommer vergangenen Jahres als erst im Jahr 2014 erreichbar gesehen wurde. Das Defizit unterschreitet somit bereits in diesem Jahr, zwei Jahre früher als im Defizitverfahren im Rahmen des Stabilitätsund Wachstumspaktes gefordert, den Maastricht-Referenzwert von 3 % des BIP. Bis 2015 sinkt das Maastricht-Defizit sukzessive weiter, so dass bereits ab dem Jahr 2014 ein nahezu ausgeglichener Staatshaushalt erreicht werden kann (vergleiche Abbildung 5). Die Entwicklung der Finanzierungssalden der Gebietskörperschaften inklusive ihrer jeweiligen Extrahaushalte in der Maastricht-Abgrenzung verläuft tendenziell analog zu jener in der Abgrenzung der Finanzstatistik. Die Abbauschritte unterscheiden sich in ihrer Größenordnung allerdings aufgrund der stark durch die Abwicklungsanstalten beeinflussten Höhe des Maastricht-Defizits im vergangenen Jahr, des über die Jahre unterschiedlich hoch ausfallenden Saldos der finanziellen Transaktionen (beispielsweise Rückzahlung von Rekapitalisierungen in

diesem Jahr) sowie auch der unterschiedlichen Auswirkungen der Urteile zur Besteuerung. Während – wie in der Abgrenzung der Finanzstatistik – der Bund bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums ein Defizit aufweist und die Gemeinden bereits 2012 insgesamt einen Haushaltsüberschuss erzielen, können in der Maastricht-Abgrenzung auch die Länder in ihrer Gesamtheit schon im Jahr 2014 einen ausgeglichenen Haushalt realisieren. Die Sozialversicherung, die dank des einmaligen Bundeszuschusses an die BA bereits im vergangenen Jahr mit einem Überschuss von 0,2 % des BIP abschloss, wird auch über den gesamten Finanzplanungszeitraum einen positiven Finanzierungssaldo in dieser Größenordnung behalten. Die deutliche Verschlechterung der Haushaltsposition seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise war sowohl konjunkturell als auch strukturell begründet. Analoges gilt nun auch für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Zur Ermittlung des strukturellen gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos in der



MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

Maastricht-Rechnung wird der tatsächliche Finanzierungssaldo um konjunkturbedingte Effekte und Einmalmaßnahmen bereinigt. Der konjunkturelle Finanzierungssaldo ergibt sich aus dem Saldo der konjunkturbedingten Einnahmen und Ausgaben, also allein aus dem Wirken der sogenannten automatischen Stabilisatoren. Gemäß der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung befindet sich die deutsche Wirtschaft derzeit noch in einer Situation der konjunkturellen Unterauslastung. In einer solchen Situation entstehen noch konjunkturbedingte Defizite, die sich allerdings im Zuge der gesamtwirtschaftlichen Erholung deutlich reduzieren. Zu den Einmalmaßnahmen zählen die im Wesentlichen im vergangenen Jahr angefallenen defizitwirksamen staatlichen Stützungsmaßnahmen für den Bankenbereich infolge der Finanzmarktkrise, aber auch die im Jahr 2010 gebuchten finanziellen Belastungen aus der Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur steuerlichen Abzugsfähigkeit des Arbeitszimmers sowie des in diesem Jahr gefällten sogenannten Meilicke-Urteils, wonach es zu geringeren Steuereinnahmen aufgrund der Anrechnung im Ausland gezahlter Steuern auf Dividenden kommen wird. Diesen das strukturelle Defizit mindernden Einmaleffekten stand im vergangenen Jahr der Einmaleffekt aus der Versteigerung der Frequenzen für den drahtlosen Netzzugang zum Angebot von Telekommunikationsdiensten in Höhe von rund 4½ Mrd. € gegenüber. Die Erlöse, die in den VGR als negative Investitionsausgaben (Verkauf eines nichtproduzierten Vermögensguts) gebucht werden, tragen nicht zu einer Verringerung des strukturellen Defizits bei.

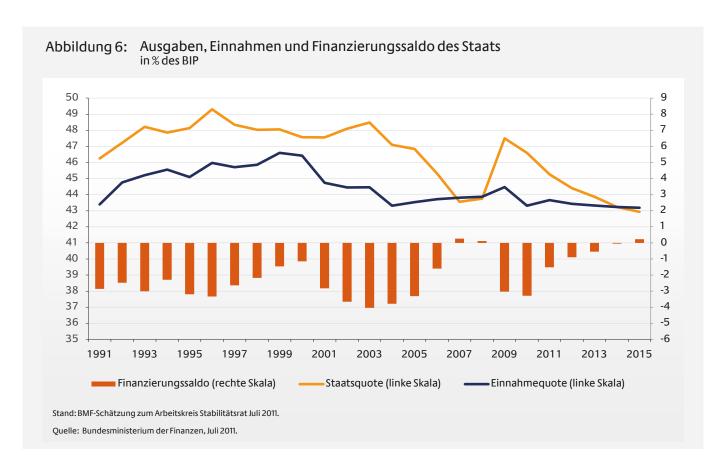
Das strukturelle Defizit stieg aufgrund der diskretionären Maßnahmen der Konjunkturpakete bis auf rund 2 % des BIP im Jahr 2010 an (vergleiche Abbildung 5). Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und das Auslaufen eines Großteils der konjunkturstabilisierenden Maßnahmen führt bereits in diesem Jahr zu einem deutlichen Rückgang des strukturellen Defizits auf 1% des BIP. Damit ist der Rückgang des Maastricht-Defizits in etwa jeweils hälftig konjunkturell und strukturell begründet. Durch die konsequente Konsolidierung auf allen öffentlichen Ebenen kann das mittelfristige Haushaltsziel im Rahmen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts, das sich für Deutschland auf einen strukturellen Haushaltssaldo von -½% des BIP beläuft, 2014 erreicht werden.

3.3 Entwicklung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben

Nachdem in den Jahren vor der Krise der Maastricht-Finanzierungssaldo bis zu einem leichten Überschuss verbessert werden konnte, wozu die Verringerung der Staatsquote, also das Verhältnis der staatlichen Ausgaben zum nominalen BIP, ganz erheblich beigetragen hatte, hat sich die Schere zwischen der Einnahmen- und der Ausgabenquote des Staates in den vergangenen beiden Jahren wieder drastisch geöffnet (vergleiche Abbildung 6).

Während im Jahr 2009 die Staatsquote aufgrund des vollständigen Wirkenlassens der automatischen Stabilisatoren und durch die zur Konjunkturstabilisierung ergriffenen Maßnahmen, aber auch angesichts des Einbruchs des BIP (des Nenners) auf 47,5 % nach oben geschnellt war, ist ihr Rückgang auf 46,6% im vergangenen Jahr allein auf die deutliche gesamtwirtschaftliche Erholung zurückzuführen. Dieser Nennereffekt beeinflusste auch die Entwicklung der Einnahmenquote in den vergangenen Jahren. So verzeichnete die Einnahmenquote im Jahr 2009 eine weitere Zunahme, da der Rückgang der Einnahmen mit - 2,1% weniger stark ausfiel als der Rückgang des BIP mit - 3,4%. Da der Anstieg der Steuereinnahmen im vergangenen Jahr mit 0,8 % wiederum – nur mit umgekehrtem Vorzeichen – schwächer ausfiel als die nominale BIP-Entwicklung (+4,2%), kam es zu einem Rückgang der Einnahmenquote. In diesem Jahr wird es dagegen zu keinem Sondereffekt aufgrund

MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN



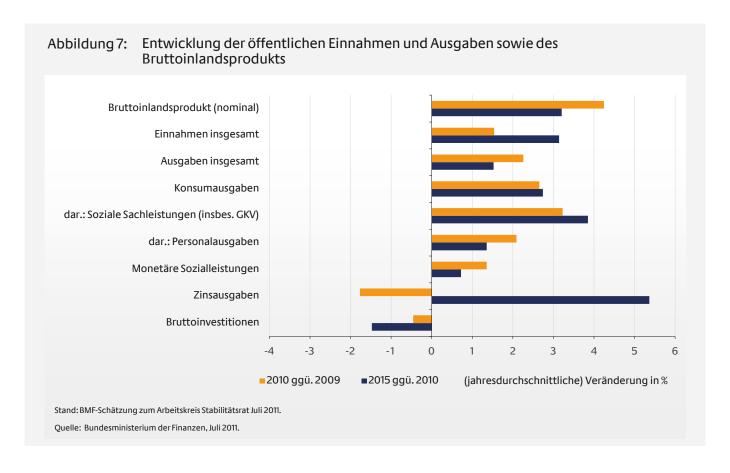
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kommen, so dass sich Einnahmen- und Ausgabenquote erstmals wieder annähern.

Die Einnahmenquote wird in den folgenden Jahren allerdings aufgrund einer etwas dynamischeren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung als für die Einnahmen unterstellt wieder leicht bis auf rund 43 % im Jahr 2015 zurückgehen. Während sich die Steuerquote leicht erhöht, geht das Verhältnis der übrigen Einnahmen zum BIP demgegenüber sogar etwas stärker zurück. Die Steuerquote ist dabei auch positiv durch die Erlöse aus der Veräußerung der CO₂-Emissionszertifikate sowie die neu eingeführte Bankenabgabe beeinflusst, die in den VGR zu den sonstigen Produktionsabgaben beziehungsweise zu den steuerähnlichen Einnahmen zählen. Die Sozialbeitragsquote wird in diesem Jahr trotz der Erhöhung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und des Auslaufens der durch das Konjunkturpaket befristeten Verringerung des Beitragssatzes

zur Arbeitslosenversicherung sowie der weiterhin dynamischen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und dem damit einhergehenden Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter weiter zurückgehen. Diesen Trend behält sie auch mittelfristig bei. Dies ist insbesondere auch bedingt durch den infolge der Entwicklung der Nachhaltigkeitsreserve von derzeit 19,9% bis auf 19,1% rückläufigen Beitragssatz zur Gesetzlichen Rentenversicherung.

Die Staatsquote, die aufgrund der starken gesamtwirtschaftlichen Dynamik im vergangenen Jahr bereits zurückgegangen ist, setzt diese Tendenz weiter fort, so dass sie sich zum Ende des Projektionshorizonts auf ebenfalls nur noch rund 43 % belaufen dürfte. Das Ausmaß der Verringerung der staatlichen Ausgabenquote ist beachtlich, jedoch nicht ohne Vorbild: Bereits in den Jahren zwischen 2003 und 2007 konnte ein Rückgang in sogar leicht größerem Umfang erreicht werden.

MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN



Stellt man die Veränderung der Einnahmen und Ausgaben des vergangenen Jahres der Entwicklung gegenüber, die jahresdurchschnittlich für den gesamten Finanzplanungszeitraum zu erwarten ist, so zeigt sich, dass neben der Erholung der Einnahmenentwicklung auch der deutliche Rückgang der Ausgabendynamik die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte beeinflusst. Nachdem im vergangenen Jahr noch die Ausgaben mit 2,3 % deutlich stärker stiegen als die Einnahmen mit 1,5 %, dreht sich dieses Verhältnis ab dem Jahr 2011 um. Dabei fallen Einnahmen- und Ausgabenzuwachs in diesem Jahr besonders deutlich auseinander. Dies ist neben den Einmaleffekten strukturell durch den höheren Beitragssatz zur GKV, die verschiedenen neuen Einnahmen wie Bankenabgabe, Luftverkehrsabgabe, aber auch das Auslaufen der ausgabenseitigen Konjunkturstabilisierungsmaßnahmen bedingt. In den kommenden Jahren wird sich einerseits die Einnahmendynamik nach dem Aufholprozess im Rahmen des Aufschwungs

wieder etwas abschwächen beziehungsweise normalisieren, und andererseits wird es wieder zu höheren Ausgabenzuwächsen kommen. Im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2015 ist mit einem Anstieg der Einnahmen um 3% p. a. und einer Zunahme der Ausgaben um 1%% p a. zu rechnen (vergleiche Abbildung 7).

Nach dem krisenbedingten Ausgabenzuwachs hat Deutschland in diesem Jahr mit dem Ausstieg aus den diskretionären Stabilisierungsmaßnahmen begonnen und darüber hinausgehende Konsolidierungsmaßnahmen eingeleitet. Diese machen sich insbesondere in einem Rückgang der Bruttoinvestitionen um durchschnittlich fast 1½% p. a. bemerkbar. Sie werden hauptsächlich aufgrund des Auslaufens des Zukunftsinvestitionsgesetzes, das zu einer sofortigen und damit antizyklischen Ausweitung der staatlichen Investitionstätigkeit geführt hatte, im kommenden Jahr merklich reduziert. Im weiteren Verlauf des Projektionszeitraums

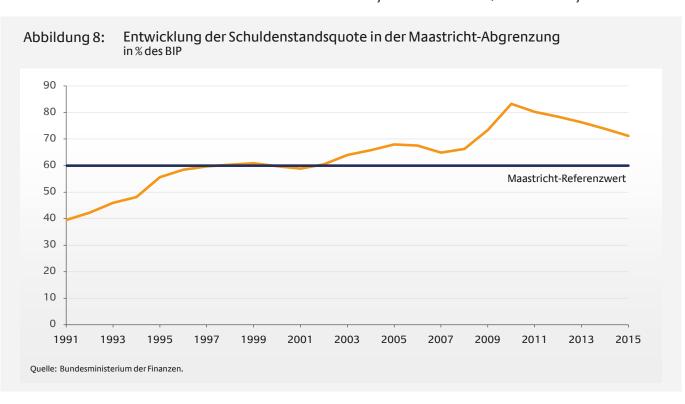
MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

kommt es wieder zu steigenden Bruttoinvestitionen, so dass 2015 wieder das Vorkrisenniveau erreicht wird. Des Weiteren tragen auch im Vergleich zum vergangenen Jahr deutlich moderatere Anstiege der Personalausgaben $(+1\frac{1}{2}\% p. a.$ gegenüber + 2,1%) und der monetären Sozialleistungen ($+\frac{1}{2}\%$ p. a. gegenüber +1.4%) zum gedämpfteren Ausgabenzuwachs bei. Während die geringere Zunahme der Personalausgaben strukturell bedingt ist, spiegeln sich in der Entwicklung der monetären Sozialleistungen auch die konjunkturelle Entwicklung und die bessere Arbeitsmarktsituation wider. Da die sozialen Sachleistungen mit jahresdurchschnittlich knapp 4% im Finanzplanungszeitraum etwas stärker als im vergangenen Jahr (+3,2%) zunehmen, bleibt die Entwicklung der Konsumausgaben insgesamt mit rund 2½% im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2015 nahezu unverändert im Vergleich zum Vorjahr.

Die kräftige krisenbedingte Ausweitung der Neuverschuldung auf allen Ebenen hat jedoch zur Folge, dass es über den gesamten Zeitraum der Jahre 2010 bis 2015 betrachtet – nach einem nochmals deutlichen Rückgang von 1,8 % im vergangenen Jahr dank der niedrigen Zinssätze – zu einem spürbaren Anstieg der Zinsausgaben in Höhe von jahresdurchschnittlich 5 ½ % kommt, der den Gestaltungsspielraum für andere Ausgaben beziehungsweise geringere Einnahmen einengt.

3.4 Entwicklung des Schuldenstands

Die Entwicklung der Schuldenstandsquote in der Maastricht-Abgrenzung wird auf absehbare Zeit von den Effekten der Finanzmarktkrise und den Maßnahmen im Rahmen der europäischen Staatsschuldenkrise geprägt sein. Nach einem leichten Rückgang in den Vorkrisenjahren 2006 und 2007 ist die Maastricht-Schuldenquote von 64,9% im Jahr 2007 bis auf 83,2% des BIP im Jahr



MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

2010 angestiegen, wobei der Anstieg im vergangenen Jahr mit 9,8 Prozentpunkten besonders stark ausfiel (vergleiche Abbildung 8). Dieser ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die infolge der Finanzmarktkrise gegründeten Abwicklungsanstalten zweier Banken statistisch dem Sektor Staat zugeordnet wurden. Die sogenannten Bad Banks von Hypo Real Estate (FMS Wertmanagement) und WestLB (Erste Abwicklungsanstalt) sind allein im Jahr 2010 für einen Anstieg der Schuldenquote von 9,5 Prozentpunkten verantwortlich. Aber auch der erwartete Rückgang der Schuldenquote bereits im laufenden Jahr auf 80 % und die weitere sukzessive Verminderung in den Jahren 2011 bis 2015 bis auf 71 % werden im Wesentlichen von den Entwicklungen in den Abwicklungsanstalten beeinflusst. Die Abschmelzung der übertragenen Portfolios führt zu einer Reduktion des Schuldenstandes in gleicher Höhe, und es ist davon auszugehen, dass der Gesamteffekt der Finanzmarktkrise

auf die Schuldenstandsquote von 13,5 % des BIP im Jahr 2010 auf 6,6 %im Jahr 2015 sinkt.

Auch die europäische Staatsschuldenkrise wirkt seit 2010 auf die Maastricht-Schuldenquote. Die zum Zeitpunkt der diesjährigen Sommerprojektion quantifizierbaren Effekte umfassen die bilateralen Kredite des sogenannten ersten Rettungspakets zugunsten von Griechenland, die über die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ausgegebenen Kredite an Irland und Portugal sowie die ab 2013 an den ESM zu zahlenden Kapitaleinlagen. Im Juli 2011 wurde vom Europäischen Rat ein zweites Maßnahmenpaket zur Abwendung einer Zahlungsunfähigkeit Griechenlands beschlossen. Da die konkrete Ausgestaltung der Maßnahmen allerdings noch nicht feststeht, ist dieses Hilfspaket nicht berücksichtigt. Im Projektionszeitraum steigt der Effekt der Staatsschuldenkrise auf die deutsche Schuldenquote von weniger als 1%

Schuldenguoteneffekte von Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise Abbildung 9: in % des BIP 85 80 75 70 65 60 2007 2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2015 Maastricht-Schuldenstand ohne Finanzmarktkrise ohne Staatsschulden- und Finanzmarktkrise Stand: BMF-Schätzung zum Arbeitskreis Stabilitätsrat Juli 2011. Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

MITTELFRISTIGE PROJEKTION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN

des BIP im Jahr 2010 bis 2015 kontinuierlich auf über 1½% des BIP.

Die Indikatorfunktion der Maastricht-Schuldenquote für die Qualität der Haushaltsentwicklung ist durch die Schuldeneffekte aufgrund der Maßnahmen im Rahmen der Finanzmarktkrise seit 2007 sowie im Rahmen der europäischen Staatsschuldenkrise seit 2010 eingeschränkt. Sowohl der starke Anstieg bis 2010 als auch der zu erwartende Rückgang bis 2015 sind maßgeblich durch Einflüsse bedingt, deren Ursache nicht in der Haushaltswirtschaft liegen. In Abbildung 9 wird der Verlauf der Maastricht-Schuldenquote mit den Quoten verglichen, die sich ohne die Effekte der Finanzmarktkrise beziehungsweise ohne die Effekte der Finanzmarkt- und der Staatsschuldenkrise ergäben. So wird deutlich, dass neben den Finanzmarktkriseneffekten auch der kräftige BIP-Zuwachs und die deutliche Verbesserung der Finanzierungssalden aller Gebietskörperschaften maßgeblich zum Rückgang der Schuldenquote beitragen. Die um die beiden Effekte bereinigte Schuldenguote nähert sich im Projektionszeitraum stetig dem Maastricht-Referenzwert von 60 % an und liegt 2015 voraussichtlich bei rund 63 % des BIP.

4 Fazit und Ausblick

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die deutlich besser verläuft als noch vor einem Jahr erwartet, aber auch die konsequente Umsetzung der Konsolidierungsbemühungen aller Gebietskörperschaften führen zu einer schnellen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, so dass am Ende des Projektionszeitraums 2015 insgesamt ausgeglichene Haushalte sowohl in finanzstatistischer als auch in Maastricht-Abgrenzung erreicht werden können. Hierzu trägt nicht zuletzt auch die neue Schuldenbremse bei, die bereits ab diesem Jahr den Bund zu deutlichen Abbauschritten seines strukturellen Defizits verpflichtet. Aber auch auf Länderebene entfalten die Schuldenbremse sowie der in der Öffentlichkeit vorhandene Konsolidierungswillen eine disziplinierende Wirkung.

Es gilt weiterhin, die durch den Aufschwung begünstigte Verbesserung der öffentlichen Haushalte konsequent zur Rückführung der Defizite zu nutzen. Nur so kann die Tragfähigkeit der Finanzpolitik gewährleistet und können die sich insbesondere infolge des demographischen Wandels ergebenden Herausforderungen bewältigt werden. Auch kurzfristig auftretende Krisen verursachen bei in der Regel strukturell ausgeglichenem Staatshaushalt keine zu großen Verwerfungen und ermöglichen ausreichenden Spielraum für das Wirken der automatischen Stabilisatoren.

ARTIKEL-IV-KONSULTATIONEN DES INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS MIT DEUTSCHLAND

Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland

- Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat am 6. Juli 2011 seine jährlichen Artikel-IV-Konsultationen mit Deutschland abgeschlossen.
- Der IWF stellt Deutschlands Wirtschafts- und Finanzpolitik ein gutes Zeugnis aus. Die Wirtschaftsleistung Deutschlands habe mittlerweile die Verluste der Wirtschafts- und Finanzkrise ausgeglichen. Ausdrücklich unterstützt wird der haushaltspolitische Konsolidierungskurs, da Deutschland damit eine wichtige Stabilitätsfunktion für andere europäische Länder erfülle.
- Gleichzeitig rät der IWF, Deutschlands Wachstumspotenzial durch weitere Strukturreformen zu erhöhen und dadurch auch positive Impulse für das Wachstum im Ausland zu setzen. Die derzeit zu beobachtende Stärkung der Binnennachfrage wird als wichtiger Schritt in diese Richtung anerkannt.

Zu den wesentlichen Aufgaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) gehört der Dialog mit den Mitgliedsländern über die nationalen und internationalen Auswirkungen ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Grundsätze für diese Konsultationen sind in Artikel IV des Übereinkommens über den IWF festgelegt.

Der IWF bietet allen Mitgliedsländern jährliche Konsultationen an. Üblicherweise besucht zunächst ein Team von IWF-Mitarbeitern das jeweilige Land, um sich über die Wirtschaftsund Finanzlage zu informieren und mit der Regierung die politische Ausrichtung zu diskutieren. Auf dieser Grundlage verfasst das IWF-Team einen Bericht, den die ständigen Vertreter der Mitgliedsländer beim IWF, die Exekutivdirektoren, erörtern. Der IWF veröffentlicht danach eine Presseerklärung, die sogenannte "Public Information Notice" (PIN), die die wesentlichen Ergebnisse der Konsultationen zusammenfasst. Die PIN zur Artikel-IV-Konsultation 2011 mit Deutschland ist in deutscher Übersetzung diesem Artikel beigefügt. Das IWF-Exekutivdirektorium hat die letzte Artikel-IV-Konsultation mit Deutschland am 6. Juli 2011 abgeschlossen.

Nach der deutlichen Steigerung des BIP um real 3 ½% im Jahr 2010 erwartet der IWF für dieses Jahr mit einem Wachstum von 3,2 % eine Fortsetzung des Wirtschaftsaufschwungs. Für 2012 wird mit einem Anstieg des BIP um 2% gerechnet. Die wesentliche politische Aufgabe wird darin gesehen, die derzeit positiven Wachstumsentwicklungen auch langfristig abzusichern, ohne dabei die notwendige Haushaltskonsolidierung zu gefährden. Der IWF unterstützt den eingeschlagenen Konsolidierungskurs, da Deutschland auf diese Weise als wichtiger Stabilitätsanker für ganz Europa dient. Gleichzeitig müsse das Wachstumspotenzial durch weitere Strukturreformen erhöht werden, so dass von Deutschland positive Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa und dem Rest der Welt ausgingen. Nach Ansicht des IWF stellt das inzwischen deutlich sichtbare Anziehen der Binnennachfrage einen wichtigen Schritt in diese Richtung dar. Insbesondere die im internationalen Vergleich außerordentlich positive Entwicklung am Arbeitsmarkt leiste hierzu einen wesentlichen Beitrag.

ARTIKEL-IV-KONSULTATIONEN DES INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS MIT DEUTSCHLAND

Dank des günstigen makroökonomischen Umfelds habe sich auch der deutsche Finanzsektor seit dem Höhepunkt der Finanzkrise wesentlich stabilisiert, wenngleich Anfälligkeiten fortbestünden. Strukturellen Reformbedarf sieht der IWF unverändert bei den Landesbanken. In diesem Zusammenhang werden eine deutliche Konsolidierung und die Umstellung auf nachhaltige Geschäftsmodelle angemahnt. Zugleich müsse die Reform der Bankenaufsicht weiterverfolgt werden. Das Bankenrestrukturierungsgesetz mit dem neuen Restrukturierungsfonds wird vom IWF als wichtiger Beitrag zur Verbesserung des Krisenmanagements im Bankensektor besonders hervorgehoben.

IWF-Exekutivdirektorium schließt Artikel-IV-Konsultationen 2011 mit Deutschland ab

Das Exekutivdirektorium des Internationalen Währungsfonds (IWF) hat am 6. Juli 2011 die Artikel-IV-Konsultationen mit Deutschland abgeschlossen.

Hintergrund

Im 1. Quartal 2011 lagen das deutsche BIP – nach einem Wachstum von 3½% im Jahr 2010 – sowie die Beschäftigung über dem Vorkrisenniveau. Für 2011 erwartet der IWF ein solides Wirtschaftswachstum in Höhe von 3%, das sich jedoch voraussichtlich in dem Maße verlangsamen wird, in dem die Haushaltskonsolidierung voranschreitet, die Produktionslücke sich schließt und das Wachstum des Welthandels nachlässt. Zwar hinterlässt die Krise in Deutschland kaum dauerhafte Schäden, doch die langfristigen Wachstumsaussichten bleiben weiterhin gering (jährlich etwa 1¼%).

Die steigenden Rohstoffpreise werden zu einem vorübergehenden Anstieg der Gesamtinflation in Deutschland von 1,2 % im Jahr 2010 auf 2 $\frac{1}{2}$ % im Jahr 2011 führen. Die Kerninflation dürfte jedoch nur mäßig ansteigen. Deutschlands Leistungsbilanzüberschuss, der kurz vor der großen Rezession auf 7 $\frac{1}{2}$ % des BIP anstieg, ist seitdem auf rund 5 % des BIP zurückgegangen.

Die Regierung legte 2009 und 2010 umfassende Konjunkturpakete auf, um dem wirtschaftlichen Abschwung entgegenzuwirken. Im Rahmen der konjunkturellen Erholung geht sie nun zu einer schrittweisen Konsolidierung über. Das Tempo des Aufschwungs und der Konsolidierungsbestrebungen lassen erwarten, dass das im Stabilitäts- und Wachstumspakt der Europäischen Union verankerte Ziel einer Rückführung des Defizits auf unter 3 % des BIP 2011 erreicht werden kann. Die Einhaltung der nationalen Schuldenregel, der zufolge der strukturelle Saldo des Bundeshaushalts bis 2016 nahezu null betragen muss, rückt ebenfalls in erreichbare Nähe. Der gestiegene Primärüberschuss wird zur Reduzierung der Schuldenquote von derzeit über 83 % des BIP (kürzlich angestiegen aufgrund der Unterstützung des Bankensektors) auf 73 % des BIP bis zum Jahr 2016 beitragen.

In der weitgehenden Stabilisierung des Bankensystems spiegeln sich sowohl die umfangreichen politischen Maßnahmen als auch der wirtschaftliche Aufschwung wider. Die deutsche Regierung führte den Banken in beträchtlichem Maße Kapital zu und spannte ein Sicherheitsnetz in Form von staatlichen Garantien, um während der Krise die Marktfinanzierung sicherzustellen. 2010 erhöhten die Banken ihre Eigenkapitaldeckung, und auch die Qualität ihrer Kreditportfolios hat sich verbessert. Es bestehen allerdings nach wie vor Schwachstellen. Die Banken sind noch immer stark

ARTIKEL-IV-KONSULTATIONEN DES INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS MIT DEUTSCHLAND

fremdfinanziert, und ihr Kapital weist im internationalen Vergleich eine niedrige Qualität auf. Ihre Ertragskraft ist ebenfalls relativ gering und wird es voraussichtlich auch bleiben.

Beurteilung durch das Exekutivdirektorium

Die Exekutivdirektoren begrüßten Deutschlands beeindruckenden Aufschwung, der durch den starken Exportsektor und unterstützende politische Maßnahmen vorangetrieben wird, darunter ein Konjunkturprogramm sowie gezielte Aktivitäten zur Förderung des Arbeitsmarkts und zur Stabilisierung des Finanzsektors. Die Direktoren betonten jedoch die Notwendigkeit von Strukturreformen in den Bereichen Arbeit, Kapital und Produktivität zur Förderung des mittelfristigen Wachstumspotenzials und der Binnennachfrage insbesondere im Sektor nicht handelbarer Güter, zumal diese auch die Rolle Deutschlands als internationaler Wirtschaftsmotor stärken und zur Verringerung der globalen Ungleichgewichte beitragen würden.

Die Direktoren stellten fest, dass eine mehrgleisige Strategie zur Lösung der seit Längerem bestehenden Strukturprobleme das Potentialwachstum fördern könnte. Ein solcher Ansatz, dessen Ziel in der Erhöhung der Erwerbsbeteiligung, der Inlandsinvestitionen und der Produktivität bestünde, würde im Rahmen der Steuer-, Bildungs- und Innovationspolitik umgesetzt und durch eine vermehrte Bereitstellung von Risikokapital und ein effizienteres Insolvenzverfahren ergänzt.

Die Direktoren wiesen darauf hin, dass der fiskalische Konsolidierungskurs der Regierung zwar angebracht ist, jedoch auch Handlungsspielraum für die Wachstumsförderung lassen muss. Sie stellten fest, dass die Rückführung der öffentlichen Schuldenquote bei einer sich schließenden Produktionslücke die Glaubwürdigkeit erhöhen und den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt stützen wird. Die Direktoren gaben jedoch zu bedenken, dass die Konsolidierungsgeschwindigkeit möglicherweise neu bewertet werden muss, falls das Wachstum deutlich schwächer ausfallen sollte als erwartet. Sie merkten zudem an, dass sich der Einsatz finanzpolitischer Instrumente zur Förderung des Wachstums im Rahmen des geplanten Konsolidierungskurses bewegen muss.

Nach Ansicht der Direktoren hat sich das Finanzsystem Deutschlands stabilisiert, auch wenn sich noch einzelne Schwachstellen finden. Die verbesserte Eigenkapitaldeckung deutet darauf hin, dass die Banken erheblichen Belastungen standhalten könnten. Allerdings stellten die Direktoren fest, dass die deutschen Banken noch immer eine starke Fremdfinanzierung und geringe Ertragskraft aufweisen und die großen Banken in hohem Maße von der Finanzierung durch die Märkte abhängig sind. Zwar hält sich die direkte Belastung durch externe Effekte aus anderen Ländern Europas insgesamt in Grenzen, manche Banken sind jedoch gefährdeter als andere, und indirekte Auswirkungen könnten sich durch den Einfluss ausländischer Banken auch in Deutschland bemerkbar machen. Die Direktoren sprachen sich darüber hinaus für eine frühere Veröffentlichung der wichtigsten Finanzdaten und für mehr Transparenz bezüglich des Regulierungs- und Aufsichtssystems, der Transaktionen von öffentlich-rechtlichen Banken und der Einlagensicherungssysteme aus.

Die Direktoren hoben hervor, dass in mehreren Bereichen Maßnahmen zur Eindämmung der systemischen Risiken des Finanzsystems erforderlich sind. Als Erstes müssen die Folgen der Krise bewältigt werden, wozu auch die Entwicklung tragfähiger Geschäftsmodelle für die Landesbanken

ARTIKEL-IV-KONSULTATIONEN DES INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS MIT DEUTSCHLAND

gehört. Als Zweites sollte das Regulierungs- und Aufsichtssystem verschärft werden, und zwar durch eine Klärung der Inhalte der Makroaufsicht, des Verhältnisses zwischen aufsichtsrechtlichen Bestimmungen auf Makro- und auf Mikroebene sowie der notwendigen Anforderungen an den Informationsaustausch. In diesem Zusammenhang ist eine angemessene und qualitativ hochwertige Kapitalausstattung der Banken wichtig, insbesondere dort, wo systemische Risiken zu berücksichtigen sind. Als Drittes würde eine Harmonisierung der verschiedenen Einlagensicherungssysteme die Nutzung ihrer Ressourcen für eine frühzeitige Intervention ermöglichen und zur Schaffung von Synergien mit dem Restrukturierungsfonds beitragen. Schließlich müsste die Rolle der Sparkassen im Hinblick auf ein integriertes und wettbewerbsfähiges europäisches Finanzsystem überdacht werden.

Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland

Tabelle 1: Ausgewählte Konjunkturindikatoren laut IWF-Artikel-IV-Konsultationen zu Deutschland

	2006	2007	2008	2009	2010	2011 ¹	2012 ¹
Wirtschaftliche Aktivität und Preise (Veränderung in %, falls nicht anders							
angegeben)							
Reales BIP	3,6	2,8	0,7	-4,7	3,5	3,2	2,0
Nettoexporte ²	1,1	1,6	-0,1	-3,2	1,3	1,2	0,6
Gesamte Inlandsnachfrage	2,4	1,3	1,2	-1,9	2,4	2,1	1,5
Privater Konsum	1,4	-0,2	0,7	-0,2	0,5	1,3	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	8,0	4,7	2,5	-10,1	6,0	8,2	3,4
Bauinvestitionen	4,9	-0,5	1,2	-1,5	2,9	6,7	3,5
inländische Bruttosparquote (in % des BIP)	24,4	26,1	25,2	23,2	23,6	24,1	24,1
Bruttoinlandsinvestitionen (in % des BIP)	18,2	18,7	19,0	17,6	17,9	19,0	19,4
Erwerbsbevölkerung ³	43,2	43,3	43,4	43,3	43,6	43,5	43,6
Beschäftigung ³	39,0	39,7	40,2	40,2	40,4	40,8	40,9
Standardisierte Arbeitslosenquote (in $\%$)	10,2	8,8	7,6	7,7	7,1	6,3	6,2
Lohnstückkosten (gewerbliche Wirtschaft)	-3,9	-1,8	7,6	15,7	-8,1	0,9	2,2
BIP-Deflator	0,2	1,7	1,3	1,3	0,7	0,2	1,1
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	1,8	2,3	2,8	0,2	1,2	2,5	1,6
Öffentliche Finanzen (in % des BIP)							
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo ⁴	-1,6	0,3	0,1	-3,0	-3,3	-1,9	-1,1
Struktureller Finanzierungssaldo	-2,2	-0,9	-0,5	-1,0	-2,3	-1,8	-1,3
Gesamtstaatliche Bruttoverschuldung	67,6	64,9	66,3	73,4	83,2	82,3	81,0
Geld- und Kreditvolumen							
(prozentuale Veränderung in 12 Monaten)							
Kredite an Unternehmen und Privatpersonen ⁵	3,4	3,3	6,6	-0,5	-1,9	-1,0	-
Geldmenge M3 ⁶	4,9	10,7	9,7	-1,5	4,4	4,2	_
Zinssätze	<u>·</u>			<u> </u>	<u> </u>		
(Periodendurchschnitt in %)							
Dreimonatiger Interbankensatz ⁷	3,1	4,3	4,6	1,2	0,8	1,1	-
Rendite auf zehnjährige Staatsanleihen ⁷	3,8	4,3	4,1	3,3	2,8	3,2	_
Zahlungsbilanz							
(in Mrd. USD, falls nicht anders angegeben)							
Exporte ⁸	1 324,9	1 573,6	1 706,9	1 352,3	1 503,3	1710,4	1 791,1
Importe ⁸	1 163,0	1 339,2	1 461,6	1 173,7	1 308,9	1 528,0	1 622,4
Handelsbilanz (in % des BIP) ⁹	6,3	7,6	6,6	5,3	5,7	5,5	5,1
. Leistungsbilanzsaldo	182,1	248,3	227,9	186,3	187,7	187,5	182,7
Leistungsbilanz (in % des BIP)	6,2	7,4	6,2	5,6	5,7	5,1	4,8

ARTIKEL-IV-KONSULTATIONEN DES INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS MIT DEUTSCHLAND

noch Tabelle 1: Ausgewählte Konjunkturindikatoren laut IWF-Artikel IV-Konsultationen zu Deutschland

	2006	2007	2008	2009	2010	2011 ¹	2012 ¹
Wechselkurs (Periodendurchschnitt)							
Euro je US-Dollar ⁷	0,8	0,73	0,73	0,68	0,76	0,69	-
Nominaler effektiver Kurs (1990 = 100) ⁷	114,9	119,7	120,7	122,2	114,9	118,4	-
Realer effektiver Kurs (1990 = 100) ^{5, 10}	100,2	101,5	100,1	105,6	98,5	100,5	-

¹ IWF-Schätzungen und –prognosen.

Quellen: Deutsche Bundesbank, International Financial Statistics (IWF), World Economic Outlook (IWF) und IWF-Prognosen.

² Beitrag zum BIP-Wachstum.

³ Gemäß VGR.

⁴ Finanzierung süberschuss/-defizit.

⁵ Die Daten für 2011 beziehen sich auf Februar.

 $^{^6\,}Entspricht\,Deutschlands\,Beitrag\,zur\,M3-Geldmenge\,in\,der\,Eurozone.\,Die\,Daten\,f\"ur\,2011\,beziehen\,sich\,auf\,M\"arz.$

⁷ Die Daten für 2011 beziehen sich auf den April.

⁸ Güter und Dienstleistungen.

⁹ Warenhandel, einschließlich Ergänzungen zum Warenverkehr.

¹⁰ Auf Basis der relativen normierten Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe.

Über	sichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	91
1	Kreditmarktmittel	91
2	Gewährleistungen	
3	Bundeshaushalt 2010 bis 2015	
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	52
•	2010 bis 2015	93
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen,	
U	Regierungsentwurf 2012	
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012	
7	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
10	Entwicklung der Staatsquote	
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011	
10	Entwicklung der EO-Haushalte 2010 bis 2011	. 113
Über	rsichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	. 116
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni2011 im Vergleich zum Jahressoll 2011	. 116
Abb.	1 Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2010/2011	. 117
2	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
	Länder bis Juni 2011	. 118
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2011	. 120
Kenn	nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	. 124
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	. 124
2	Preisentwicklung	
3	Außenwirtschaft	. 126
4	Einkommensverteilung	. 127
	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	
5	Produktionslücken, Budgetsensivität und Konjunkturkomponenten	
6	Prouktionspotenzial und -lücken	
7	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	
	Potenzialwachstum	131
8	Bruttoinlandsprodukt	132
9	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	
10	Kapitalstock und Investitionen	
11	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	
12	Preise und Löhne	
13	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	

14	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	. 139
15	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	. 140
16	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	. 141
17	Übersicht Weltfinanzmärkte	. 142
	1 Entwicklung von DAX und Dow Jones	
18	Vorausschätzungen zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	
19	Vorausschätzungen zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	. 148

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand: 31. Mai 2011	Zunahme		Stand: 30. Juni 2011
		in M	io.€	
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere ¹	44 000	0	0	44 000
Anleihen ²	640 736	4 000	0	644 736
Bundesobligationen	198 000	0	0	198 000
Bundesschatzbriefe ³	8 503	39	45	8 497
Bundesschatzanweisungen	147 000	6 000	15 000	138 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	77 704	12 866	10 958	79 612
Finanzierungsschätze ⁴	563	32	26	569
Tagesanleihe	1 826	34	41	1819
Schuldscheindarlehen	12 370	0	0	12370
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	633	68	0	701
Kreditmarktmittel insgesamt	1 131 385			1 128 355

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	31. Mai 2011			30. Juni 2011
		in M	lio.€	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	232 210			238 249
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	364 702			351 835
langfristig (mehr als 4 Jahre)	534 474			538 272
Kreditmarktmittel insgesamt	1 131 385			1 128 355

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹5- und 10-jährige ILB.

 $^{^2}$ 10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

³Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

⁴1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 30. Juni 2010		
		in Mrd. €		
Ausfuhren	135,0	115,9	108,4	
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	50,0	37,7	33,1	
Bilaterale FZ-Vorhaben	5,72	2,7	2,0	
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	7,5	
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	185,0	110,4	106,3	
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	55,9	50,6	
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,18	1,0	1,0	
Zinsausgleichsgarantien	6,0	6,0	4,0	
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4	
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	123,0	9,2	-	

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2010 - 2015 Gesamtübersicht

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Soll	RegEntw		Finanzplanung	I	
			Mr	d.€	1.€		
1. Ausgaben	303,7	305,8	306,0	311,5	309,9	315,0	
Veränderung gegen Vorjahr in %	+3,9	+0,7	+0,1	+1,8	- 0,5	+1,6	
2. Einnahmen ¹	259,3	257,0	278,4	286,3	290,9	300,0	
Veränderung gegen Vorjahr in %	+0,6	-0,9	+8,3	+2,8	+1,6	+3,1	
darunter:							
Steuereinnahmen	226,2	229,2	247,4	256,4	265,8	275,7	
Veränderung gegen Vorjahr in %	-0,7	+1,3	+7,9	+3,6	+3,7	+3,7	
3. Finanzierungssaldo	-44,4	-48,8	-27,6	-25,3	-19,1	-15,1	
in % der Ausgaben	14,6	16,0	9,0	8,1	6,1	4,8	
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos							
4. Bruttokreditaufnahme ² (-)	288,2	317,9	270,0	284,6	273,2	279,2	
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	5,0	-3,7	-1,6	-0,0	-1,2	-1,2	
6. Tilgungen (+)	239,2	273,1	244,4	259,7	255,7	265,6	
7. Nettokreditaufnahme	-44,0	-48,4	-27,2	-24,9	-18,7	-14,7	
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4	
Nachrichtlich:							
Investive Ausgaben	26,1	32,3	26,4	29,7	29,5	29,3	
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 3,8	+24,0	-18,4	+12,4	-0,6	-0,7	
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,0	2,5	2,5	2,5	2,5	

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Juli 2011.

 $^{^1\}mbox{Gem.\,BHO}\ \S\,13\ \mbox{Absatz}\ 4.2\ \mbox{ohne}\ \mbox{M\"unzeinnahmen.}$

 $^{^{\}rm 2}$ nach Abzug der Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015		
Ausgabeart	Ist	Soll	RegEntw		Finanzplanung			
			in Mic	o. €				
Ausgaben der laufenden Rechnung								
Personalausgaben	28 196	27 799	27 366	27 086	26 894	26 729		
Aktivitätsbezüge	21 117	20 749	20218	19861	19614	19 387		
Ziviler Bereich	9 443	9 248	10337	10 339	10357	10 349		
Militärischer Bereich	11 674	11 501	9881	9 522	9 258	9 038		
Versorgung	7 079	7 050	7 147	7 226	7 280	7 3 4 2		
Ziviler Bereich	2 459	2 443	2 483	2 506	2 5 4 0	2 583		
Militärischer Bereich	4 620	4 606	4 665	4720	4740	4758		
Laufender Sachaufwand	21 494	22 336	23 602	23 506	23 424	23 030		
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 544	1 350	1 280	1 305	1 296	1 308		
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 442	10 429	10 655	10 574	10 435	10 085		
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	10 557	11 667	11 627	11 693	11 637		
Zinsausgaben	33 108	35 343	38 392	42 303	45 991	49 042		
an andere Bereiche	33 108	35 343	38 392	42 303	45 991	49 042		
Sonstige	33 108	35 343	38 392	42 303	45 991	49 042		
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42		
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	33 058	35 302	38 350	42 261	45 949	49 000		
an Ausland	8	0	0	0	0	C		
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	188 756	190 029	188 789	188 751	191 577		
an Verwaltungen	14114	15 094	17 655	19 178	20 081	20 237		
Länder	8 579	9 3 5 4	11 880	13 342	14271	14 442		
Gemeinden	17	18	11	10	10	g		
Sondervermögen	5 5 1 8	5 721	5 763	5 825	5 800	5 786		
Zweckverbände	1	1	1	1	1	C		
an andere Bereiche	180 263	173 662	172 374	169 611	168 670	171 340		
Unternehmen	24212	25 056	24943	25 362	25 513	25 853		
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 665	28 159	26731	25 271	23 748	23 569		
an Sozialversicherung	120 831	114657	113 824	112 275	112 903	115 379		
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 336	1 584	1 645	1 656	1 664	1 663		
an Ausland	4216	4 2 0 5	5 229	5 045	4840	4875		
an Sonstige	3	2	2	2	2	2		
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	277 175	274 234	279 388	281 684	285 060	290 377		

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	
Ausgabeart	Ist	Soll	RegEntw		Finanzplanung		
			in Mi	o.€			
Ausgaben der Kapitalrechnung							
Sachinvestitionen	7 660	7 499	7 487	7 280	7 208	7 154	
Baumaßnahmen	6 242	6014	6017	5 704	5 621	5 683	
Erwerb von beweglichen Sachen	916	910	891	943	900	873	
Grunderwerb	503	576	578	634	687	598	
Vermögensübertragungen	15 350	14 975	15 119	15 103	14 975	14 903	
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14 944	14581	14 652	14 602	14 474	14 407	
an Verwaltungen	5 209	5 092	4 963	4865	4716	4 620	
Länder	5 142	5 031	4887	4772	4624	4 5 4 1	
Gemeinden und Gemeindeverbände	68	59	74	90	90	78	
Sondervermögen	0	2	2	2	2	2	
an andere Bereiche	9 735	9 489	9 689	9 738	9 757	9 787	
Sonstige - Inland	6 599	6 179	6 3 3 3	6 3 6 9	6 460	6 557	
Ausland	3 136	3 3 1 0	3 356	3 369	3 297	3 230	
Sonstige Vermögensübertragungen	406	394	467	501	501	496	
an andere Bereiche	406	394	467	501	501	496	
Sonstige - Inland	137	157	145	144	141	136	
Ausland	269	237	322	357	360	360	
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 473	10 250	4 254	7 771	7 793	7 698	
Darlehensgewährung	2 663	9 444	4 2 5 3	3 426	3 449	3 353	
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1	
Länder	1	1	1	1	1	1	
an andere Bereiche	2 662	9 443	4 2 5 3	3 425	3 448	3 353	
Sozialversicherung	0	5 400	0	0	0	0	
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 075	2368	2 3 7 1	2 081	1 960	1 744	
Ausland	1 587	1 675	1 881	1344	1 488	1 609	
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	806	1	4345	4345	4345	
Inland	13	1	1	1	1	1	
Ausland	797	805	0	4344	4 3 4 4	4344	
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 483	32 724	26 860	30 154	29 976	29 755	
Darunter: Investive Ausgaben	26 077	32 330	26393	29 653	29 475	29 259	
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	-1 158	- 248	- 339	-5 136	-5 132	
Ausgaben zusammen	303 658	305 800	306 000	311 500	309 900	315 000	

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2012

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss	
Funktion	Ausgabengruppe				in Mio. €			
0	Allgemeine Dienste	55 158	49 061	23 242	18 882	-	6 937	
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	6 021	5 8 1 8	3 440	1 354	-	1 024	
2	Auswärtige Angelegenheiten	9 2 1 0	4706	508	176	-	4022	
3	Verteidigung	31 542	31 264	14546	15718	-	1 001	
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 695	3 3 3 3	2 105	995	-	232	
5	Rechtsschutz	354	339	248	74	-	16	
6	Finanzverwaltung	4336	3 600	2 3 9 5	565	-	641	
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	17 501	14 256	478	891	-	12 887	
13	Hochschulen	4 0 3 2	3 0 3 7	10	10	-	3 018	
14	Förderung von Schülern, Studenten	2 358	2 358	-	-	-	2 358	
15	Sonstiges Bildungswesen	595	518	9	65	-	444	
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	9 825	7 807	458	812	-	6 5 3 7	
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	691	537	1	6	-	531	
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	154 973	154 035	228	389	-	153 418	
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	109 138	109 138	52	-	-	109 086	
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	7 973	7 973	-	3	-	7 970	
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 526	2 201	-	32	-	2 168	
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	33 374	33 257	48	103	-	33 105	
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	280	280	-	-	-	280	
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 683	1187	127	250	-	809	
3	Gesundheit und Sport	1 516	883	277	307	-	299	
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	451	368	147	173	-	48	
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-	
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	451	368	147	173	-	48	
32	Sport	131	115	-	4	-	111	
33	Umwelt- und Naturschutz	410	223	80	72	-	72	
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	524	176	50	59	-	68	
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 064	818	-	19	-	799	
41	Wohnungswesen	1 387	801	-	2	-	799	
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-	
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	12	-	-	-	-	-	
44	Städtebauförderung	664	17	-	17	-	-	
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	957	546	29	178	-	338	
52	Verbesserung der Agrarstruktur	567	199	-	1	-	198	
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	132	132	-	70	-	62	
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-	
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	132	132	-	70	-	62	
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	259	215	29	107	-	78	

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2012

Fundation	A	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter Investive Ausgaber
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	888	2 677	2 533	6 097	6 065
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	202	2	-	203	203
2	Auswärtige Angelegenheiten	115	2 508	1 881	4 504	4503
3	Verteidigung	210	67	-	278	246
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	263	99	-	362	362
5	Rechtsschutz	15	-	-	15	15
6	Finanzverwaltung	83	1	651	735	735
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	133	3 112	-	3 245	3 245
13	Hochschulen	1	993	-	995	995
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	77	-	77	77
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	131	1 888	-	2 019	2 019
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion1	0	154	-	154	154
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	9	929	1	939	504
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	324	1	326	3
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	4	113	-	117	5
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	492	-	496	496
3	Gesundheit und Sport	420	213	-	633	633
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	72	11	-	83	83
312	Krankenhäuser und Heilstätten		-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	72	11	-	83	83
32	Sport		16	-	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	180	-	186	186
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	342	6	-	348	348
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 242	4	1 246	1 246
41	Wohnungswesen	_	583	4	587	587
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	_	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	_	12	-	12	12
44	Städtebauförderung		647	-	647	647
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2	409	1	411	411
52	Verbesserung der Agrarstruktur		367	1	368	368
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	_		_	-	
533	Gasölverbilligung	_		_	_	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53		_	_	_	_
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	2	42		44	44

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2012

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss		
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €							
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 913	2 445	60	501	-	1 885		
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	750	587	-	383	-	204		
621	Kernenergie	288	188	-	-	-	188		
622	Erneuerbare Energieformen	51	20	-	4	-	16		
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	411	379	-	379	-	-		
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 555	1 537	-	0	-	1 537		
64	Handel	62	62	-	9	-	53		
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	595	9	-	8	-	1		
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 950	250	60	101	-	89		
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 847	4 135	1 047	1 977	-	1 112		
72	Straßen	7 462	1 040	-	886	-	154		
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 736	854	510	304	-	40		
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	3	-	-	-	3		
75	Luftfahrt	199	197	47	24	-	126		
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 115	2 041	489	762	-	790		
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 147	12 076	-	6	-	12 069		
81	Wirtschaftsunternehmen	10908	6836	-	6	-	6 8 3 0		
832	Eisenbahnen	4016	76	-	5	-	71		
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 892	6 760	-	2	-	6 759		
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 239	5 239	-	-	-	5 239		
873	Sondervermögen	5 2 3 9	5 2 3 9	-	-	-	5 2 3 9		
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-		
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	40 923	41 133	2 005	451	38 392	285		
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	323	285	-	-	-	285		
92	Schulden	38 405	38 405	-	13	38 392	-		
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	2 194	2 443	2 005	438	-	0		
Summe al	ller Hauptfunktionen	306 000	279 388	27 366	23 602	38 392	190 029		

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2012

		Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter Investive Ausgaben
Funktion	3 3 11			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	101	675	1 691	2 468	2 468
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	100	62	-	162	162
621	Kernenergie	100	-	-	100	100
622	Erneuerbare Energieformen	-	31	-	31	31
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	32	-	32	32
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	19	-	19	19
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	586	-	586	586
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	8	1 691	1 700	1 700
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 934	1 777	-	7 712	7 712
72	Straßen	4992	1 429	-	6 421	6 421
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	881	-	-	881	881
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333
75	Luftfahrt	3	-	-	3	3
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	58	16	-	73	73
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	4 047	25	4 072	4 072
81	Wirtschaftsunternehmen	-	4 0 4 7	25	4072	4072
832	Eisenbahnen	-	3 9 1 5	25	3 940	3 940
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	132	-	132	132
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe a	ıller Hauptfunktionen	7 487	15 119	4 254	26 860	26 393

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
Gegenstand del Nacriweisung				Ist-Erg	jebnisse			
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten								
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Anteil an den Bundesausgaben	wiid.e	0,0	19,1	12,6	8,7	23,3	10,8	9,7
Anteil a.d. investiven Ausgaben des						·		
Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	•	75,3	84,4
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	0,0	55,8	50,4	55,3		51,2	62,0
nachrichtlich: Schuldenstand ³								
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Segenstand del Nachweisung			Is	st-Ergebnisse	•			Soll	RegEntw
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	305,8	306,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	0,7	0,
Einnahmen	Mrd.€	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	257,0	278,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,8	1,9	9,8	5,8	- 4,7	0,6	- 0,9	8,
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-31,4	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 48,8	- 27,
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 48,4	- 27
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,2	-0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	-0,4	- 0,
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,4	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,8	27
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,4	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	0,9	- 1,4	- 1
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,1	8.
Anteil a. d. Personalausgaben des									
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	15,3	14,9	14,8	15,0	14,4	14,2	13,8	
Zinsausgaben	Mrd.€	37,4	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	35,3	38
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,0	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	6,8	8
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,6	12,
Anteil an den Zinsausgaben des	%	58,3	57,9	58,6	59,7	61,0	55,5	57,5	
öffentl. Gesamthaushalts ³ Investive Ausgaben	Mrd.€	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	32,3	26
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	6,2	-4,4	15,4	- 7,2	11,5	-3,8	24,0	- 18
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	10,6	8
Anteil a. d. investiven Ausgaben des									
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,2	33,7	39,9	37,1	25,3	29,5	34,8	
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	229,2	247
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,7	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 0,7	1,3	7
Anteil an den Bundesausgaben	%	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	74,9	80,
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	83,2	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,2	88
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	42,1	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	40,5	
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 48,4	- 27
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	15,8	8
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	131,3	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	149,7	103
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	59,0	60,2	103,7	60,3	38,5	67,1	124,4	
nachrichtlich: Schuldenstand ³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 489,9	1 545,4	1 552,4	1 577,9	1 694,4	2 026,7	2068	
darunter: Bund	Mrd.€	903,3	950,3	957,3	985,7	1 053,8	1311,0	1335 1/2	

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

 $^{^2\,\}mathrm{Ab}\,1991\,\mathrm{Gesamt}$ deutschland.

³ Stand Stabilitätsrat Juli 2011; 2011 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	614,7	627,0	638,1	649,2	679,7	729,0	735,9
Einnahmen	549,2	574,5	597,6	648,4	669,3	634,9	653,1
Finanzierungssaldo	-65,5	-52,5	-40,5	-0,6	-10,4	-91,7	-80,5
darunter:							
Bund ²							
Ausgaben	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7
Einnahmen	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3
Finanzierungssaldo	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3
Länder ³							
Ausgaben	257,1	260,0	260,0	265,5	277,2	286,1	286,7
Einnahmen	233,5	237,2	250,1	273,1	276,2	258,9	265,9
Finanzierungssaldo	-23,5	-22,7	-10,1	7,6	-1,1	-27,2	-20,8
Gemeinden ⁴							
Ausgaben	150,1	153,2	157,4	161,5	168,0	177,2	182,2
Einnahmen	146,2	150,9	160,1	169,7	176,4	170,0	174,5
Finanzierungssaldo	-3,9	-2,2	2,8	8,2	8,4	-7,2	-7,7
			Veränderun	gen gegenübe	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	-0,8	2,0	1,8	1,7	4,7	7,3	1,0
Einnahmen	-0,5	4,6	4,0	8,5	3,2	-5,1	2,9
darunter:							
Bund							
Ausgaben	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9
Einnahmen	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6
Länder							
Ausgaben	-1,0	1,1	0,0	2,1	4,4	3,2	0,2
Einnahmen	1,9	1,6	5,4	9,2	1,1	-6,2	2,7
Gemeinden							
Ausgaben	0,1	2,0	2,8	2,6	4,0	5,4	2,8
Einnahmen	3,3	3,3	6,0	6,0	3,9	-3,6	2,6

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				Quoten in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-3,0	-2,3	-1,7	-0,0	-0,4	-3,8	-3,2
darunter:							
Bund	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,4	-1,8
Länder	-1,1	-1,0	-0,4	0,3	-0,0	-1,1	-0,8
Gemeinden	-0,2	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3	-0,3
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-10,7	-8,4	-6,4	-0,1	-1,5	-12,6	-10,9
darunter:							
Bund	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8	-14,6
Länder	-9,1	-8,7	-3,9	2,9	-0,4	-9,5	-7,2
Gemeinden	-2,6	-1,5	1,8	5,1	5,0	-4,0	-4,2
Ausgaben in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	27,8	28,0	27,4	26,7	27,4	30,4	29,5
darunter:							
Bund	11,4	11,6	11,2	11,1	11,4	12,2	12,2
Länder	11,6	11,6	11,2	10,9	11,2	11,9	11,5
Gemeinden	6,8	6,8	6,8	6,6	6,8	7,4	7,3

¹ Bund, Länder, Gemeinden und ihre jeweiligen Extrahaushalte. Der Öffentliche Gesamthaushalt ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: Juni 2011.

² Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

³ Kernhaushalte; bis 2007 Rechnungsergebnisse; 2008 bis 2010: Kassenergebnisse.

 $^{^4\,\}mbox{Kernhaushalte};$ bis 2008 Rechnungsergebnisse; 2009 und 2010: Kassenergebnisse.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen			
	:		dav	on		
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern Indirekte Ste		
Jahr		in Mrd. €		in%		
	Gebiet der Bund	desrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3	. Oktober 1990		
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4	
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7	
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2	
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7	
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4	
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2	
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5	
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7	
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2	
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3	
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1	
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0	
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7	
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9	
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6	
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5	
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3	
		Bundesrepublil	k Deutschland			
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1	
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0	
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8	
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7	
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2	
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8	
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6	
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0	
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1	

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen						
	inagaaamt		davon						
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern				
Jahr		in Mrd. €		in%					
		Bundesrepubli	k Deutschland						
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9				
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0				
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1				
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5				
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2				
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6				
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5				
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4				
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3				
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6				
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8				
2011 ²	555,0	267,9	287,1	48,3	51,7				
2012 ²	584,6	291,7	292,9	49,9	50,1				
2013 ²	608,7	311,5	297,2	51,2	48,8				
2014 ²	630,5	327,8	302,8	52,0	48,0				
2015 ²	652,3	344,1	308,2	52,7	47,3				

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2011.

² Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2011.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk Gesamtrech		Abgrenzung der F	Finanzstatistik ³
Jahr	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
		in Relation zu		3 ,
1960	23,0	33,4	22,6	32
1965	23,5	34,1	23,1	33
1970	23,0	34,8	21,8	32
1975	22,8	38,1	22,5	36
1976	23,7	39,5	22,9	38
1977	24,6	40,4	24,0	39
1978	24,2	39,9	24,0	38
1979	23,9	39,6	23,8	38
1980	23,8	39,6	23,7	38
1981	22,8	39,1	22,9	38
1982	22,5	39,1	22,5	38
1983	22,5	38,7	22,6	37
1984	22,6	38,9	22,5	37
1985	22,8	39,1	22,7	38
1986	22,3	38,6	22,3	37
1987	22,5	39,0	22,5	38
1988	22,2	38,6	22,2	37
1989	22,7	38,8	22,8	37
1990	21,6	37,3	22,2	37
1991	22,0	38,9	22,0	38
1992	22,4	39,6	22,7	39
1993	22,4	40,2	22,6	39
1994	22,3	40,5	22,5	39
1995	21,9	40,3	22,5	40
1996	22,4	41,4	21,8	39
1997	22,2	41,4	21,3	39
1998	22,7	41,7	21,7	39
1999	23,8	42,5	22,5	40
2000	24,2	42,5	22,7	40
2001	22,6	40,8	21,1	38
2002	22,3	40,5	20,6	37
2003	22,3	40,6	20,4	37
2004	21,8	39,7	20,1	37
2005	22,0	39,7	20,2	36
2006	22,8	40,0	21,0	37
2007	23,7	40,1	22,1	37
2008	23,8	40,2	22,6	38
2009	23,5	40,6	21,9	37
2010	22,8	39,6	21,3	37

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2009 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2010. 2010: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2011.

³ Bis 2007 Rechnungsergebnisse. 2008 bis 2010: Kassenergebnisse.

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

		Ausgaben des Staates	
Jahr	insgesamt	darunte	er
Jan	mageaunt	Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³
		in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7	1
1965	37,1	25,4	1
1970	38,5	26,1	1
1975	48,8	31,2	1
1980	46,9	29,6	1
1981	47,5	29,7	1
1982	47,5	29,4	1
1983	46,5	28,8	1
1984	45,8	28,2	1
1985	45,2	27,8	1
1986	44,5	27,4	1
1987	45,0	27,6	1
1988	44,6	27,0	1
1989	43,1	26,4	1
1990	43,6	27,3	1
1991	46,3	28,2	1
1992	47,2	28,0	1
1993	48,2	28,3	1
1994	47,9	27,8	2
1995	48,1	27,6	2
1996	49,3	27,9	2
1997	48,4	27,1	2
1998	48,0	27,0	2
1999	48,1	26,9	2
2000	47,6	26,5	2
2000 ⁴	45,1	24,0	2
2001	47,6	26,3	2
2002	48,1	26,4	2
2003	48,5	26,5	2
2004	47,1	25,9	2
2005	46,8	26,1	2
2006	45,3	25,4	1
2007	43,6	24,5	1
2008	43,8	24,7	1
2009	47,5	26,6	2
2010 ⁴	46,6	26,3	2

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2009 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2010.

^{2010:} Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2011.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010 ¹
				Schulden	(Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt ²	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 368	2 028 21
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814	1 312 47
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959 918	991 283	1 036 19
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734	1 022 74
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549	13 45
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530	276 27
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	59 533	273 47
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998	2 80
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745	595 14
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346	530 55
Kreditmarktmittel iwS	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009	52407
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 180	2 3 3 7	6 47
Extrahaushalte	-	-	-	996	1 124	1 350	21 399	64 58
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1 124	1 325	20 827	52 98
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	571	11 60
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 864	113 810	120 59
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 039	117 64
Kreditmarktmittel iwS	84069	84257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 386	77 17
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 653	40 46
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 771	295
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	2 724	2 91
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48	4
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	531 197	560 418	586 571	595 026	595 102	592 132	640 555	715 74
Maastricht-Schuldenstand	1 384 000	1 454 000	1 524 000	1 572 000	1 579 000	1 644 000	1 761 000	2 080 00
nachrichtlich:								
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530	276 27
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-		-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100		0	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 498	1730
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 540	28 55
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	7 493	13 99
FMS Wertmanagement	_	_	_	_	_	_	_	216 42

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010 ¹	
			,	Anteil an den S	schulden (in %)				
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2	64,	
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5	51,	
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6	3,7	13,	
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1	29,	
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7	5,	
nachrichtlich:									
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8	35,	
		Anteil der Schulden am BIP (in %)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	62,7	64,7	66,4	66,4	63,8	63,6	70,7	81,	
Bund	38,2	39,3	40,3	40,8	39,4	39,7	44,0	52,	
Kernhaushalte	35,5	36,7	39,6	39,5	38,7	38,7	41,4	41,	
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2,6	11,	
Länder	19,6	20,3	21,0	20,8	19,9	19,5	22,0	23,	
Gemeinden	5,0	5,1	5,1	4,8	4,5	4,4	4,7	4	
nachrichtlich:									
Länder + Gemeinden	24,5	25,3	26,2	25,6	24,5	23,9	26,7	28,	
Maastricht-Schuldenstand	63,9	65,8	68,0	67,6	64,9	66,3	73,5	83,	
				Schulden in:	sgesamt (€)				
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698	2481	
nachrichtlich:									
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 163,8	2 210,9	2 242,2	2 326,5	2 432,4	2 481,2	2 397,1	2 498	
Einwohner 30.06.	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862	81 750 71	

 $^{^{1}} Vorl\"{a}ufiges\ Ergebnis.$

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $^{^2\,\}mathrm{Kreditmarktschulden}\,\mathrm{im}\,\mathrm{weiteren}\,\mathrm{Sinne}\,\mathrm{zzgl.}\,\mathrm{Kassenkredite}$

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzun	g der Volkswirtscha	aftlichen Gesam	rechungen ²		Abgrenzung de	r Finanzstatisti
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt ³
		in Mrd. €		iı	n Relation zum BIP i	1 %	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9		
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,8	-54,7	10,9	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,7	-39,1	-1,6	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,9	-53,9	3,0	-3,0	-3,2	0,2	-70,5	-4,2
1994	-40,9	-42,9	2,0	-2,3	-2,4	0,1	-59,5	-3,3
1995	-59,1	-51,4	-7,7	-3,2	-2,8	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,5	-56,1	-6,4	-3,3	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-50,6	-52,1	1,5	-2,6	-2,7	0,1	-48,1	-2,5
1998	-42,7	-45,7	3,0	-2,2	-2,3	0,2	-28,8	-1,5
1999	-29,3	-34,6	5,3	-1,5	-1,7	0,3	-26,9	-1,3
2000	-23,7	-24,3	0,6	-1,2	-1,2	0,0	-34,0	-1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0		-
2001	-59,6	-55,8	-3,8	-2,8	-2,6	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-78,3	-71,5	-6,8	-3,7	-3,3	-0,3	-56,8	-2,7
2003	-87,3	-79,5	-7,7	-4,0	-3,7	-0,4	-67,9	-3,1
2004	-83,6	-82,2	-1,3	-3,8	-3,7	-0,1	-65,5	-3,0
2005	-74,3	-70,2	-4,1	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-37,1	-42,2	5,1	-1,6	-1,8	0,2	-40,5	-1,7
2007	6,3	-4,6	10,9	0,3	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	2,8	-6,0	8,8	0,1	-0,2	0,4	-10,4	-0,4
2009	-72,7	-59,3	-13,3	-3,0	-2,5	-0,6	-91,7	-3,8
2010 ⁴	-82,0	-86,9	4,8	-3,3	-3,5	0,2	-80,5	-3,2

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2009 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2010.

^{2010:} Vorläufiges Jahresergebnis; Stand: Mai 2011.

 $^{^3\,}Ohne\,Sozial versicherungen, ab\,1997\,ohne\,Krankenh\"{a}user.\,Bis\,2008\,Rechnungsergebniss, 2009\,bis\,2010\,Kassenergebnisse.$

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land						in % de	es BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,2	-1,2	-3,3	0,3	0,1	-3,0	-3,3	-2,0	-1,2
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,7	-0,3	-1,3	-5,9	-4,1	-3,7	-4,2
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	2,5	-2,8	-1,7	0,1	-0,6	-2,4
Griechenland	-	-	-14,0	-9,1	-3,7	-5,2	-6,4	-9,8	-15,4	-10,5	-9,5	-9,3
Spanien	-	-	-	-6,5	-1,1	1,0	1,9	-4,2	-11,1	-9,2	-6,3	-5,3
Frankreich	-0,1	-3,0	-2,4	-5,5	-1,5	-2,9	-2,7	-3,3	-7,5	-7,0	-5,8	-5,3
Irland	-	-10,7	-2,8	-2,1	4,7	1,6	0,1	-7,3	-14,3	-32,4	-10,5	-8,8
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,4	-2,0	-4,3	-1,5	-2,7	-5,4	-4,6	-4,0	-3,2
Zypern	-	-	-	-0,8	-2,3	-2,4	3,4	0,9	-6,0	-5,3	-5,1	-4,9
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	3,7	3,0	-0,9	-1,7	-1,0	-1,1
Malta	-	-	-	-4,2	-6,2	-2,9	-2,4	-4,5	-3,7	-3,6	-3,0	-3,0
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-0,3	0,2	0,6	-5,5	-5,4	-3,7	-2,3
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-1,7	-0,9	-0,9	-4,1	-4,6	-3,7	-3,3
Portugal	-6,9	-8,4	-6,1	-5,0	-3,2	-5,9	-3,1	-3,5	-10,1	-9,1	-5,9	-4,5
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-1,8	-2,1	-8,0	-7,9	-5,1	-4,6
Slowenien	-	-	-	-8,4	-3,7	-1,5	-0,1	-1,8	-6,0	-5,6	-5,8	-5,0
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,8	2,7	5,2	4,2	-2,6	-2,5	-1,0	-0,7
Euroraum	-	-	-	-5,0	-1,1	-2,5	-0,7	-2,0	-6,3	-6,0	-4,3	-3,5
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	1,1	1,7	-4,7	-3,2	-2,7	-1,6
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	4,8	3,2	-2,7	-2,7	-4,1	-3,2
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-0,3	-4,2	-9,7	-7,7	-4,5	-3,8
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-1,0	-3,3	-9,5	-7,1	-5,5	-4,8
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-1,9	-3,7	-7,3	-7,9	-5,8	-3,6
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-2,6	-5,7	-8,5	-6,4	-4,7	-3,6
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	3,6	2,2	-0,7	0,0	0,9	2,0
Tschechien	-	-	-	-13,4	-3,7	-3,6	-0,7	-2,7	-5,9	-4,7	-4,4	-4,1
Ungarn	-	-	-	-8,7	-3,0	-7,9	-5,0	-3,7	-4,5	-4,2	1,6	-3,3
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-2,7	-5,0	-11,4	-10,4	-8,6	-7,0
EU	-	-	-	5,2	-0,4	-2,5	-0,9	-2,4	-6,8	-6,4	-4,7	-3,8
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,6	-6,7	-2,4	-2,2	-8,7	-9,3	-9,7	-9,8
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-2,8	-6,2	-11,2	-11,2	-10,0	-8,6

 $^{^{1}\,\}mathrm{F\ddot{u}r}\,\mathrm{EU\text{-}Mitgliedstaaten}$ ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2011.

Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2011.

 $^{^{\}rm 2}$ Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land						in % de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	68,0	64,9	66,3	73,5	83,2	82,4	81,1
Belgien	74,1	115,2	125,7	130,4	107,9	92,1	84,2	89,6	96,2	96,8	97,0	97,5
Estland	-	-	-	9,0	5,1	4,6	3,7	4,6	7,2	6,6	6,1	6,9
Griechenland	22,3	47,9	71,0	97,0	103,4	100,3	105,4	110,7	127,1	142,8	157,7	166,1
Spanien	16,4	41,4	42,6	63,3	59,3	43,0	36,1	39,8	53,3	60,1	68,1	71,0
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,3	66,4	63,9	67,7	78,3	81,7	84,7	86,8
Irland	69,0	100,6	93,1	82,1	37,8	27,4	25,0	44,4	65,6	96,2	112,0	117,9
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	109,2	105,9	103,6	106,3	116,1	119,0	120,3	119,8
Zypern	-	-	-	40,6	48,7	69,1	58,3	48,3	58,0	60,8	62,3	64,3
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	6,7	13,6	14,6	18,4	17,2	19,0
Malta	-	-	-	35,3	55,9	69,6	62,0	61,5	67,6	68,0	68,0	67,9
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	45,3	58,2	60,8	62,7	63,9	64,0
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,3	66,5	63,9	60,7	63,8	69,6	72,3	73,8	75,4
Portugal	29,6	56,5	53,3	59,2	48,5	62,8	68,3	71,6	83,0	93,0	101,7	107,4
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	29,6	27,8	35,4	41,0	44,8	46,8
Slowenien	-	-	-	18,7	26,4	26,7	23,1	21,9	35,2	38,0	42,8	46,0
Finnland	11,3	16,0	14,1	56,6	43,8	41,7	35,2	34,1	43,8	48,4	50,6	52,2
Euroraum	33,4	50,3	56,5	72,1	69,1	70,0	66,2	69,9	79,3	85,4	87,7	88,5
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	17,2	13,7	14,6	16,2	18,0	18,6
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	27,5	34,5	41,8	43,6	45,3	47,1
Lettland	-	-	-	15,1	12,3	12,4	9,0	19,7	36,7	44,7	48,2	49,4
Litauen	-	-	-	11,5	23,7	18,4	16,9	15,6	29,5	38,2	40,7	43,6
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	45,0	47,1	50,9	55,0	55,4	55,1
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	12,6	13,4	23,6	30,8	33,7	34,8
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	40,2	38,8	42,8	39,8	36,5	33,4
Tschechien	-	-	-	14,6	18,5	29,7	29,0	30,0	35,3	38,5	41,3	42,9
Ungarn	-	-	-	85,4	54,9	61,8	66,1	72,3	78,4	80,2	75,2	72,7
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	51,2	41,0	42,5	44,5	54,4	69,6	80,0	84,2	87,9
EU	-	-	-	69,7	61,8	62,8	59,0	62,3	74,4	80,2	82,3	83,3
Japan	51,5	67,7	68,0	92,4	142,1	191,6	187,7	195,0	217,6	223,1	236,1	242,1
USA	42,4	56,1	64,3	71,6	55,1	61,9	62,4	71,5	84,7	92,0	98,3	102,4

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005 - EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2011; für USA und Japan alle Jahre. Stand: Mai 2011.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

l and		Steuern in % des BIP													
Land	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009				
Deutschland ^{2,3}	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,7	20,9	21,8	22,8	23,1	22,6				
Belgien	21,3	27,6	30,3	28,0	29,2	30,9	30,9	30,8	30,2	30,2	28,8				
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	49,7	48,6	48,0	47,2	47,2				
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,9	31,6	31,1	31,0	30,3				
Frankreich	22,4	21,0	24,3	23,5	24,5	28,4	27,7	27,7	27,4	27,1	25,5				
Griechenland	12,2	13,7	16,4	18,3	19,5	23,6	20,5	20,5	20,6	20,3	19,4				
Irland	23,3	24,8	29,5	28,2	27,8	27,1	25,8	27,2	26,2	23,7	22,3				
Italien	16,8	13,7	22,0	25,4	27,5	30,2	28,3	29,8	30,4	29,8	29,7				
Japan	14,2	14,8	18,9	21,3	17,8	17,5	17,3	17,7	18,0	17,3					
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,4	28,4	28,2	27,6	26,1				
Luxemburg	18,8	23,1	29,0	26,0	27,3	29,1	27,1	25,8	25,8	25,5	26,2				
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,4	25,1	25,3	24,6					
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,6	35,2	34,7	33,7	31,2				
Österreich	25,4	26,5	27,8	26,6	26,5	28,5	27,8	27,4	27,9	28,4	27,9				
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	20,7	21,8	22,8	22,9					
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,5	22,9	22,7	23,4	23,9	23,7					
Schweden	29,3	33,3	35,6	38,0	34,4	37,9	35,8	36,0	35,0	34,8	35,1				
Schweiz	14,9	18,6	19,7	19,7	20,2	22,7	22,2	22,5	22,2	22,4	23,2				
Slowakei	-	-	-	-	-	20,0	18,8	17,7	17,7	17,4	16,7				
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,2	23,7	24,6	25,2	21,1	18,6				
Tschechien	-	-	-	-	22,0	19,7	21,5	20,8	21,1	20,0	19,5				
Ungarn	-	-	-	-	26,6	27,2	25,7	25,2	26,7	27,1	26,8				
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,0	29,8	29,5	28,9	27,5				
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	20,5	21,3	21,4	19,5	17,5				

 $^{^{1}}$ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2009, Paris 2010.

Stand: Dezember 2010.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgaben quoten im internationalen Vergleich¹

Land				Steuerr	und Sozialat	ogaben in % d	es BIP			
Lanu	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	34,8	35,4	36,0	37,0	37,0
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,7	44,6	44,3	43,8	44,2	43,2
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	50,8	49,6	49,0	48,2	48,2
Finnland	31,6	35,8	43,7	45,7	47,2	43,9	43,8	43,0	43,1	43,1
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	43,9	44,0	43,5	43,2	41,9
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,0	31,8	31,7	32,3	32,6	29,4
Irland	28,5	31,0	33,1	32,5	31,3	30,4	31,8	30,9	28,8	27,8
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,2	40,8	42,3	43,4	43,3	43,5
Japan	19,6	25,1	29,0	26,8	27,0	27,4	28,0	28,3	28,1	
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,4	33,3	33,0	32,3	31,1
Luxemburg	23,5	35,6	35,7	37,1	39,1	37,6	35,6	35,7	35,5	37,5
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,6	38,4	39,1	38,7	39,1	
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	43,5	44,0	43,8	42,6	41,0
Österreich	33,8	38,9	39,7	41,4	43,2	42,4	41,9	42,1	42,7	42,8
Polen	-	-	-	36,2	32,8	33,0	34,0	34,8	34,3	
Portugal	17,8	22,2	26,9	32,1	32,8	33,7	34,4	35,2	35,2	
Schweden	37,9	46,5	52,2	47,5	51,4	48,9	48,3	47,4	46,3	46,4
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,2	29,3	28,9	29,1	30,3
Slowakei	-	-	-	-	34,1	31,5	29,4	29,4	29,3	29,3
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	35,7	36,6	37,3	33,3	30,7
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,5	37,0	37,3	36,0	34,8
Ungarn	-	-	-	41,3	38,5	37,4	37,2	39,7	40,2	39,1
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	34,0	36,4	35,7	36,5	36,2	35,7	34,3
USA	27,0	26,4	27,4	27,9	29,5	27,1	27,9	27,9	26,1	24,0

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2009, Paris 2010.

Stand: Dezember 2010.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

					Gesamtau	sgaben des	Staates in :	% des BIP				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland ¹	45,2	43,6	48,3	45,1	46,8	45,3	43,5	43,8	47,5	46,6	45,3	44,3
Belgien	58,5	52,3	52,2	49,1	52,0	48,6	48,4	50,1	54,0	53,0	53,1	53,6
Estland	-	-	41,3	36,1	33,6	33,6	34,4	39,9	45,1	40,0	39,8	40,4
Finnland	46,5	48,2	61,4	48,3	50,0	48,9	47,2	49,3	56,0	54,8	53,7	53,5
Frankreich	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,4	52,8	56,2	56,2	55,8	55,4
Griechenland	-	44,8	45,7	46,6	43,8	44,9	46,3	49,6	52,7	49,6	49,7	49,5
Irland	53,2	42,8	41,1	31,3	34,0	34,5	36,7	42,8	48,2	67,0	45,5	43,9
Italien	49,8	52,9	52,5	46,1	48,1	48,7	47,9	48,9	51,9	50,6	49,9	49,2
Luxemburg	-	37,7	39,7	37,6	41,5	38,6	36,2	36,9	42,2	41,2	40,3	40,1
Malta	-	-	39,7	41,0	44,6	44,3	42,6	43,5	43,2	42,3	42,7	42,4
Niederlande	57,3	54,9	51,9	44,2	44,8	45,5	45,2	46,0	51,4	51,3	50,2	49,4
Österreich	53,5	51,5	56,4	52,0	50,2	49,4	48,8	49,2	52,9	53,0	52,4	52,0
Portugal	37,5	38,5	41,5	41,1	45,8	44,5	44,3	44,6	49,8	50,7	47,7	46,9
Slowenien	-	-	52,6	46,7	45,3	44,6	42,5	44,1	49,0	49,0	49,1	48,1
Spanien	-	-	44,4	39,1	38,4	38,4	39,2	41,3	45,8	45,0	42,9	42,0
Zypern	-	-	33,1	36,6	42,9	42,6	41,2	41,7	45,8	46,6	46,1	45,9
Euroraum	-	-	50,5	46,2	47,3	46,6	46,0	46,9	50,8	50,4	49,1	48,5
Bulgarien	-	-	45,4	41,3	39,7	34,4	39,7	37,6	40,7	37,7	37,4	36,6
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	51,5	50,8	51,9	58,3	58,0	57,5	56,8
Lettland	-	31,6	38,6	37,3	35,6	38,1	35,8	38,8	44,2	42,9	41,4	40,4
Litauen	-	-	34,4	39,1	33,3	33,6	34,8	37,4	44,0	41,2	39,0	38,3
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	43,9	42,2	43,2	44,5	45,7	45,8	43,7
Rumänien	-	-	34,1	38,6	33,6	35,5	36,3	38,3	40,6	40,8	38,8	38,1
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	52,6	50,9	51,7	54,9	52,7	51,5	50,6
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	36,6	34,3	35,0	41,5	41,0	38,8	37,4
Tschechien	-	-	54,5	41,8	45,0	43,8	42,5	42,9	46,0	45,2	45,6	45,2
Ungarn	-	-	55,7	46,7	50,2	52,0	50,0	48,9	50,6	48,8	50,4	45,3
Vereinigtes Königreich	48,7	41,1	43,9	36,8	44,1	44,2	43,9	47,5	51,6	51,0	49,8	48,6
EU-27	-	-	50,2	44,8	46,8	46,3	45,6	46,9	50,8	50,3	49,1	48,3
USA	36,8	37,2	37,1	33,9	36,3	36,0	36,8	38,9	42,2	43,3	41,7	40,8
Japan	32,7	31,6	36,0	39,0	38,4	36,2	35,9	37,2	41,8	42,3	44,1	44,8

¹1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Stand: Mai 2011.

 $Quelle: EU-Kommission\ {\tt ``Statistischer\,Anhang\,der\,Europ\"{a} ischen\,Wirtschaft".}$

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011

		EU-Haush	nalt 2010 ¹			EU-Hau:	shalt 2011 ²	
	Verpflicht	ungen	Zahlun	gen	Verpflicht	tungen	Zahlu	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	64 249,4	45,4	47 714,1	38,8	64 501,2	45,5	53 328,2	42,1
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	-	-	500,0	0,4	47,7	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	59 498,8	42,1	58 135,6	47,3	58 659,2	41,4	56 409,3	44,6
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 687,5	1,2	1 411,0	1,1	1 821,9	1,3	1 460,2	1,2
4. Die EU als globaler Akteur	8 141,0	5,8	7 787,7	6,3	8 754,3	6,2	7 249,0	5,7
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	248,9	0,2	248,9	0,2	253,9	0,2	100,0	0,1
5. Verwaltung	7 908,0	5,6	7 907,5	6,4	8 081,7	5,7	8 080,4	6,4
Gesamtbetrag	141 484,8	100,0	122 955,9	100,0	141 818,3	100,0	126 574,8	100,0

¹ EU-Haushalt 2010 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-7/2010).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011

	Differen	zin%	Differen	z in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	0,4	11,8	251,7	5 614,1
davon Globalisier ungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	47,7
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	- 1,4	- 3,0	- 839,6	-1 726,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	8,0	3,5	134,3	49,2
4. Die EU als globaler Akteur	7,5	- 6,9	613,3	- 538,7
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	- 59,8	5,0	- 148,9
5. Verwaltung	2,2	2,2	173,7	172,9
Gesamtbetrag	0,2	2,9	333,5	3 618,9

² EU-Haushalt 2011 (neuer Haushaltsentwurf der EU-Kommission vom 26. November 2010).

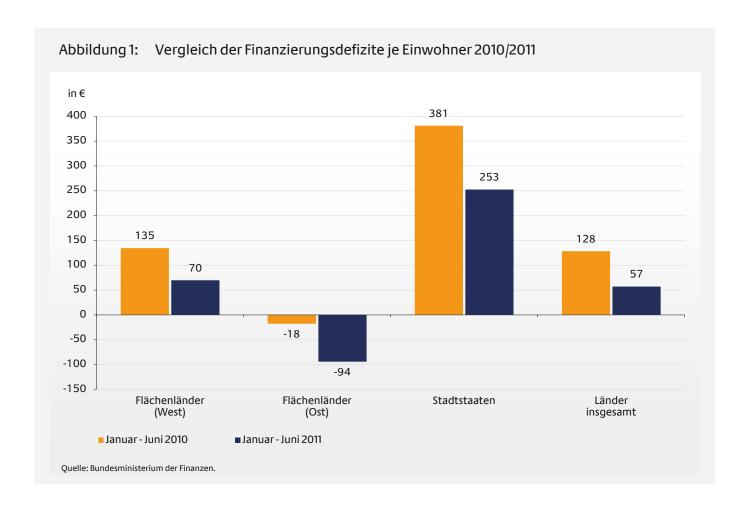
ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2011 im Vergleich zum Jahressoll 2011

	Flächenlän	der (West)	Flächenlän	der (Ost)	Stadtsta	aten	Länder zus	ammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	io.€			
Bereinigte Einnahmen	188 549	99 907	49 619	25 734	31 812	16 935	264 200	140 154
darunter:								
Steuereinnahmen	144 221	77 212	25 619	13 404	19 557	10 677	189397	101 293
Übrige Einnahmen	44 328	22 695	24000	12330	12 255	6 258	74803	38 861
Bereinigte Ausgaben	204 900	104 295	51 641	24 522	37 218	18 426	287 978	144 822
darunter:								
Personalausgaben	81 562	41 721	12 385	6185	10726	5 800	104673	53 706
Lfd. Sachaufwand	13 503	6 177	3 771	1 733	7 833	4270	25 106	12 179
Zinsausgaben	13 736	8 093	3 134	1 656	4 0 6 9	2 150	20 939	11 899
Sachinvestitionen	4078	1 478	1 708	581	820	304	6 606	2 3 6 2
Zahlungen an Verwaltungen	55 021	28 403	15 717	8 8 5 4	917	427	65 875	35 263
Übrige Ausgaben	37 000	18 424	14926	5514	12 854	5 476	64779	29 414
Finanzierungssaldo	-16 351	-4 388	-2 021	1 211	-5 396	-1 492	-23 769	-4 669

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE



ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juni 2011

						in Mio. €				
14-1			Mai 2010			April 2011			Mai 2011	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	122 389	129 078	244 220	102 355	111 646	206 838	127 980	140 154	259 710
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	119 806	122 557	242 363	100 700	104 649	205 349	126 430	132 169	258 59
111	Steuereinnahmen	104 934	93 261	198 195	91 898	80 895	172 793	116 269	101 293	217 56
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 259	23 484	24743	1 058	18 431	19 489	1 272	24343	25 61
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	1 200	1 200	-	609	609	-	1 331	1 33
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	2 583	6 522	9 105	1 655	6 997	8 652	1 550	7 985	9 53
121	Veräußerungserlöse	1 633	159	1 791	799	270	1 069	830	294	112
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1 330	59	1 389	663	76	739	663	76	73
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	236	4576	4812	303	4776	5 079	304	5 432	5 73
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	155 292	139 562	287 607	129 439	117 940	240 217	150 304	144 822	286 70
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	145 389	127 072	272 462	121 512	108 039	229 551	140 755	131 798	272 55
211	Personalausgaben	14 634	52 487	67 121	12384	45 103	57 487	14682	53 706	68 38
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	4 148	14985	19 133	3 497	12 901	16 399	4 190	15 401	19 59
212	Laufender Sachaufwand	8 625	11 798	20 423	6871	10 155	17 026	8 466	12 179	20 64
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	3 979	7 837	11 816	3 440	6 623	10 064	4 160	7 953	12 11
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	19 729	11 932	31 662	16 545	10 546	27 091	16891	11 899	28 79
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	6 472	27 204	33 676	6 033	22 161	28 194	7 420	30 122	3754
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-391	- 391	-	127	127	-	507	50
2142	Zuweisungen an Gemeinden	7	25 839	25 847	6	20 481	20 486	6	27 605	2761
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	9 903	12 490	22 393	7 927	9 901	17 828	9 549	13 024	22 57
221	Sachinvestitionen	2 394	2 273	4 6 6 7	1 699	1 899	3 598	2 264	2 3 6 2	4 62
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 844	4611	6 455	1 800	3 770	5 570	1 929	5 141	7 07
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	9 719	12 126	21 846	7 778	9 624	17 402	9 3 3 5	12 604	21 93

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juni 2011

		in Mio. €								
			Mai 2010			April 2011		Mai 2011		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesam
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 32 877 ²	-10 484	-43 360	-27 051 ²	-6 295	-33 345	-22 288 ²	-4 669	-26 95
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	154 704	38 381	193 085	141 376	31 520	172 896	166 256	38 727	204 98
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	117 440	44819	162 259	105 119	37 416	142 535	130 921	47 446	178 36
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	37 264	-6 438	30 826	36 257	-5 896	30361	35 335	-8 719	26 61
	Zum Ende des Monats bestehende									
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-17 880	5 801	-12 079	-27 581	3 5 1 6	-24064	-36 709	3 867	-32 84
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	15 290	15 290	-	16 164	16 164	-	18 069	18 06
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	17 881	-7 101	10 780	27 581	-4052	23 529	36 711	-3 232	33 47

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2011

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
ı	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	18 282	22 044	a 4 844	9 980	3 257	11 603	26 383	6 208	1 65
1	Einnahmen der laufenden Rechung	17 529	21 139	4399	9 583	2 968	11 035	25 064	5 947	1 62
111	Steuereinnahmen	13 425	17 431	2 658	7 989	1 627	8 503	20807	4618	1 16
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 006	1 898	1 495	1 033	1 152	1 365	2 984	958	39
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	82	-	76	28	101	64	2
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	179	-	163	129	224	95	4
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	753	905	a 444	397	289	568	1319	261	2
121	Veräußerungserlöse	0	1	14	11	4	66	5	0	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	1	0	-	-	65	-	-	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	555	681	140	379	156	440	919	163	1
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende	19 413	20 690	4 722	10 806	3 304	12 202	28 068	7 136	1 85
21	Haushaltsjahr Ausgaben der laufenden Rechnung	17 570	18 832	4 2 0 1	9 884	2914	11 465	25 153	6 443	1 75
211	Personalausgaben	8 144	9 265	1 191	3 871	813	4 698 2)	10 194 ²⁾	2913	75
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	2 608	2 690	89	1 260	51	1 482	3 428	876	28
212	Laufender Sachaufwand	852	1 411	267	749	201	831	1512	490	g
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	768	1 156	224	586	177	675	1 139	419	8
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 307	781	389	1 089	213	966	2 491	624	32
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	4714	5 308	1 547	2 644	1 062	3 024	6 295	1 498	21
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	726	1 771	-	964	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3 929	3 489	1 300	1 664	890	3 024	6 247	1 471	20
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 842	1 858	522	922	390	737	2 915	693	10
221	Sachinvestitionen	335	569	32	261	119	89	103	49	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	864	715	211	426	140	214	1 454	254	2
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 797	1 760	521	898	390	737	2 767	659	g

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2011

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-1 130	1 355 °	121	- 825	- 47	- 599	-1 685	- 928	- 204
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	4 059	2 394	1 622	2 437	630	2 524	8 892	5 034	304
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	4925	2 616	3 391	4 600	740	2 388	10 230	5 571	661
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-866	- 222	-1 769	-2 164	-110	136	-1 338	- 537	-357
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	660	517	-	-	373	82	234
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 075	5 469	28	1 244	879	2 687	1 036	2	422
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-2 014	-	-1 219	-1 745	105	1 861	1 108	- 82	- 143

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

² Ohne Juli-Bezüge.

 $^{^3}$ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 12,1 Mio. €, b 241,1 Mio. €, c -229,0 Mio. €, d 50,0 Mio. €.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2011

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
1	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	8 713	4 544	4 284	4 377	9 706	1 783	5 457	140 154
11	Einnahmen der laufenden Rechung	7 216	4312	4 073	3 978	9 250	1 737	5 275	132 169
111	Steuereinnahmen	4 3 4 5	2 460	3 271	2314	5 208	1 104	4365	101 293
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 482	1 616	526	1 430	3 150	452	403	24 343
1121	darunter: Allgemeine BEZ	180	102	15	95	484	82	-	1 33
1122	Länderfinanzausgleich ¹	349	222	39	206	1 087	225	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 497	233	211	399	s	46	182	7 98
121	Veräußerungserlöse	2	4	2	8	100	1	71	29
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1	3	0	-	2	1	-	7
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 200	149	129	165	203	42	96	5 43
_	Bereinigte Ausgaben ¹	7 200	4.055	4.655	4 262	10.030	2.164	F 224	144.03
2	für das laufende Haushaltsjahr	7 280	4 855	4 655	4 362	10 939	2 164	5 334	144 82
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	6 497	4 431	4 350	3 946	10 411	1 983	4929	131 79
211	Personalausgaben	1 872	1 163	1 883	1 146	3 469	703	1 629	53 70
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	100	82	658	72	902	234	583	15 40
212	Laufender Sachaufwand	442	491	240	332	2 422	363	1 485	12 17
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	334	174	204	195	1 112	163	546	7 95
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	184	463	514	408	1 417	243	490	11 89
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 583	1 445	1 142	1 357	133	78	42	30 12
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	10	50
2142	Zuweisungen an Gemeinden	1 954	1 192	1 079	1 156	3	2	4	27 60
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	783	424	305	416	528	181	405	13 02
221	Sachinvestitionen	247	75	65	108	117	25	162	236
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	212	164	145	135	60	74	51	5 14
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	783	424	304	416	489	180	384	12 60

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2011

					in Mi	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	1 433	- 311	- 371	15	-1 233	- 382	123	-4 669
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	460	2 559	1 852	1 538	5 033	553	-1 165	38 727
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	721	2 081	2 334	1 035	4818	1 335	-	47 446
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 261	478	- 481	503	215	-782	-1 165	-8 719
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	759	-	-	437	729	77	3 867
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 115	75	-	101	396	348	2 191	18 069
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	- 790	- 690	229	- 428	-712	1 288	-3 232

 $^{^1 \}operatorname{In} \operatorname{der} \operatorname{L\"{a}ndersumme} \operatorname{ohne} \operatorname{Zuweisungen} \operatorname{von} \operatorname{L\"{a}ndern} \operatorname{im} \operatorname{L\"{a}nderfinanzausgleich}.$

²Ohne Juli-Bezüge.

 $^{^3}$ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 12,1 Mio. \in , b 241,1 Mio. \in , c -229,0 Mio. \in , d 50,0 Mio. \in .

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoir	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	Veränderung in % p.a.		in%
1991	38,6		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,1	-1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	-1,3	50,0	3,1	7,5	-0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	-0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	-0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	-0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	-0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	-0,9	51,6	3,9	9,2	-0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	0,8	0,6	17,5
2005	38,8	-0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,4	2,7	3,1	18,2
2007	39,7	1,7	52,6	3,6	8,3	2,7	1,0	1,0	18,7
2008	40,3	1,4	52,8	3,1	7,2	1,0	-0,4	-0,2	19,0
2009	40,3	0,0	53,0	3,2	7,4	-4,7	-4,7	-2,2	17,6
2010	40,5	0,5	53,0	2,9	6,8	3,6	3,1	1,0	17,9
2005/00	39,0	-0,2	51,8	3,8	8,8	0,6	0,8	1,3	18,8
2010/05	39,8	0,8	52,7	3,6	8,4	1,1	0,3	0,5	18,1

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$

 $^{^3}$ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $^{^4\,{\}rm Anteil\,der\,Bruttoan lage investitionen\,am\,Bruttoin lands produkt\,(nominal)}.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)1	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p.a	a.		
1991							
1992	+7,3	+5,0	+3,2	+4,1	+4,1	+5,1	+6,3
1993	+2,9	+3,7	+2,0	+3,2	+3,4	+4,4	+3,8
1994	+5,1	+2,4	+1,0	+2,2	+2,5	+2,7	+0,2
1995	+3,8	+1,9	+1,5	+1,5	+1,3	+1,7	+2,1
1996	+1,5	+0,5	-0,7	+0,7	+1,0	+1,4	+0,4
1997	+2,1	+0,3	-2,2	+0,9	+1,4	+1,9	-0,9
1998	+2,6	+0,6	+1,6	+0,1	+0,5	+0,9	+0,1
1999	+2,4	+0,3	+0,5	+0,2	+0,3	+0,6	+0,5
2000	+2,5	-0,7	-4,8	+0,9	+0,9	+1,5	+0,7
2001	+2,5	+1,2	-0,1	+1,3	+1,7	+2,0	+0,6
2002	+1,4	+1,4	+2,1	+0,8	+1,1	+1,4	+0,6
2003	+1,0	+1,2	+1,0	+1,0	+1,5	+1,0	+0,8
2004	+2,2	+1,0	-0,3	+1,1	+1,4	+1,7	-0,5
2005	+1,4	+0,6	-1,4	+1,2	+1,4	+1,6	-0,8
2006	+3,8	+0,4	-1,4	+0,9	+1,1	+1,6	-1,7
2007	+4,6	+1,8	+0,5	+1,7	+1,9	+2,3	-0,2
2008	+2,0	+1,0	-1,2	+1,6	+1,8	+2,6	+2,4
2009	-3,4	+1,4	+4,0	+0,0	-0,0	+0,4	+5,7
2010	+4,2	+0,6	-2,2	+1,4	+1,9	+1,1	-1,3
2005/00	+1,7	+1,1	+0,2	+1,1	+1,4	+1,5	+0,1
2010/05	+2,2	+1,0	-0,1	+1,1	+1,3	+1,6	+0,9

 $^{^{1}} Ohne \, private \, Organisation en \, ohne \, Erwerbszweck.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mr	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-6,1	-23,1	25,8	26,2	-0,4	-1,5
1992	0,2	0,6	-7,5	-18,6	24,1	24,5	-0,5	-1,1
1993	-4,8	-6,4	-0,5	-17,8	22,3	22,3	0,0	-1,1
1994	8,9	8,1	2,6	-28,4	23,1	22,9	0,1	-1,6
1995	7,7	6,2	8,7	-24,0	24,0	23,5	0,5	-1,3
1996	5,5	3,7	16,9	-12,3	24,9	24,0	0,9	-0,7
1997	12,7	11,6	23,9	-8,6	27,5	26,2	1,2	-0,4
1998	7,0	6,8	26,8	-13,4	28,7	27,3	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,4	-24,0	29,4	28,5	0,9	-1,2
2000	16,4	18,7	7,2	-26,7	33,4	33,0	0,4	-1,3
2001	6,9	1,8	42,5	-0,9	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	-3,6	97,7	45,9	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,9	44,8	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	10,2	7,5	112,9	106,5	38,4	33,3	5,1	4,8
2005	8,5	8,9	118,9	116,8	41,1	35,8	5,3	5,2
2006	14,5	14,9	133,0	153,8	45,4	39,7	5,7	6,6
2007	8,1	5,0	172,8	186,5	46,9	39,8	7,1	7,7
2008	3,2	5,2	159,5	166,6	47,5	41,0	6,4	6,7
2009	-16,9	-15,5	118,5	119,7	40,8	35,9	4,9	5,0
2010	17,7	18,6	131,7	130,2	46,1	40,8	5,3	5,2
2005/00	6,0	3,3	77,5	47,7	36,5	33,0	3,6	2,1
2010/05	4,6	4,9	139,1	145,6	44,6	38,8	5,8	6,1

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohno	quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer)
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
Jahr	V	eränderung in % p.a	a.	in	1%	Veränderu	ng in % p.a.
1991				71,0	71,0		
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	-1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,2
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	-2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	-0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	-1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	-2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	-1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	-0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	-0,2
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	-0,8
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,6	1,0
2005	1,3	5,5	-0,6	66,7	68,3	0,3	-1,0
2006	5,0	11,5	1,7	64,6	66,2	1,0	-1,2
2007	3,3	4,3	2,7	64,3	65,8	1,6	-0,6
2008	1,8	-1,4	3,6	65,4	66,8	2,2	-0,4
2009	-4,2	-12,6	0,2	68,4	69,9	-0,2	-0,3
2010	6,2	14,1	2,6	66,1	67,4	2,3	1,8
2005/00	2,1	5,9	0,5	70,2	71,3	1,1	0,1
2010/05	2,4	2,7	2,2	65,9	67,4	1,4	-0,2

 $^{^1}$ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^{\}rm 2}$ Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung.

Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 14.04.2011.

Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 12.

- 1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren der Europäischen Union verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der EU für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar unter der Internetseite: http://circa.europa.eu/Public/irc/ecfin/ outgaps/library. Die Berechnungen zu den verwendeten Budgetsensitivitäten werden in der folgenden Veröffentlichung beschrieben: Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries, OECD Economics Department Working Papers 434".
- 2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die zwölfte koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigen und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre

- verlängert, um Glättungen mit dem HP-Filter vornehmen zu können.
- 3. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- Berechnungen zum Stand der Frühjahrsprojektion 2011 der Bundesregierung. Die Jahre 2011 und 2012 basieren auf der Kurzfristprojektion, die Jahre 2013 bis 2015 auf der Mittelfristprojektion und Potenzialschätzung der Bundesregierung.
- 5. Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren. Die **Produktionslücke** kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d.h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wider. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (beziehungsweise Output Gaps). Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Außer als Berechnungsgrundlage in der neuen Schuldenregel sind Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken auch notwendig,

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für den Fünfjahreszeitraum der mittelfristigen Finanzplanung durchgeführt werden. Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mit Hilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell

schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die **Budgetsensitivität** als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren. Sie ermittelt also die Auswirkungen der konjunkturellen Schwankungen auf den öffentlichen Haushalt. Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind in dem Monatsbericht Februar 2011 Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden (http:// www.bundesfinanzministerium. de/nn 123210/DE/BMF Startseite/ Aktuelles/Monatsbericht des BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03konjunkturkomponente-des-bundes/node.

html? nnn=true).

Tabelle 5: Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsensitivität ¹	Konjunkturkomponente ²
		in Mrd. € (nominal)			in Mrd. € (nominal)
2010	2 548,4	2 498,8	-49,6	0,248	-12,3
2011	2 610,9	2 587,0	-23,9	0,160	-3,8
2012	2 694,6	2 677,1	-17,4	0,160	-2,8
2013	2 771,4	2 757,6	-13,9	0,160	-2,2
2014	2 848,5	2 840,4	-8,1	0,160	-1,3
2015	2 925,8	2 925,8	0,0	0,160	0,0

¹ Die Budgetsensitivität des Bundes war im Jahr 2010 höher als sie in den Folgejahren ist, da der Bund im Jahr 2010 einmalig einen Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit zahlte und damit die konjunkturellen Effekte hinsichtlich der Einnahmen und der Ausgaben der Arbeitslosenversicherung zu tragen hatte.

² Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Für das vergangene und das laufende Jahr entspricht sie nicht dem gemäß der Schuldenregel relevanten Wert. Die hierfür maßgeblichen Werte sind dem Finanzplan des Bundes 2010 bis 2014 bzw. dem Bundeshaushalt 2011 zu entnehmen.

Tabelle 6: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial		Produktionslücken					
	preisbe	ereinigt	nom	ninal	preisber	einigt	nom	inal		
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd.€	in % des pot. BIP		
1982	1 355,9	+2,0	948,9	+6,7	-23,6	-1,7	-16,5			
1983	1 383,7	+2,0	995,5	+4,9	-30,4	-2,2	-21,8			
1984	1 411,6	+2,0	1 035,8	+4,0	-20,1	-1,4	-14,7			
1985	1 438,7	+1,9	1 078,1	+4,1	-14,8	-1,0	-11,1			
1986	1 468,9	+2,1	1 133,7	+5,2	-12,4	-0,8	-9,6			
1987	1 501,0	+2,2	1 173,3	+3,5	-24,0	-1,6	-18,8			
1988	1 539,1	+2,5	1 223,5	+4,3	-7,4	-0,5	-5,9			
1989	1 584,5	+2,9	1 295,8	+5,9	6,8	0,4	5,6			
1990	1 642,7	+3,7	1 389,0	+7,2	32,3	2,0	27,3			
1991	1 695,5	+3,2	1 477,9	+6,4	65,1	3,8	56,7	3,8		
1992	1 746,1	+3,0	1 597,5	+8,1	53,7	3,1	49,1	3,1		
1993	1 790,2	+2,5	1 699,0	+6,4	-4,9	-0,3	-4,7	-0,3		
1994	1 826,9	+2,1	1 775,1	+4,5	5,8	0,3	5,6	0,3		
1995	1 861,5	+1,9	1 842,6	+3,8	5,9	0,3	5,8	0,3		
1996	1 894,7	+1,8	1 884,9	+2,3	-8,8	-0,5	-8,7	-0,5		
1997	1 926,9	+1,7	1 922,4	+2,0	-6,9	-0,4	-6,9	-0,4		
1998	1 959,1	+1,7	1 965,5	+2,2	-0,1	0,0	-0,1	0,0		
1999	1 992,6	+1,7	2 006,2	+2,1	5,8	0,3	5,8	0,3		
2000	2 026,9	+1,7	2 026,9	+1,0	35,6	1,8	35,6	1,8		
2001	2 060,6	+1,7	2 085,4	+2,9	27,5	1,3	27,8	1,3		
2002	2 091,3	+1,5	2 146,5	+2,9	-3,2	-0,2	-3,3	-0,2		
2003	2 118,4	+1,3	2 200,0	+2,5	-34,9	-1,6	-36,2	-1,6		
2004	2 143,3	+1,2	2 247,2	+2,1	-34,6	-1,6	-36,3	-1,6		
2005	2 166,1	+1,1	2 286,0	+1,7	-41,5	-1,9	-43,8	-1,9		
2006	2 190,4	+1,1	2 320,5	+1,5	5,7	0,3	6,0	0,3		
2007	2 218,4	+1,3	2 393,5	+3,1	36,1	1,6	38,9	1,6		
2008	2 248,0	+1,3	2 449,8	+2,4	28,8	1,3	31,4	1,3		
2009	2 267,8	+0,9	2 505,9	+2,3	-98,4	-4,3	-108,8	-4,3		
2010	2 292,8	+1,1	2 548,4	+1,7	-44,6	-1,9	-49,6	-1,9		
2011	2 327,1	+1,5	2 610,9	+2,5	-21,3	-0,9	-23,9	-0,9		
2012	2 362,8	+1,5	2 694,6	+3,2	-15,3	-0,6	-17,4	-0,6		
2013	2 397,6	+1,5	2 771,4	+2,9	-12,0	-0,5	-13,9	-0,5		
2014	2 431,1	+1,4	2 848,5	+2,8	-6,9	-0,3	-8,1	-0,3		
2015	2 463,5	+1,3	2 925,8	+2,7	0,0	0,0	0,0	0,0		

Tabelle 7: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1982	+2,0	1,3	0,1	0,6
1983	+2,0	1,4	0,0	0,6
1984	+2,0	1,5	-0,1	0,6
1985	+1,9	1,6	-0,2	0,6
1986	+2,1	1,6	-0,1	0,6
1987	+2,2	1,7	-0,1	0,6
1988	+2,5	1,8	0,1	0,6
1989	+2,9	1,9	0,3	0,7
1990	+3,7	2,0	0,8	0,8
1991	+3,2	2,0	0,3	0,9
1992	+3,0	1,9	0,0	1,1
1993	+2,5	1,7	-0,1	0,9
1994	+2,1	1,6	-0,4	0,8
1995	+1,9	1,4	-0,3	0,8
1996	+1,8	1,3	-0,3	0,7
1997	+1,7	1,3	-0,3	0,7
1998	+1,7	1,2	-0,2	0,7
1999	+1,7	1,3	-0,2	0,7
2000	+1,7	1,3	-0,3	0,7
2001	+1,7	1,2	-0,2	0,6
2002	+1,5	1,1	-0,1	0,4
2003	+1,3	1,0	0,0	0,3
2004	+1,2	0,9	0,0	0,3
2005	+1,1	0,8	0,0	0,3
2006	+1,1	0,7	0,0	0,4
2007	+1,3	0,6	0,2	0,5
2008	+1,3	0,5	0,3	0,6
2009	+0,9	0,3	0,1	0,5
2010	+1,1	0,5	0,3	0,4
2011	+1,5	0,5	0,5	0,5
2012	+1,5	0,6	0,4	0,5
2013	+1,5	0,7	0,2	0,5
2014	+1,4	0,8	0,0	0,5
2015	+1,3	0,9	-0,1	0,6

 $^{^{1}} Abweichungen \, des \, ausgewiesen en \, Potenzial wachstums \, von \, der \, Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungsbedingt.$

Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisbere	inigt ¹	nomin	al	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	
1982	1 332,4	-0,4	932,4	+4,2	
1983	1 353,3	+1,6	973,6	+4,4	
1984	1 391,5	+2,8	1 021,0	+4,9	
1985	1 423,9	+2,3	1 067,0	+4,5	
1986	1 456,5	+2,3	1 124,2	+5,4	
1987	1 476,9	+1,4	1 154,5	+2,7	
1988	1 531,7	+3,7	1 217,5	+5,5	
1989	1 591,4	+3,9	1 301,4	+6,9	
1990	1 675,0	+5,3	1 416,3	+8,8	
1991	1 760,6	+5,1	1 534,6	+8,4	
1992	1 799,7	+2,2	1 646,6	+7,3	
1993	1 785,3	-0,8	1 694,4	+2,9	
1994	1 832,7	+2,7	1 780,8	+5,1	
1995	1 867,4	+1,9	1 848,5	+3,8	
1996	1 886,0	+1,0	1 876,2	+1,5	
1997	1 920,0	+1,8	1 915,6	+2,1	
1998	1 959,0	+2,0	1 965,4	+2,6	
1999	1 998,4	+2,0	2 012,0	+2,4	
2000	2 062,5	+3,2	2 062,5	+2,5	
2001	2 088,1	+1,2	2 113,2	+2,5	
2002	2 088,1	+0,0	2 143,2	+1,4	
2003	2 083,5	-0,2	2 163,8	+1,0	
2004	2 108,7	+1,2	2 210,9	+2,2	
2005	2 124,6	+0,8	2 242,2	+1,4	
2006	2 196,2	+3,4	2 326,5	+3,8	
2007	2 254,5	+2,7	2 432,4	+4,6	
2008	2 276,8	+1,0	2 481,2	+2,0	
2009	2 169,3	-4,7	2 397,1	-3,4	
2010	2 248,1	+3,6	2 498,8	+4,2	
2011	2 305,8	+2,6	2 587,0	+3,5	
2012	2 347,5	+1,8	2 677,1	+3,5	
2013	2 385,6	+1,6	2 757,6	+3,0	
2014	2 424,2	+1,6	2 840,4	+3,0	
2015	2 463,5	+1,6	2 925,8	+3,0	

 $^{^{1}} Verkettete \ Volumen ang aben, berechnet \ auf \ Basis \ der \ vom \ Statistischen \ Bundesamt \ veröffentlichten \ Indexwerte \ (2000=100).$

Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten			
Jahr	Erwerbsb	evölkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstätige, Inland		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahı	
982	52 069	+1,3	68,6	68,6	33 655	-0,8	
983	52 587	+1,0	68,9	68,3	33 348	-0,9	
984	52 916	+0,6	69,3	68,7	33 636	+0,9	
985	53 021	+0,2	69,9	69,7	34 108	+1,4	
1986	53 093	+0,1	70,6	70,6	34763	+1,9	
987	53 128	+0,1	71,3	71,4	35 248	+1,4	
1988	53 294	+0,3	71,9	72,2	35 750	+1,4	
1989	53 664	+0,7	72,5	72,6	36 421	+1,9	
1990	54 518	+1,6	72,9	73,2	37 568	+3,2	
1991	55 023	+0,9	73,2	74,1	38 621	+2,8	
1992	55 349	+0,6	73,3	73,3	38 059	-1,5	
1993	55 613	+0,5	73,4	73,0	37 555	-1,3	
1994	55 686	+0,1	73,4	73,3	37 516	-0,1	
1995	55 775	+0,2	73,5	73,2	37 601	+0,2	
1996	55 907	+0,2	73,6	73,3	37 498	-0,3	
1997	55 980	+0,1	73,9	73,7	37 463	-0,1	
1998	55 991	+0,0	74,4	74,4	37 91 1	+1,2	
1999	55 952	-0,1	74,9	74,8	38 424	+1,4	
2000	55 852	-0,2	75,4	75,7	39 144	+1,9	
2001	55 772	-0,1	76,0	76,2	39316	+0,4	
2002	55 719	-0,1	76,6	76,5	39 096	-0,6	
2003	55 596	-0,2	77,2	76,7	38 726	-0,9	
2004	55 359	-0,4	77,8	77,7	38 880	+0,4	
2005	55 063	-0,5	78,4	78,8	38 835	-0,1	
2006	54 746	-0,6	79,0	79,1	39 075	+0,6	
2007	54 523	-0,4	79,5	79,5	39 724	+1,7	
2008	54 377	-0,3	79,9	79,8	40 276	+1,4	
2009	54 080	-0,5	80,2	80,4	40 271	-0,0	
2010	53 861	-0,4	80,5	80,6	40 483	+0,5	
2011	53 832	-0,1	80,7	80,7	40 873	+1,0	
2012	53 750	-0,2	80,9	80,8	41 113	+0,6	
2013	53 603	-0,3	81,1	81,0	41 142	+0,1	
2014	53 391	-0,4	81,3	81,2	41 172	+0,1	
2015	53 128	-0,5	81,4	81,6	41 201	+0,1	
2016	52 838	-0,5	81,6	81,6	41 013	-0,5	
2017	52 521	-0,6	81,7	81,7	40 868	-0,4	
2018	52 185	-0,6	81,9	81,8	40 700	-0,4	

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	A	Arbeitszeit je Erwerbstät	Arbeitslosigkeit			
Jahr		end		w. prognostiziert	in % der Erwerbspersonen²	NAIRU ³
1000	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	5 0	
1982	1707	-0,9	1706	-0,6	5,8	5,1
1983	1 692	-0,9	1 694	-0,8	7,2	5,5
1984	1 675	-1,0	1 682	-0,7	7,5	5,9
1985	1 658	-1,0	1 659	-1,4	7,7	6,2
1986	1 640	-1,1	1 640	-1,1	7,2	6,4
1987	1 623	-1,1	1 618	-1,3	7,1	6,6
1988	1 606	-1,0	1 613	-0,3	7,1	6,7
1989	1 590	-1,0	1 590	-1,4	6,5	6,8
1990	1 576	-0,9	1 567	-1,4	5,8	6,9
1991	1 565	-0,7	1 548	-1,2	5,3	6,9
1992	1 556	-0,6	1 566	+1,2	6,2	7,1
1993	1 548	-0,5	1 550	-1,0	7,5	7,2
1994	1 540	-0,5	1 547	-0,2	8,1	7,4
1995	1 531	-0,6	1 534	-0,9	7,9	7,5
1996	1 521	-0,7	1 518	-1,0	8,5	7,8
1997	1 510	-0,7	1 509	-0,6	9,2	8,0
1998	1 498	-0,8	1 503	-0,4	9,0	8,2
1999	1 486	-0,8	1 492	-0,8	8,1	8,3
2000	1 474	-0,8	1 473	-1,3	7,4	8,5
2001	1 462	-0,8	1 458	-1,0	7,5	8,6
2002	1 452	-0,7	1 445	-0,9	8,3	8,7
2003	1 444	-0,6	1 439	-0,4	9,2	8,7
2004	1 438	-0,4	1 442	+0,2	9,7	8,7
2005	1 432	-0,4	1 434	-0,5	10,5	8,6
2006	1 428	-0,3	1 430	-0,3	9,8	8,4
2007	1 424	-0,3	1 430	+0,0	8,3	8,1
2008	1 420	-0,2	1 426	-0,2	7,2	7,7
2009	1 418	-0,2	1 390	-2,5	7,4	7,3
2010	1 418	-0,0	1 419	+2,1	6,7	6,9
2011	1 418	+0,0	1 426	+0,5	5,9	6,4
2012	1 418	-0,0	1 425	-0,1	5,3	5,9
2013	1 416	-0,1	1 419	-0,4	5,2	5,4
2014	1 413	-0,2	1 414	-0,4	5,1	5,0
2015	1 408	-0,3	1 408	-0,4	5,0	4,5
2016	1 403	-0,4	1 402	-0,4	2,2	.,,5
2017	1 397	-0,4	1 395	-0,4		
2018	1391	-0,4	1 389	-0,4		

 $^{^112.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1.$

 $^{{}^2\,} Erwerbs lose nquote \, nach \, Definition \, der \, International \, Labour \, Organization \, (ILO).$

 $^{^{\}rm 3}\,{\rm NAIRU}$ - Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment.

Tabelle 10: Kapital stock und Investitionen

	Nettoanlag	evermögen	Bruttoanlage	Abschreibungsquote	
	preisbe	ereinigt	preisbe	ereinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1982	4 421,0	+1,8	268,8	-4,6	4,4
1983	4502,9	+1,9	276,8	+3,0	4,4
1984	4 580,1	+1,7	277,2	+0,1	4,4
1985	4 654,0	+1,6	279,1	+0,7	4,5
1986	4731,6	+1,7	288,0	+3,2	4,5
1987	4810,4	+1,7	294,0	+2,1	4,5
1988	4897,0	+1,8	308,8	+5,0	4,6
1989	4 997,6	+2,1	331,2	+7,2	4,7
1990	5 115,0	+2,4	357,7	+8,0	4,8
1991	5 240,6	+2,5	376,7	+5,3	4,9
1992	5 400,6	+3,1	394,2	+4,6	4,5
1993	5 546,9	+2,7	377,1	-4,3	4,3
1994	5 680,0	+2,4	393,3	+4,3	4,7
1995	5 8 1 0, 7	+2,3	392,5	-0,2	4,6
1996	5 931,5	+2,1	390,5	-0,5	4,6
1997	6 046,4	+1,9	394,4	+1,0	4,7
1998	6 162,6	+1,9	410,0	+4,0	4,9
1999	6 285,2	+2,0	429,5	+4,7	5,0
2000	6 413,5	+2,0	442,4	+3,0	5,0
2001	6 530,4	+1,8	426,3	-3,6	4,8
2002	6 614,7	+1,3	400,4	-6,1	4,8
2003	6 679,8	+1,0	399,2	-0,3	5,0
2004	6 741,6	+0,9	398,0	-0,3	5,0
2005	6 800,2	+0,9	401,4	+0,9	5,1
2006	6 877,1	+1,1	433,4	+8,0	5,2
2007	6 984,0	+1,6	453,7	+4,7	5,0
2008	7 106,8	+1,8	465,2	+2,5	4,9
2009	7 202,2	+1,3	418,2	-10,1	4,5
2010	7 277,7	+1,0	443,4	+6,0	5,1
2011	7 373,4	+1,3	467,6	+5,5	5,1
2012	7 485,3	+1,5	488,7	+4,5	5,1
2013	7 601,1	+1,5	498,3	+1,9	5,1
2014	7 720,7	+1,6	508,0	+1,9	5,1
2015	7 844,0	+1,6	517,9	+1,9	5,1

Tabelle 11: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1982	-7,3562	-7,3440
1983	-7,3361	-7,3299
1984	-7,3154	-7,3150
1985	-7,2981	-7,2994
1986	-7,2862	-7,2832
1987	-7,2783	-7,2662
1988	-7,2552	-7,2478
1989	-7,2267	-7,2286
1990	-7,1944	-7,2086
1991	-7,1632	-7,1888
1992	-7,1497	-7,1702
1993	-7,1517	-7,1534
1994	-7,1320	-7,1378
1995	-7,1169	-7,1237
1996	-7,1057	-7,1105
1997	-7,0900	-7,0977
1998	-7,0820	-7,0853
1999	-7,0727	-7,0728
2000	-7,0520	-7,0601
2001	-7,0424	-7,0479
2002	-7,0374	-7,0368
2003	-7,0339	-7,0271
2004	-7,0289	-7,0186
2005	-7,0203	-7,0110
2006	-6,9931	-7,0040
2007	-6,9829	-6,9983
2008	-6,9867	-6,9938
2009	-7,0230	-6,9905
2010	-7,0076	-6,9859
2011	-6,9964	-6,9807
2012	-6,9870	-6,9744
2013	-6,9742	-6,9672
2014	-6,9615	-6,9593
2015	-6,9488	-6,9507

Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmerentgelte, Inland		
	2000=100	in % ggü. Vorjahr	2000=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	
1982	70,0	+4,6	72,2	+5,0	540,1	+3,1	
1983	71,9	+2,8	74,5	+3,2	552,1	+2,2	
1984	73,4	+2,0	76,4	+2,5	573,7	+3,9	
1985	74,9	+2,1	77,5	+1,5	596,7	+4,0	
1986	77,2	+3,0	76,7	-1,1	628,4	+5,3	
1987	78,2	+1,3	76,6	-0,1	656,9	+4,5	
1988	79,5	+1,7	78,1	+1,8	684,6	+4,2	
1989	81,8	+2,9	81,1	+3,9	716,2	+4,6	
1990	84,6	+3,4	83,5	+3,0	774,9	+8,2	
1991	87,2	+3,1	85,9	+2,9	845,0	+9,0	
1992	91,5	+5,0	89,5	+4,1	916,1	+8,4	
1993	94,9	+3,7	92,5	+3,4	938,2	+2,4	
1994	97,2	+2,4	94,8	+2,5	961,7	+2,5	
1995	99,0	+1,9	96,0	+1,3	997,8	+3,8	
1996	99,5	+0,5	97,0	+1,0	1 007,6	+1,0	
1997	99,8	+0,3	98,3	+1,4	1 012,0	+0,4	
1998	100,3	+0,6	98,8	+0,5	1 033,6	+2,1	
1999	100,7	+0,4	99,1	+0,3	1 060,9	+2,6	
2000	100,0	-0,7	100,0	+0,9	1 101,7	+3,8	
2001	101,2	+1,2	101,8	+1,8	1 122,2	+1,9	
2002	102,6	+1,4	103,0	+1,2	1 129,6	+0,7	
2003	103,9	+1,2	104,6	+1,5	1 133,2	+0,3	
2004	104,8	+1,0	106,0	+1,3	1 137,8	+0,4	
2005	105,5	+0,7	107,4	+1,4	1 130,8	-0,6	
2006	105,9	+0,4	108,6	+1,1	1 149,8	+1,7	
2007	107,9	+1,8	110,5	+1,8	1 180,4	+2,7	
2008	109,0	+1,0	112,4	+1,7	1 222,5	+3,6	
2009	110,5	+1,4	112,5	+0,1	1 225,8	+0,3	
2010	111,2	+0,6	114,7	+2,0	1 260,0	+2,8	
2011	112,2	+0,9	117,1	+2,1	1 297,7	+3,0	
2012	114,0	+1,6	119,2	+1,8	1 338,9	+3,2	
2013	115,6	+1,4	121,1	+1,6	1 370,4	+2,4	
2014	117,2	+1,4	123,0	+1,6	1 402,6	+2,4	
2015	118,8	+1,4	124,9	+1,6	1 435,6	+2,4	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

land					jährliche\	/eränderun	gen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	+2,3	+5,3	+1,9	+3,2	+0,8	+2,7	+1,0	-4,7	+3,6	+2,6	+1,9
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,7	+2,9	+1,0	-2,8	+2,2	+2,4	+2,2
Estland	-	-	+4,5	+10,0	+9,4	+6,9	-5,1	-13,9	+3,1	+4,9	+4,0
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	+4,3	+1,0	-2,0	-4,5	-3,5	+1,1
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	+3,6	+0,9	-3,7	-0,1	+0,8	+1,5
Frankreich	+1,7	+2,6	+2,1	+3,9	+1,9	+2,4	+0,2	-2,6	+1,6	+1,8	+2,0
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+9,7	+6,0	+5,6	-3,5	-7,6	-1,0	+0,6	+1,9
Italien	+2,8	+2,1	+2,8	+3,7	+0,7	+1,5	-1,3	-5,2	+1,3	+1,0	+1,3
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	+5,1	+3,6	-1,7	+1,0	+1,5	+2,4
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,4	+6,6	+1,4	-3,6	+3,5	+3,4	+3,8
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+4,7	+4,4	+5,3	-3,4	+3,7	+2,0	+2,2
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	+3,9	+1,9	-3,9	+1,8	+1,9	+1,7
Österreich	+2,5	+4,2	+2,5	+3,7	+2,5	+3,7	+2,2	-3,9	+2,0	+2,4	+2,0
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	+2,4	+0,0	-2,5	+1,3	-2,2	-1,8
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	+10,5	+5,8	-4,8	+4,0	+3,5	+4,4
Slowenien	-	-	+4,1	+4,4	+4,5	+6,9	+3,7	-8,1	+1,2	+1,9	+2,5
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	+5,3	+0,9	-8,2	+3,1	+3,7	+2,6
Euroraum	+2,3	+3,5	+2,4	+3,9	+1,7	+2,9	+0,4	-4,1	+1,8	+1,6	+1,8
Bulgarien	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+6,4	+6,2	-5,5	+0,2	+2,8	+3,7
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	+1,6	-1,1	-5,2	+2,1	+1,7	+1,5
Lettland	-	-	-0,9	+6,9	+10,6	+10,0	-4,2	-18,0	-0,3	+3,3	+4,0
Litauen	-	-	+3,3	+3,3	+7,8	+9,8	+2,9	-14,7	+1,3	+5,0	+4,7
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+6,8	+5,1	+1,7	+3,8	+4,0	+3,7
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	+6,3	+7,3	-7,1	-1,3	+1,5	+3,7
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	+3,3	-0,6	-5,3	+5,5	+4,2	+2,5
Tschechien	-	-	+5,9	+3,6	+6,3	+6,1	+2,5	-4,1	+2,3	+2,0	+2,9
Ungarn	-	-	+1,5	+4,9	+3,2	+0,8	+0,8	-6,7	+1,2	+2,7	+2,6
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+3,9	+2,2	+2,7	-0,1	-4,9	+1,3	+1,7	+2,1
EU	+2,5	+3,0	+2,6	+3,9	+2,0	+3,0	+0,5	-4,2	+1,8	+1,8	+1,9
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,9	+1,9	+2,4	-1,2	-6,3	+3,9	+0,5	+1,6
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	+1,9	+0,0	-2,7	+2,9	+2,6	+2,7

Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2011. Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

land			jährlich	ie Veränderunger	nin%		
Land	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	+1,8	+2,3	+2,8	+0,2	+1,2	+2,6	+2,0
Belgien	+2,3	+1,8	+4,5	+0,0	+2,3	+3,6	+2,2
Estland	+4,4	+6,7	+10,6	+0,2	+2,7	+4,7	+2,8
Griechenland	+3,3	+3,0	+4,2	+1,3	+4,7	+2,4	+0,5
Spanien	+3,6	+2,8	+4,1	-0,2	+2,0	+3,0	+1,4
Frankreich	+1,9	+1,6	+3,2	+0,1	+1,7	+2,2	+1,7
Irland	+2,7	+2,9	+3,1	-1,7	-1,6	+1,0	+0,7
Italien	+2,2	+2,0	+3,5	+0,8	+1,6	+2,6	+1,9
Zypern	+2,2	+2,2	+4,4	+0,2	+2,6	+3,4	+2,3
Luxemburg	+3,0	+2,7	+4,1	+0,0	+2,8	+3,5	+2,3
Malta	+2,6	+0,7	+4,7	+1,8	+2,0	+2,7	+2,2
Niederlande	+1,7	+1,6	+2,2	+1,0	+0,9	+2,2	+2,1
Österreich	+1,7	+2,2	+3,2	+0,4	+1,7	+2,9	+2,1
Portugal	+3,0	+2,4	+2,7	-0,9	+1,4	+3,4	+2,0
Slowakei	+4,3	+1,9	+3,9	+0,9	+0,7	+3,6	+2,9
Slowenien	+2,5	+3,8	+5,5	+0,9	+2,1	+2,6	+2,1
Finnland	+1,3	+1,6	+3,9	+1,6	+1,7	+3,6	+2,2
Euroraum	+2,2	+2,1	+3,3	+0,3	+1,6	+2,6	+1,8
Bulgarien	+7,4	+7,6	+12,0	+2,5	+3,0	+4,3	+3,4
Dänemark	+1,9	+1,7	+3,6	+1,1	+2,2	+2,5	+1,8
Lettland	+6,6	+10,1	+15,3	+3,3	-1,2	+3,4	+2,0
Litauen	+3,8	+5,8	+11,1	+4,2	+1,2	+3,2	+2,4
Polen	+1,3	+2,6	+4,2	+4,0	+2,7	+3,8	+3,2
Rumänien	+6,6	+4,9	+7,9	+5,6	+6,1	+6,7	+4,0
Schweden	+1,5	+1,7	+3,3	+1,9	+1,9	+1,7	+1,6
Tschechien	+2,1	+3,0	+6,3	+0,6	+1,2	+2,3	+2,5
Ungarn	+4,0	+7,9	+6,0	+4,0	+4,7	+4,0	+3,5
Vereinigtes Königreich	+2,3	+2,3	+3,6	+2,2	+3,3	+4,1	+2,4
EU	+2,3	+2,4	+3,7	+1,0	+2,1	+3,0	+2,0
Japan	+0,3	+0,0	+1,4	-1,4	-0,7	+0,2	+0,3
USA	+3,2	+2,8	+3,8	-0,4	+1,6	+2,5	+1,5

Quelle:

EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Local				ir	n% der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	11,2	8,7	7,5	7,8	7,1	6,4	6,0
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,5	7,0	7,9	8,3	7,9	7,8
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	4,7	5,5	13,8	16,9	13,0	11,5
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	8,3	7,7	9,5	12,6	15,2	15,3
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	8,3	11,3	18,0	20,1	20,6	20,2
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	8,4	7,8	9,5	9,7	9,5	9,2
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	4,6	6,3	11,9	13,7	14,6	14,0
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	7,7	6,1	6,7	7,8	8,4	8,4	8,2
Zypern	-	-	2,6	4,9	5,3	4,0	3,6	5,3	6,5	6,3	5,6
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,2	4,9	5,1	4,5	4,4	4,2
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,2	6,4	5,9	7,0	6,8	6,8	6,7
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,6	3,1	3,7	4,5	4,2	4,0
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,4	3,8	4,8	4,4	4,3	4,2
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	7,7	8,1	7,7	9,6	11,0	12,3	13,0
Slowakei	-	-	13,2	18,8	16,3	11,1	9,5	12,0	14,4	14,0	13,3
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	4,9	4,4	5,9	7,3	8,2	8,0
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	6,9	6,4	8,2	8,4	7,9	7,4
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,5	9,1	7,6	7,6	9,6	10,1	10,0	9,7
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	6,9	5,6	6,8	10,2	9,4	8,5
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,8	3,3	6,0	7,4	7,1	6,7
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	6,0	7,5	17,1	18,7	17,2	15,8
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	4,3	5,8	13,7	17,8	15,5	12,7
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	9,6	7,1	8,2	9,6	9,3	8,8
Rumänien	-	-	6,0	7,3	7,2	6,4	5,8	6,9	7,3	7,2	6,8
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	6,1	6,2	8,3	8,4	7,6	7,2
Tschechien	-	-	3,9	8,7	7,9	5,3	4,4	6,7	7,3	6,8	6,4
Ungarn	-	-	9,9	6,4	7,2	7,4	7,8	10,0	11,2	11,0	9,3
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,3	5,6	7,6	7,8	8,0	7,8
EU	9,4	7,2	10,4	8,7	9,0	7,2	7,1	9,0	9,6	9,5	9,1
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	3,9	4,0	5,1	5,1	4,9	4,8
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	4,6	5,8	9,3	9,6	8,7	8,1

Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2011. Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoii	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise		Leistungsbilanz			
			Verände	rung gege	nüber Vor	jahr in %			in % des nominalen Bruttoinlandprodukts			
	2009	2010	2011 ¹	2012 ¹	2009	2010	2011 ¹	2012 ¹	2009	2010	2011 ¹	2012 1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	-6,4	+4,6	+5,0	+4,7	+11,2	+7,2	+9,6	+8,1	2,5	3,8	4,7	3,2
darunter												
Russische Föderation	-7,8	+4,0	+4,8	+4,5	+11,7	+6,9	+9,3	+8,0	4,1	4,9	5,6	3,9
Ukraine	-14,8	+4,2	+4,5	+4,9	+15,9	+9,4	+9,2	+8,3	-1,5	-1,9	-3,6	-3,8
Asien	+7,2	+9,5	+8,4	+8,4	+3,1	+6,0	+6,0	+4,2	4,1	3,3	3,3	3,6
darunter												
China	+9,2	+10,3	+9,6	+9,5	-0,7	+3,3	+5,0	+2,5	6,0	5,2	5,7	6,3
Indien	+6,8	+10,4	+8,2	+7,8	+10,9	+13,2	+7,5	+6,9	-2,8	-3,2	-3,7	-3,8
Indonesien	+4,6	+6,1	+6,2	+6,5	+4,8	+5,1	+7,1	+5,9	2,6	0,9	0,9	0,4
Korea	+0,2	+6,1	+4,5	+4,2	+2,8	+3,0	+4,5	+3,0	3,9	2,8	1,1	1,0
Thailand	-2,3	+7,8	+4,0	+4,5	-0,8	+3,3	+4,0	+3,4	8,3	4,6	2,7	1,9
Lateinamerika	-1,7	+6,1	+4,7	+4,2	+6,0	+6,0	+6,7	+6,0	-0,6	-1,2	-1,4	-1,8
darunter												
Argentinien	+0,8	+9,2	+6,0	+4,6	+6,3	+10,5	+10,2	+11,5	1,8	0,9	0,1	-0,5
Brasilien	-0,6	+7,5	+4,5	+4,1	+4,9	+5,0	+6,3	+4,8	-1,5	-2,3	-2,6	-3,0
Chile	-1,7	+5,3	+5,9	+4,9	+1,7	+1,5	+3,6	+3,2	1,6	1,9	0,5	-1,3
Mexiko	-6,1	+5,5	+4,6	+4,0	+5,3	+4,2	+3,6	+3,1	-0,7	-0,5	-0,9	-1,1
Sonstige												
Türkei	-4,7	+8,2	+4,6	+4,5	+6,3	+8,6	+5,7	+6,0	-2,3	-6,5	-8,0	-8,2
Südafrika	-1,7	+2,8	+3,5	+3,8	+7,1	+4,3	+4,9	+5,8	-4,1	-2,8	-4,4	-5,

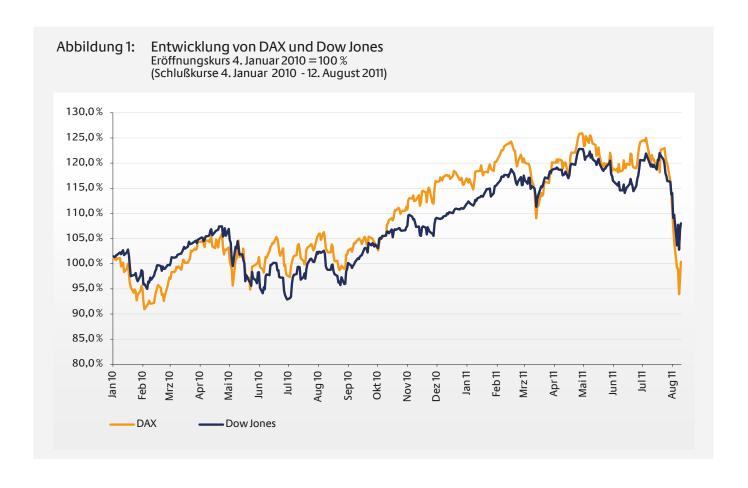
¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook April 2011.

	••	
T 47	Übersicht Weltfinan	" - 1
	I IDARCICHT WAITTINGD	7 m 2 ri/T (
140000	THE VVEITINAL	/

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15.08.2011	2010	zu Ende 2010	2010/2011	2010/2011
Dow Jones	11 483	11 578	-0,8	9 686	12811
Eurostoxx 50	2 3 2 4	2 793	-16,8	2 154	3 068
Dax	6 022	6914	-12,9	5 434	7 528
CAC 40	3 239	3 805	-14,9	3 003	4 157
Nikkei	9 056	10 229	-11,5	8 605	11 339
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	15.08.2011	2010	US-Bond	2010/2011	2010/2011
USA	2,34	3,32	-	2,13	4,03
Deutschland	2,34	2,95	+0,0	2,11	3,49
Japan	1,05	1,13	-1,3	0,85	1,41
Vereinigtes Königreich	2,56	3,45	+0,2	2,51	4,31
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15.08.2011	2010	zu Ende 2010	2010/2011	2010/2011
Dollar/Euro	1,43	1,34	+7,1	1,19	1,49
Yen/Dollar	76,76	81,52	-5,8	73,47	94,65
Yen/Euro	109,87	108,65	+1,1	106,19	134,23
Pfund/Euro	0,88	0,86	+1,9	0,81	0,91

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Deutschland												
EU-KOM	-4,7	+3,6	+2,6	+1,9	+0,2	+1,2	+2,6	+2,0	7,8	7,1	6,4	6,0
OECD	-4,7	+3,5	+3,4	+2,5	+0,2	+1,2	+2,6	+1,7	7,4	6,8	6,0	5,4
IWF	-4,7	+3,5	+2,5	+2,1	+0,2	+1,2	+2,2	+1,5	7,5	6,9	6,6	6,5
USA												
EU-KOM	-2,7	+2,9	+2,6	+2,7	-0,4	+1,6	+2,5	+1,5	9,3	9,6	8,7	8,1
OECD	-2,6	+2,9	+2,6	+3,1	-0,3	+1,6	+2,6	+1,5	9,3	9,6	8,8	7,9
IWF	-2,6	+2,8	+2,8	+2,9	-0,3	+1,6	+2,2	+1,6	9,3	9,6	8,5	7,8
Japan												
EU-KOM	-6,3	+3,9	+0,5	+1,6	-1,4	-0,7	+0,2	+0,3	5,1	5,1	4,9	4,8
OECD	-6,3	+4,0	-0,9	+2,2	-1,3	-0,7	+0,3	-0,2	5,1	5,1	4,8	4,6
IWF	-6,3	+3,9	+1,4	+2,1	-1,4	-0,7	+0,2	+0,2	5,1	5,1	4,9	4,7
Frankreich												
EU-KOM	-2,6	+1,6	+1,8	+2,0	+0,1	+1,7	+2,2	+1,7	9,5	9,7	9,5	9,2
OECD	-2,7	+1,4	+2,2	+2,1	+0,1	+1,7	+2,4	+1,6	9,1	9,3	9,0	8,7
IWF	-2,5	+1,5	+1,6	+1,8	+0,1	+1,7	+2,1	+1,7	9,5	9,7	9,5	9,1
Italien												
EU-KOM	-5,2	+1,3	+1,0	+1,3	+0,8	+1,6	+2,6	+1,9	7,8	8,4	8,4	8,2
OECD	-5,2	+1,2	+1,1	+1,6	+0,8	+1,6	+2,4	+1,7	7,8	8,4	8,4	8,1
IWF	-5,2	+1,3	+1,1	+1,3	+0,8	+1,6	+2,0	+2,1	7,8	8,5	8,6	8,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-4,9	+1,3	+1,7	+2,1	+2,2	+3,3	+4,1	+2,4	7,6	7,8	8,0	7,8
OECD	-4,9	+1,3	+1,4	+1,8	+2,2	+3,3	+4,2	+2,1	7,6	7,9	8,1	8,3
IWF	-4,9	+1,3	+1,7	+2,3	+2,1	+3,3	+4,2	+2,0	7,5	7,8	7,8	7,7
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-2,5	+3,1	+3,0	+2,8	+0,3	+1,8	+2,9	+1,6	8,3	8,0	7,5	7,0
IWF	-2,5	+3,1	+2,8	+2,6	+0,3	+1,8	+2,2	+1,9	8,3	8,0	7,6	7,3
Euroraum												
EU-KOM	-4,1	+1,8	+1,6	+1,8	+0,3	+1,6	+2,6	+1,8	9,6	10,1	10,0	9,7
OECD	-4,1	+1,7	+2,0	+2,0	+0,3	+1,6	+2,6	+1,6	9,4	9,9	9,7	9,3
IWF	-4,1	+1,7	+1,6	+1,8	+0,3	+1,6	+2,3	+1,7	9,5	10,0	9,9	9,6
EZB	-	+1,7	+1,7	+1,8	-	+1,6	+2,3	+1,7	-	-	-	
EU-27												
EU-KOM	-4,2	+1,8	+1,8	+1,9	+1,0	+2,1	+3,0	+2,0	9,0	9,6	9,5	9,1
IWF	-4,1	+1,8	+1,8	+2,1	+0,9	+2,0	+2,7	+1,9	-	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Mai 2011.

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; März 2011 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	
Belgien													
EU-KOM	-2,8	+2,2	+2,4	+2,2	+0,0	+2,3	+3,6	+2,2	7,9	8,3	7,9	7,8	
OECD	-2,7	+2,1	+2,4	+2,0	+0,0	+2,3	+3,6	+2,4	7,9	8,3	7,6	7,3	
IWF	-2,7	+2,0	+1,7	+1,9	+0,0	+2,3	+2,9	+2,3	8,0	8,4	8,4	8,2	
Estland													
EU-KOM	-13,9	+3,1	+4,9	+4,0	+0,2	+2,7	+4,7	+2,8	13,8	16,9	13,0	11,5	
OECD	-13,9	+3,1	+5,9	+4,7	+0,2	+2,7	+4,6	+3,0	13,9	16,8	14,2	13,0	
IWF	-13,9	+3,1	+3,3	+3,7	-0,1	+2,9	+4,7	+2,1	13,8	16,9	14,8	12,8	
Finnland													
EU-KOM	-8,2	+3,1	+3,7	+2,6	+1,6	+1,7	+3,6	+2,2	8,2	8,4	7,9	7,4	
OECD	-8,3	+3,1	+3,8	+2,8	+1,6	+1,7	+3,2	+1,6	8,3	8,4	7,9	7,1	
IWF	-8,2	+3,1	+3,1	+2,5	+1,6	+1,7	+3,0	+2,1	8,3	8,4	8,0	7,8	
Griechenland													
EU-KOM	-2,0	-4,5	-3,5	+1,1	+1,3	+4,7	+2,4	+0,5	9,5	12,6	15,2	15,3	
OECD	-2,0	-4,5	-2,9	+0,6	+1,3	+4,7	+2,9	+0,7	9,5	12,5	16,0	16,4	
IWF	-2,0	-4,5	-3,0	+1,1	+1,4	+4,7	+2,5	+0,5	9,4	12,5	14,8	15,0	
Irland													
EU-KOM	-7,6	-1,0	+0,6	+1,9	-1,7	-1,6	+1,0	+0,7	11,9	13,7	14,6	14,0	
OECD	-7,6	-1,0	+0,0	+2,3	-1,7	-1,6	+1,3	+0,4	11,7	13,5	14,7	14,6	
IWF	-7,6	-1,0	+0,5	+1,9	-1,7	-1,6	+0,5	+0,5	11,8	13,6	14,5	13,3	
Luxemburg													
EU-KOM	-3,6	+3,5	+3,4	+3,8	+0,0	+2,8	+3,5	+2,3	5,1	4,5	4,4	4,2	
OECD	-3,6	+3,5	+3,2	+3,9	+0,0	+2,8	+4,2	+2,3	5,7	6,0	5,4	4,8	
IWF	-3,7	+3,4	+3,0	+3,1	+0,4	+2,3	+3,5	+1,7	5,8	6,1	5,9	5,8	
Malta													
EU-KOM	-3,4	+3,7	+2,0	+2,2	+1,8	+2,0	+2,7	+2,2	7,0	6,8	6,8	6,7	
OECD	-	-	-		-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-3,4	+3,6	+2,5	+2,2	+1,8	+2,0	+3,0	+2,6	7,0	6,5	6,5	6,4	
Niederlande													
EU-KOM	-3,9	+1,8	+1,9	+1,7	+1,0	+0,9	+2,2	+2,1	3,7	4,5	4,2	4,0	
OECD	-3,9	+1,8	+2,3	+1,9	+1,0	+0,9	+2,2	+1,9	3,7	4,3	4,2	4,0	
IWF	-3,9	+1,7	+1,5	+1,5	+1,0	+0,9	+2,3	+2,2	3,4	4,5	4,4	4,4	
Österreich													
EU-KOM	-3,9	+2,0	+2,4	+2,0	+0,4	+1,7	+2,9	+2,1	4,8	4,4	4,3	4,2	
OECD	-3,9	+2,1	+2,9	+2,1	+0,4	+1,7	+3,1	+1,8	4,8	4,4	4,2	4,0	
IWF	-3,9	+2,0	+2,4	+2,3	+0,4	+1,7	+2,5	+2,0	4,8	4,4	4,3	4,3	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

_		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	
Portugal													
EU-KOM	-2,5	+1,3	-2,2	-1,8	-0,9	+1,4	+3,4	+2,0	9,6	11,0	12,3	13,0	
OECD	-2,5	+1,3	-2,1	-1,5	-0,9	+1,4	+3,3	+1,3	9,5	10,8	11,7	12,7	
IWF	-2,5	+1,4	-1,5	-0,5	-0,9	+1,4	+2,4	+1,4	9,6	11,0	11,9	12,4	
Slowakei													
EU-KOM	-4,8	+4,0	+3,5	+4,4	+0,9	+0,7	+3,6	+2,9	12,0	14,4	14,0	13,3	
OECD	-4,8	+4,0	+3,6	+4,4	+0,9	+0,7	+3,9	+2,9	12,1	14,4	13,8	12,8	
IWF	-4,8	+4,0	+3,8	+4,2	+0,9	+0,7	+3,4	+2,7	12,1	14,4	13,3	12,1	
Slowenien													
EU-KOM	-8,1	+1,2	+1,9	+2,5	+0,9	+2,1	+2,6	+2,1	5,9	7,3	8,2	8,0	
OECD	-8,1	+1,2	+1,8	+2,6	+0,9	+2,1	+2,5	+2,2	-	-	-	-	
IWF	-8,1	+1,2	+2,0	+2,4	+0,9	+1,8	+2,2	+3,1	5,9	7,2	7,5	7,2	
Spanien													
EU-KOM	-3,7	-0,1	+0,8	+1,5	-0,2	+2,0	+3,0	+1,4	18,0	20,1	20,6	20,2	
OECD	-3,7	-0,1	+0,9	+1,6	-0,2	+2,0	+2,9	+0,9	18,0	20,1	20,3	19,3	
IWF	-3,7	-0,1	+0,8	+1,6	-0,2	+2,0	+2,6	+1,5	18,0	20,1	19,4	18,2	
Zypern													
EU-KOM	-1,7	+1,0	+1,5	+2,4	+0,2	+2,6	+3,4	+2,3	5,3	6,5	6,3	5,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-1,7	+1,0	+1,7	+2,2	+0,2	+2,6	+3,9	+2,8	5,3	6,8	6,5	6,3	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), April \ 2011 \& Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa, Mai \ 2011.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2009	2010	20111	2011	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	
Bulgarien													
EU-KOM	-5,5	+0,2	+2,8	+3,7	+2,5	+3,0	+4,3	+3,4	6,8	10,2	9,4	8,5	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-5,5	+0,2	+3,0	+3,5	+2,5	+3,0	+4,8	+3,7	-	10,3	8,0	6,7	
Dänemark													
EU-KOM	-5,2	+2,1	+1,7	+1,5	+1,1	+2,2	+2,5	+1,8	6,0	7,4	7,1	6,7	
OECD	-5,2	+2,1	+1,9	+2,1	+1,3	+2,3	+2,6	+1,7	5,9	7,2	7,2	6,4	
IWF	-5,2	+2,1	+2,0	+2,0	+1,3	+2,3	+2,0	+2,0	3,6	4,2	4,5	4,4	
Lettland													
EU-KOM	-18,0	-0,3	+3,3	+4,0	+3,3	-1,2	+3,4	+2,0	17,1	18,7	17,2	15,8	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-18,0	-0,3	+3,3	+4,0	+3,3	-1,2	+3,0	+1,7	-	19,0	17,2	15,5	
Litauen													
EU-KOM	-14,7	+1,3	+5,0	+4,7	+4,2	+1,2	+3,2	+2,4	13,7	17,8	15,5	12,7	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-14,7	+1,3	+4,6	+3,8	+4,4	+1,2	+3,1	+2,9	-	17,8	16,0	14,0	
Polen													
EU-KOM	+1,7	+3,8	+4,0	+3,7	+4,0	+2,7	+3,8	+3,2	8,2	9,6	9,3	8,8	
OECD	+1,7	+3,8	+3,9	+3,8	+3,8	+2,6	+4,2	+3,1	8,2	9,6	9,4	8,5	
IWF	+1,7	+3,8	+3,8	+3,6	+3,5	+2,6	+4,1	+2,9	-	9,0	9,0	8,7	
Rumänien													
EU-KOM	-7,1	-1,3	+1,5	+3,7	+5,6	+6,1	+6,7	+4,0	6,9	7,3	7,2	6,8	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-7,1	-1,3	+1,5	+4,4	+5,6	+6,1	+6,1	+3,4	-	7,6	6,6	5,8	
Schweden													
EU-KOM	-5,3	+5,5	+4,2	+2,5	+1,9	+1,9	+1,7	+1,6	8,3	8,4	7,6	7,2	
OECD	-5,3	+5,3	+4,5	+3,1	-0,5	+1,2	+2,9	+2,4	8,3	8,4	7,5	7,0	
IWF	-5,3	+5,5	+3,8	+3,5	+2,0	+1,9	+2,0	+2,0	8,3	8,4	7,4	6,6	
Tschechien													
EU-KOM	-4,1	+2,3	+2,0	+2,9	+0,6	+1,2	+2,3	+2,5	6,7	7,3	6,8	6,4	
OECD	-4,0	+2,2	+2,4	+3,5	+1,0	+1,5	+2,2	+3,1	6,7	7,3	6,6	6,3	
IWF	-4,1	+2,3	+1,7	+2,9	+1,0	+1,5	+2,0	+2,0	6,7	7,3	7,1	6,9	
Ungarn													
EU-KOM	-6,7	+1,2	+2,7	+2,6	+4,0	+4,7	+4,0	+3,5	10,0	11,2	11,0	9,3	
OECD	-6,5	+1,0	+2,7	+3,1	+4,2	+4,9	+4,0	+3,3	10,1	11,2	11,5	11,0	
IWF	-6,7	+1,2	+2,8	+2,8	+4,2	+4,9	+4,1	+3,5	_	11,2	11,5	10,9	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Mai 2011.

Stand: April 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistungs	sbilanzsaldo)
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Deutschland												
EU-KOM	-3,0	-3,3	-2,0	-1,2	73,5	83,2	82,4	81,1	5,0	5,1	4,7	4,6
OECD	-3,0	-3,3	-2,1	-1,2	76,4	87,0	87,3	86,9	5,6	5,6	5,5	6,0
IWF	-3,0	-3,3	-2,3	-1,5	73,5	80,0	80,1	79,4	5,0	5,3	5,1	4,6
USA												
EU-KOM	-11,2	-11,2	-10,0	-8,6	84,7	92,0	98,3	102,4	-2,7	-3,3	-4,0	-4,0
OECD	-11,3	-10,6	-10,1	-9,1	84,3	93,6	101,1	107,0	-2,7	-3,2	-3,7	-4,0
IWF	-12,7	-10,6	-10,8	-7,5	84,6	91,6	99,5	102,9	-2,7	-3,2	-3,2	-2,8
Japan												
EU-KOM	-8,7	-9,3	-9,7	-9,8	217,6	223,1	236,1	242,1	2,8	3,6	1,4	1,1
OECD	-8,7	-8,1	-8,9	-8,2	194,1	199,7	212,7	218,7	2,8	3,6	2,6	2,5
IWF	-10,3	-9,5	-10,0	-8,4	216,3	220,3	229,1	233,4	2,8	3,6	2,3	2,3
Frankreich												
EU-KOM	-7,5	-7,0	-5,8	-5,3	78,3	81,7	84,7	86,8	-2,9	-3,5	-3,9	-4,2
OECD	-7,5	-7,0	-5,6	-4,6	89,2	94,1	97,3	100,0	-2,1	-2,2	-2,6	-2,6
IWF	-7,6	-7,7	-6,0	-5,0	78,1	84,3	87,6	89,7	-1,9	-2,1	-2,8	-2,7
Italien												
EU-KOM	-5,4	-4,6	-4,0	-3,2	116,1	119,0	120,3	119,8	-3,0	-4,2	-3,5	-3,3
OECD	-5,3	-4,5	-3,9	-2,6	127,8	126,8	129,0	128,4	-2,1	-3,5	-4,1	-3,6
IWF	-5,3	-4,6	-4,3	-3,5	116,1	119,0	120,3	120,0	-2,1	-3,5	-3,4	-3,0
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-11,4	-10,4	-8,6	-7,0	69,6	80,0	84,2	87,9	-1,7	-2,5	-1,2	-0,1
OECD	-10,8	-10,3	-8,7	-7,1	72,4	82,4	88,5	93,3	-1,7	-2,5	-1,5	-0,9
IWF	-10,3	-10,4	-8,6	-6,9	68,3	77,2	83,0	86,5	-1,7	-2,5	-2,4	-1,9
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	-5,5	-5,5	-4,9	-3,5	83,4	84,2	85,9	88,0	-2,8	-3,1	-2,6	-2,3
IWF	-5,5	-5,5	-4,6	-2,8	83,4	84,0	84,2	83,1	-2,8	-3,1	-2,8	-2,6
Euroraum												
EU-KOM	-6,3	-6,0	-4,3	-3,5	79,3	85,4	87,7	88,5	-0,6	-0,4	-0,2	-0,1
OECD	-6,3	-6,0	-4,2	-3,0	86,9	92,7	95,6	96,5	0,0	0,2	0,3	0,8
IWF	-6,3	-6,1	-4,4	-3,6	79,3	85,0	87,3	88,3	-0,6	-0,6	0,0	0,0
EU-27												
EU-KOM	-6,8	-6,4	-4,7	-3,8	74,4	80,2	82,3	83,3	-0,6	-0,5	-0,2	0,1
IWF	-6,8	-6,6	-4,8	-4,0	72,3	78,2	80,6	81,8	-0,2	-0,1	-0,2	-0,1

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011 & Statistischer Anhang, Mai 2011 (nur zu Staatsschulden für USA u. Japan).

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011 (die Staatsschuldenquoten der OECD entsprechen nicht den Maastricht-Kriterien der EU).

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), April \ 2011 \ \& \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa, Mai \ 2011.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatsscl	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	
Belgien													
EU-KOM	-5,9	-4,1	-3,7	-4,2	96,2	96,8	97,0	97,5	2,0	2,4	2,0	2,0	
OECD	-6,0	-4,2	-3,6	-2,8	100,5	100,7	100,7	100,4	0,3	1,3	1,0	1,2	
IWF	-6,0	-4,6	-3,9	-4,0	-	-	-	-	0,8	1,2	1,0	1,2	
Estland													
EU-KOM	-1,7	0,1	-0,6	-2,4	7,2	6,6	6,1	6,9	4,5	2,8	1,8	0,1	
OECD	-1,8	0,1	-0,5	-1,7	12,4	12,1	15,2	19,2	4,5	3,6	3,2	0,7	
IWF	-2,1	0,2	-1,0	-0,7	7,2	6,6	6,3	6,0	4,5	3,6	3,3	3,1	
Finnland													
EU-KOM	-2,6	-2,5	-1,0	-0,7	43,8	48,4	50,6	52,2	2,2	3,0	2,5	2,5	
OECD	-2,9	-2,8	-1,4	-0,6	52,1	57,4	62,7	66,1	2,7	2,9	3,0	3,2	
IWF	-2,9	-2,8	-1,2	-1,1	-	-	-		2,3	3,1	2,8	2,6	
Griechenland													
EU-KOM	-15,4	-10,5	-9,5	-9,3	127,1	142,8	157,7	166,1	-14,0	-11,8	-8,3	-6,1	
OECD	-15,6	-10,4	-7,5	-6,5	131,6	147,3	157,1	159,3	-11,0	-10,4	-8,6	-7,2	
IWF	-15,4	-9,6	-7,4	-6,2	-	-	-	-	-11,0	-10,4	-8,2	-7,1	
Irland													
EU-KOM	-14,3	-32,4	-10,5	-8,8	65,6	96,2	112,0	117,9	-3,1	-0,7	1,2	1,8	
OECD	-14,3	-32,4	-10,1	-8,2	71,6	102,4	120,4	125,6	-3,0	-0,7	3,7	5,3	
IWF	-14,4	-32,2	-10,8	-8,9	-	-	-		-3,0	-0,7	0,2	0,6	
Luxemburg													
EU-KOM	-0,9	-1,7	-1,0	-1,1	14,6	18,4	17,2	19,0	6,9	7,8	7,8	7,6	
OECD	-0,9	-1,7	-0,9	0,0	14,7	19,7	20,5	23,9	6,9	7,8	5,5	4,7	
IWF	-0,7	-1,7	-1,1	-0,8	-	-	-		6,7	7,7	8,5	8,7	
Malta													
EU-KOM	-3,7	-3,6	-3,0	-3,0	67,6	68,0	68,0	67,9	-6,9	-4,1	-4,7	-4,5	
OECD	-	-	-	-	-	-	-		-	-	-		
IWF	-3,7	-3,8	-2,9	-2,9	-	-	-		-6,9	-0,6	-1,1	-2,3	
Niederlande													
EU-KOM	-5,5	-5,4	-3,7	-2,3	60,8	62,7	63,9	64,0	3,4	6,7	7,7	8,3	
OECD	-5,5	-5,3	-3,7	-2,1	67,6	71,4	74,3	75,2	4,9	7,7	7,2	7,4	
IWF	-5,4	-5,2	-3,8	-2,7	-	-	-	-	4,6	7,1	7,9	8,2	
Österreich													
EU-KOM	-4,1	-4,6	-3,7	-3,3	69,6	72,3	73,8	75,4	2,6	2,6	2,6	2,8	
OECD	-4,2	-4,6	-3,7	-3,2	72,6	78,6	80,0	81,6	2,9	2,6	3,1	3,8	
IWF	-3,5	-4,1	-3,1	-2,9	-	-	-		2,9	3,2	3,1	3,1	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	ushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	e	Leistungsbilanzsaldo				
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	
Portugal													
EU-KOM	-10,1	-9,1	-5,9	-4,5	83,0	93,0	101,7	107,4	-10,7	-9,8	-7,5	-5,2	
OECD	-10,1	-9,2	-5,9	-4,5	93,1	103,1	110,8	115,8	-10,2	-9,7	-7,8	-5,5	
IWF	-9,3	-7,3	-5,6	-5,5	-	-	-		-10,9	-9,9	-8,7	-8,5	
Slowakei													
EU-KOM	-8,0	-7,9	-5,1	-4,6	35,4	41,0	44,8	46,8	-3,2	-2,9	-2,8	-2,6	
OECD	-8,0	-7,9	-5,1	-4,0	39,9	44,5	48,7	51,2	-3,2	-3,5	-2,4	-1,3	
IWF	-7,9	-8,2	-5,2	-3,9	35,4	42,0	45,1	46,2	-3,6	-3,4	-2,8	-2,7	
Slowenien													
EU-KOM	-6,0	-5,6	-5,8	-5,0	35,2	38,0	42,8	46,0	-1,3	-1,1	-1,4	-1,9	
OECD	-6,0	-5,6	-5,6	-4,1	44,2	47,5	52,9	56,5	-	-	-	-	
IWF	5,5	5,2	4,8	4,3	35,4	37,2	42,3	44,9	-1,5	-1,2	-2,0	-2,1	
Spanien													
EU-KOM	-11,1	-9,2	-6,3	-5,3	53,3	60,1	68,1	71,0	-5,5	-4,5	-4,1	-4,1	
OECD	-11,1	-9,2	-6,3	-4,4	62,3	66,1	73,6	74,8	-5,2	-4,5	-2,9	-2,3	
IWF	-11,1	-9,2	-6,2	-5,6	-	-	-		-5,5	-4,5	-4,8	-4,5	
Zypern													
EU-KOM	-6,0	-5,3	-5,1	-4,9	58,0	60,8	62,3	64,3	-7,9	-8,9	-8,1	-7,2	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-6,0	-5,4	-4,5	-3,7	-	-	-	-	-7,5	-7,0	-8,9	-8,7	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011.

 ${\sf OECD:Wirtschaftsausblick,Mai\,2011.}$

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), April \ 2011 \ \& \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa, Mai \ 2011.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssald	do	Staatsschuldenquote					Leistung	sbilanzsaldo)
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Bulgarien												
EU-KOM	-4,7	-3,2	-2,7	-1,6	14,6	16,2	18,0	18,6	-9,0	-1,5	-2,0	-2,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,9	-3,6	-2,6	-1,5	15,6	18,0	19,7	20,0	-10,0	-0,8	-1,5	-2,0
Dänemark												
EU-KOM	-2,7	-2,7	-4,1	-3,2	41,8	43,6	45,3	47,1	3,6	5,3	5,2	5,1
OECD	-2,8	-2,9	-3,8	-3,0	52,4	55,5	57,1	60,0	3,6	5,5	5,8	5,6
IWF	-2,8	-4,9	-3,6	-2,6	-	-	-	-	3,8	5,0	4,8	4,8
Lettland												
EU-KOM	-9,7	-7,7	-4,5	-3,8	36,7	44,7	48,2	49,4	8,6	3,6	-0,3	-1,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,8	-7,9	-5,3	-1,9	32,8	39,9	42,5	41,0	8,6	3,6	2,6	1,5
Litauen												
EU-KOM	-9,5	-7,1	-5,5	-4,8	29,5	38,2	40,7	43,6	2,6	1,8	0,2	-0,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-9,2	-7,6	-6,0	-5,5	29,6	38,7	43,5	45,4	4,5	1,8	-0,9	-2,9
Polen												
EU-KOM	-7,3	-7,9	-5,8	-3,6	50,9	55,0	55,4	55,1	-2,2	-3,1	-4,1	-4,1
OECD	-7,4	-7,9	-5,8	-3,7	58,4	62,4	65,6	66,3	-2,2	-3,4	-4,5	-4,8
IWF	-7,2	-7,9	-5,7	-4,2	50,9	55,7	56,6	57,3	-2,2	-3,3	-3,9	-4,2
Rumänien												
EU-KOM	-8,5	-6,4	-4,7	-3,6	23,6	30,8	33,7	34,8	-4,2	-4,2	-4,4	-4,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-7,3	-6,5	-4,4	-3,0	29,6	35,2	37,8	37,7	-4,2	-4,2	-5,0	-5,2
Schweden												
EU-KOM	-0,7	0,0	0,9	2,0	42,8	39,8	36,5	33,4	6,8	6,2	6,2	5,9
OECD	-0,9	-0,3	0,3	1,4	52,0	49,1	45,4	41,1	7,0	6,3	5,5	5,5
IWF	-0,8	-0,2	0,1	0,4	-	-	-	-	7,2	6,5	6,1	5,8
Tschechien												
EU-KOM	-5,9	-4,7	-4,4	-4,1	35,3	38,5	41,3	42,9	-1,2	-2,3	-2,5	-1,9
OECD	-5,8	-4,7	-3,8	-2,8	42,4	46,6	49,3	50,8	-3,2	-3,8	-3,0	-3,4
IWF	-5,8	-4,9	-3,7	-3,6	35,4	39,6	41,7	43,4	-1,1	-2,4	-1,8	-1,2
Ungarn												
EU-KOM	-4,5	-4,2	1,6	-3,3	78,4	80,2	75,2	72,7	-0,4	1,7	1,6	1,9
OECD	-4,4	-4,2	2,6	-3,3	84,7	85,6	79,8	80,8	0,5	2,1	2,7	1,8
IWF	-4,3	-4,1	3,9	-4,3	78,4	80,4	76,6	76,9	-0,5	1,6	1,5	0,9

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Mai 2011.

Die vor Ihnen liegende gedruckte Fassung des Monatsberichts ist unter www.bundesfinanzminsterium.de verfügbar. Neben den vorliegenden Inhalten enthält die Online-Version auch den Teil "Statistiken und Dokumentationen". Darüber hinaus stehen Ihnen mit der elektronischen Fassung viele komfortable Funktionen zum Umgang mit dem Monatsbericht zur Verfügung.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, August 2011

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X